



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode
1983 - 1988

SEDUTA **25.** SITZUNG

7. 12. 1984

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE

Disegno di legge n. 17:
"Bilancio di previsione della
Regione Trentino-Alto Adige per
l'esercizio finanziario 1985"

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 17:
"Haushaltsvoranschlag der Region
Trentino-Südtirol für die
Finanzgebarung 1985"

Seite 1

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

PAHL (Südtiroler Volkspartei)	pag. 2
ANESI (Gruppo Misto)	" 24
KLOTZ (Südtirol)	" 36
FERRETTI (Democrazia Cristiana)	" 53-96
PETERLINI (Südtiroler Volkspartei)	" 55
MICHELI (Partito Socialista Italiano)	" 97
TONONI (Democrazia Cristiana)	" 107
D'AMBROSIO (Partito Comunista Italiano)	" 115
HOSP (Südtiroler Volkspartei)	" 134-182
MITOLO (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 181
ARDIZZONE EMERI (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	" 183
CADONNA (Partito Liberal-Socialdemocratico)	" 193

Presidenza del Presidente Sembenotti

(Ore 9.38)

PRESIDENTE: Appello nominale (fa l'appello nominale).

La seduta è aperta.

Dò lettura del processo verbale della seduta 6 dicembre 1984.

(legge il processo verbale).

Vi sono osservazioni sul processo verbale? Nessuna.

Il processo verbale si intende approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri: Valentin, Barbiero De Chirico, Marzari, Meraner, Plotegher, Franceschini, Sfondrini, Agrimi e Mayr.

Proseguiamo con la trattazione del punto 27 dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 17: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1985".

E' iscritto a parlare il cons. Pahl. Ne ha facoltà.

PAHL: Sie haben sich in Ihrem Bericht um einen Ausblick auf die Zukunft bemüht. Das ist Ihnen durchaus gelungen. Doch so sehr in einigen Punkten auch Konkretes ausgesagt wird, sind Sie in vielen anderen der typisch italienischen Eigenschaft der allzu vagen Formulierung erlegen. Wo man sich als Abgeordneter ein klares Wort erwartet hätte, zogen Sie eine generelle, aber schwer greifbare Aussage vor.

Umso konkreter will ich auf Ihre Aussagen eingehen und Sie um Antwort in einigen wichtigen Fragen ersuchen.

Ich bitte Sie um diese Antwort in der Hoffnung, daß Sie das relative Vertrauen nicht enttäuschen, das ich in Sie hege. Herr Präsident, ich glaube Ihnen, daß es Ihnen mit der Verteidigung der Autonomie ernst ist. Ich vergönne es Ihnen von Herzen, daß Sie überhaupt in die Lage kommen, die Güter der Autonomie auch im Trentino zu verteidigen, obwohl diese Autonomie über einen Vertragsbruch De Gasperis 1948 Einzug in dieses Gebiet gehalten hat.

Für diesen Vertragsbruch, mit dem wohl die Autonomie des Trentino gesichert, gleichzeitig aber die Autonomie Südtirols ausgehöhlt werden sollte, sind Sie aber nicht haftbar. Wenn Sie sich heute als Verteidiger der Autonomie berufen fühlen, so tun Sie recht. Indirekt kommen Sie damit dem Autonomiebemühen der Südtiroler entgegen.

So wenig wir als deutsche Vertreter Südtirols, das Sie mit Ihren italienischen Kollegen leider noch geschichtlich frag

würdig als "Alto Adige" zu bezeichnen pflegen, die Region als prinzipiell nützlich betrachten können: Wir gedenken dennoch nicht, der Aufgabe auszuweichen, die man uns in der Region unfreiwillig zugewiesen hat.

Ich messe Ihre Erklärung, daß Sie für den Schutz der Minderheiten zu wirken gedenken - Sie sagen es auf Seite 3 ihres Berichtes -, Glaubwürdigkeit zu. Aus gründlicher Prüfung Ihres Verhaltens der vergangenen Monate glaube ich gesehen zu haben, daß Sie im Normalfall auch meinen, was Sie sagen. Das ist unserer Erfahrung nach bei italienischen Politikern eine Regel mit leider zu vielen Ausnahmen. So ist Vorsicht geboten. Denkt man etwa an die Wortbrüchigkeit der italienischen Parteien gegenüber politischen Vereinbarungen in der Sechserkommission und ihre Widerborstigkeit in der Zwölferkommission, so hätte man zu großem Vertrauen keinen Anlaß.

Bis jetzt glaube ich, daß Sie grundsätzlich ein konzilianter, von seiner Absicht her um Konkretheit bemühter Politiker sind, so sehr auch, wie erwähnt, manche Ihrer Feststellungen im Haushaltsbericht der Klarheit entbehren mögen.

Unter dieser Prämisse will ich das nun Folgende gesagt haben: Sie rechnen mit der Verabschiedung der letzten schwierigen Durchführungsbestimmungen. Ihr Optimismus freut mich, doch teile ich Ihre Hoffnung nicht. Falls der Staat

nicht von sich aus die Durchführungsbestimmungen erläßt - was rechtlich möglich, aber politisch fragwürdig wäre -, so wird es in zentralen Punkten keine Einigung geben, die die deutsche Seite zufriedenstellt. Die Folgen sind nicht abzusehen, aber Folgen wird es haben. Es wird das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den Staat erschüttert werden. Es wird nicht ausbleiben können, daß das sogenannte "friedliche Zusammenleben" mangels staatlicher Gerechtigkeit gegenüber den Südtirolern nicht zustandekommt. Das wird deswegen zu keiner Radikalisierung unter den deutschen Südtirols führen, denn wir sind ein friedliches Volk, viel friedlicher, als der Staat es moralisch verdient hätte und wir sind Realisten, die nach den Gesetzen des Möglichen handeln. Sie haben, Herr Präsident, auf Seite 5 Ihres Berichts von "besorgniserregenden Ausbrüchen" im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen gesprochen. Dies würde, führen Sie fort, eindeutig "zersetzende Faktoren eines autonomen und demokratischen Gefüges" darstellen. Sie haben damit nicht nur Sardinien, sondern wohl auch Südtirol und den Umzug am 9. September in Innsbruck gemeint. Ich verstehe Ihre Sorge, Herr Präsident, wenn Sie zu Realismus mahnen. Es ist kein Zweifel, daß gegenwärtig mehr als die Autonomie für uns nicht durchsetzbar ist. Selbst diese wird uns nicht wirklich gegönnt, sondern von den neuen

zentralstaatlichen Bestrebungen eingeengt. Darunter leidet das Trentino ebenso wie Südtirol.

Wir wünschen auch dem Trentino eine autonome Entwicklung, aber im Hinblick auf Südtirol ist doch festzuhalten: Wenn in einem Volk Bestrebungen sichtbar werden, einen früheren natürlicheren Zustand wiederherzustellen, so ist das ein Zeichen grundsätzlicher geschichtlicher Gesundheit eines Volkes, und kein Symptom von Dekadenz oder politischer Verwirrung. Was sollte ein Volk vor der Geschichte noch als Beispiel anzubieten haben, wenn es seine wirkliche und innerlichste Bestimmung voller politischer Freiheit vergäße, wenn es nicht mehr wahrhaben wollte, daß sein erster und höchster Auftrag immer seine eigene Freiheit ist, damit es Beispiel gebe für andere Völker, oder sollte vielleicht Deutschland sein Recht auf Wiedervereinigung aufgeben, sollte Südtirol - als Opfer des italienischen Imperialismus von 1919 -, seine Würde und sein ureigenstes Recht den sogenannten Realpolitikern opfern, deren letzter Beweggrund nicht der Mut zur Freiheit, sondern geistlose Selbstaufgabe ist?

Wenn dem so wäre, dann müßte Italien konsequenterweise aufhören, seinen Rinascimento zu feiern, dann hätte es in der Zeit vor 1848, vor 1866 und vor 1918 nicht den geringsten Anlaß gehabt, über seine staatliche Zerrissenheit Klage

zu führen. Dann dürfte es nie seinen Guglielmo Oberdan feiern, keinen Silvio Pellico, keinen Garibaldi und Mazzini. Wenn aber auch die Bewohner dieser Region die Taten feiern, die zur Herstellung der politischen Einheit und demokratischen Freiheit des italienischen Staates führten, dann spreche kein Politiker dieser Region dem Südtiroler das eigene Recht ab.

Wer es dennoch tut, verwirkt sich jede demokratische Glaubwürdigkeit, weil er den politischen Grundrechten eines Volkes auf Einheit und freie Regelung seiner staatlichen Verhältnisse den Abschied gegeben hat.

Jedem rechtlich Denkenden muß es klar sein, daß der letzte Friede in dieser Region erst hergestellt wird, wenn keiner sich mehr herausnimmt, den Südtirolern vorzuschreiben, wie sie ihr politisches Leben zu gestalten hätten, anstatt ihnen nach dem Grundsatz der Menschenrechte auch das uneingeschränkte Recht auf volle politische Verfügungsgewalt zu zugestehen.

Wenn wir uns als deutsche Volksvertreter doch auf die Verwirklichung der Autonomie konzentrieren, so bestimmt nicht, weil wir unserem Grundrecht auf die Tiroler Einheit in Österreich Abschied gegeben hätten, sondern weil uns nach nüchterner Prüfung der Lage keine andere sinnvolle Möglichkeit bleibt. Das gilt solange, als man uns eine minimale

Chance für die Verwirklichung der Autonomie einräumt.

Wenn ich Sie, Herr Präsident, als Politiker nicht ernstnähme, Ihr Bemühen nicht grundsätzlich achtete, würde ich Ihnen diese Sätze nicht sagen. Aber ich mute sie Ihnen zu, weil einem demokratischen Partner zugemutet werden muß, was man als richtig nach bestem Wissen und Gewissen empfindet. Der demokratische Dialog verlöre seinen Ernst und seinen Nutzen, wenn diese letzte Aufrichtigkeit nicht mehr vorherrsche.

Nach der Lage der Dinge erkennen wir Sie als Partner an. Die Vernunft gebietet es und Ihre grundsätzliche Haltung erlaubt es. Mit anderen Kräften dieses Hauses hingegen können wir keine Partnerschaft haben, mit den faschistischen Kräften keine und keine mit den anarchistischen Kräften der Alternativen.

Ich erkenne ausdrücklich an, Herr Präsident, daß Ihnen die Autonomie - unter dem Gesichtspunkt der Staatseinheit -, ein Anliegen ist. Die Staatseinheit ist mit Bezug auf das Gebiet von Südtirol leider die Fortdauer des imperialistischen Aktes von 1919 und also unter diesem Gesichtspunkt kein moralischer Imperativ für die deutschen Volksvertreter. Die Autonomie hingegen ist nach Lage der Dinge ein gemeinsamer Bezugspunkt, der die Kräfte in der Region sinnvollerweise zusammenführen soll, die deutschen und die italieni-

schen. In dieser Hinsicht sind Sie unser Partner.

Sie sagten, die Autonomie müsse ganzheitlich auch in der Region verfochten werden. So wenig wir zwar grundsätzlich der Region einen Sinn zuerkennen mögen, so hat sie doch die Möglichkeit den Autonomiegedanken in beiden Provinzen zu festigen.

Nachdem das Autonomiestatut den deutschen Volksvertreter zur Zusammenarbeit mit der Region zwingt, ihm also Pflichten auferlegt, so wird ihm niemand verwehren, auch seine Rechte in der Region wahrzunehmen. Ein solches Recht besteht darin, unter anderem präzise zu fragen, was mit seinen deutschen Landsleuten im Trentino geschieht.

Sie haben, Herr Präsident, dankbarerweise die Ladiner des Fassatales, die Mocheni des Fersentales und die Bewohner von Lusern genannt. Gestatten Sie, daß ich präzisiere: es sind natürlich Deutsche im Ferstental und deutsche Bewohner in Lusern.

Sie sind aber noch die Antwort schuldig, in welcher Weise Sie beitragen wollen, damit unseren deutschen und ladinischen Landsleuten in diesen Tälern und Dörfern ihre Sprache und Kultur nicht genommen wird.

Ich bitte Sie um eine ganz präzise Antwort darauf, was sich diese Menschen erhoffen dürfen, in welcher Weise und wo sie ihre Muttersprache lernen und wie sie diese im öffentlichen

Leben gebrauchen dürfen.

Ich frage Sie auch, welche wirtschaftlichen Maßnahmen Ihnen geeignet erscheinen, um der offensichtlich, bewußten Vernachlässigung und Zurücksetzung unserer deutschen Landsleute im Trentino entgegenzuwirken. Nur wenn Sie darauf ohne Ausflüchte antworten, können Sie Ihren wohlklingenden Worten Glaubwürdigkeit verleihen. Es liegt an Ihnen.

Ich darf jetzt einen Satz einfügen, der in meinem Manuskript nicht steht, der mir aber doch geboten scheint. Für das, was bisher zugunsten unserer deutschen und ladinischen Landsleute im Trentino geschehen ist, danke ich denen die dafür gesorgt haben es zu verwirklichen. Unter anderem möchte ich namentlich den geschätzten Kollegen a Beccara nennen, dessen politische Erklärungen in diesem Zusammenhang in Südtirol viel Aufmerksamkeit gefunden haben. Ich nenne ihn als Beispiel für jenen, die uns in dieser Sache, in diesen Anliegen entgegenzukommen gedenken.

In einer anderen Frage billige ich Ihnen hingegen Glaubwürdigkeit ohne Abstriche zu: wenn Sie von den Möglichkeiten der Region als Verfechter des Regionalgedankens gegenüber dem Staat sprechen. Sie unterstreichen, daß Sie dabei die Sonderrechte der zwei Länder der Region nicht schmälern wollen, und ich zweifle nicht an die Aufrichtigkeit dieser Aussage.

Sie erwähnen in diesem Zusammenhang das Meraner Manifest und haben Recht damit. Sie haben richtig analysiert, wenn Sie sagen, daß und ich zitiere: "die Regionen mehr einer Endstation der zentralstaatlichen Exekutive gleichen, aber weniger einer autonomen Körperschaft".

Die Regionen Italiens mit Sonderstatut - und das Land Südtirol noch mehr - drohen vom Zentralstaat in die Zange genommen zu werden. Mein Vertrauen in die Einsicht der Politiker der Regionen, daß sie sich nur gemeinsam als autonome Körperschaften gegenüber dem Staat behaupten können, ist allerdings gering.

Wenn wir als deutsche Volksvertreter dennoch unsere Partnerschaft im Autonomiekampf der Regionen anbieten, so als Zeichen des beständigen guten Willens und als Beispiel zur Nachahmung. An uns soll es nicht fehlen, aber oft genug hat es uns an der Hilfe der Regionen gefehlt.

Sie wollen uns, Herr Präsident, für Ihren Teil ein Beispiel der Kooperation geben. Ich zweifle nicht daran, daß es Ihnen Ernst ist. Ihrem Bemühen stehen allerdings Hindernisse entgegen. Eine ganze Reihe von Vertretern italienischer Parteien dieses Hauses pflegt demokratische Verantwortung als Tummelplatz ihrer langatmigen Selbstdarstellungen aufzufassen. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Wo Sachlichkeit, Gedankenschärfe, thematische Kon

zentration und Disziplin die Debatte prägen sollten, herrscht Geschwätzigkeit, politischer Narzismus und ideologische Narretei vor.

Sie haben, Herr Präsident, sodann von einer Novellierung des Gesetzes über die Gemeindewahlen gesprochen. Man scheint auf gutem Wege. Es genügt aber nicht, nur unzweckmäßige Unvereinbarkeiten zu beseitigen. Vor allem müßten in den Großgemeinden die Zahl der Gemeindevertreter - wenn es möglich wäre -, verringert werden. Es ist doch mehr als fragwürdig, daß eine Stadt mit 100.000 Einwohnern 50 Gemeinderatsmitglieder aufweisen soll, während die ganze Region mit 70, die Länder Südtirol und Trentino mit je 35 Volksvertretern auskommen.

Was uns etwa im Gemeinderat von Bozen vorexerziert wird, ist doch eine Tragikommödie in Dauerinszenierung. Um die Hälfte Mitglieder weniger im Gemeinderat, dann gäbe es mehr Vernunft und Sachlichkeit. Man wird eine solche Reduzierung nicht anstreben wollen, weil dazu der Mut längst abhanden gekommen ist.

Südtirol hat erheblich weniger Gemeinden als das Trentino. In einigen Fällen wäre es dennoch ratsam, Gebietsveränderungen vollziehen zu lassen. In der Gemeinde Gsies im Pustertal könnte es ratsam sein, umgehend eine Teilung in Pichl als lebensfähige Gemeinde einerseits und St. Martin-

St. Magdalena andererseits anzuregen. Doch muß die Initiative ja von der Bevölkerung ausgehen.

Bei der Einsetzung von kommissarischen Verwaltungen schiene es ratsamer, Neuwahlen nicht vor den jeweils nächstfälligen allgemeinen Gemeindewahlen zuzulassen. Die Gemeinderäte sollen wissen, daß sie Streitigkeiten nicht folgenlos vom Zaun brechen können.

Im Bereich des Grundbuchs- und Katasterwesens begrüße ich, daß endlich mit der Mechanisierung dieser Dienste begonnen wird. Es wäre interessant zu hören, wie es derzeit darum steht, auch wie es mit der Landvermessung weitergeht. Diese wichtigen Dienste für unsere Bürgerinnen und Bürger müssen aber besonders in Südtirol perfekt zweisprachig funktionieren. Das ist bei den Katasterämtern nicht der Fall. Ich habe gehört, daß der zuständige Assessor Dr. v. Egen zur Zeit dabei ist, das Grundbuch perfekt zweisprachig zu gestalten. Dafür gebührt Ihm Dank.

Sie wünschen, Herr Präsident, daß die Region zu einer Stätte der Begegnung europäischer Menschen werde und die Region künftig europäische Einrichtungen beherbergen möge. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn Sie von der "Europapolitik" der Regionen sprechen, so stimme ich Ihnen ebenfalls zu. Es gilt lediglich auseinanderzuhalten: europäische Regionalpolitik ist nicht identisch mit Volksgruppenpolitik. Re-

gionalpolitik kann Volksgruppenpolitik als einen besonderen Aspekt davon einschließen, ersetzen kann sie diese aber nicht. Aus der Sicht der Minderheiten ist Regionalpolitik im Sinne einer wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation auf einem überschaubaren Gebiet mit übergreifenden gemeinsamen Interessen sinnvoll, sofern nicht übersehen wird, daß die Sprache und Kultur, die Identität einer Volksgruppe für diese elementarer sind als übergeordnete Regionalinteressen. Wo man die Sonderinteressen der Volksgruppen respektiert, wird man diese als Partner für eine Europapolitik der Regionen gewinnen können. Respektierte man sie aber nicht, müßten die Volksgruppen aus Notwehr zu Gegnern der Regionalisten werden. Diese würden dann nur in kleinerem Rahmen vollziehen, was der Zentralstaat im größeren tut.

Das ist Ihnen bewußt, Herr Präsident. Ich präzisiere es lediglich für jene Vertreter dieses Hauses, die auf der Rechten wie der Linken Unterschiede aus Prinzip nicht gelten lassen oder kopflos verwischen möchten, wie die neofaschistische Rechte oder die extreme Linksalternative. Mit keinen von beiden kann es je Gemeinsamkeit geben. Sie hingegen, Herr Präsident, werden die Partnerschaft der Südtiroler Volkvertreter in dem Maße vorfinden, in dem Wort und Tat, Anspruch und Wirklichkeit sich annähern. Darüber entscheiden Sie selbst.

(Nella Sua relazione Lei si è premurato di fare una prospettiva per il futuro, nel quale intento Lei è anche riuscito. Per quanto però Lei abbia fatto in alcuni punti concrete affermazioni, in molti altri è caduto nella caratteristica tipica italiana della formulazione piuttosto vaga. Nei punti dove come consigliere mi sarei atteso una parola estremamente chiara, Lei si è limitato ad affermazioni generali, ma di difficile comprensione.

Per questo intendo entrare più concretamente in merito alle Sue asserzioni, pregandola di fornirmi una risposta ad alcune importanti domande.

La prego per questa risposta nella speranza di non tradire la fiducia relativa che pongo in Lei.

Signor Presidente, non ho difficoltà a prestare credibilità alle Sue affermazioni concernenti la difesa dell'autonomia. Le auguro di tutto cuore di poter collocarsi nella situazione per difendere i beni dell'autonomia anche nel Trentino, sebbene questa autonomia è stata estesa anche a questo territorio, in seguito alla violazione di un'accordo operata da Degasperi nel 1948.

Tale violazione doveva garantire l'autonomia del Trentino, e svuotare nel contempo l'autonomia del Sudtirolo, ma Lei per tutto questo non è responsabile. Se Lei oggi si sente chiamato a difendere l'autonomia, Lei è nel giusto, e così operando dimostra indirettamente comprensione per le premure autonomistiche dei sudtirolesi.

Per quanto poco importanti noi rappresentanti del Sudtirolo, che Lei ed i suoi colleghi purtoppo continuano a denominare "Alto Adige", sebbene sotto il profilo storico tale dizione è senz'altro dubbia, per quanto poco importanza in linea di principio, ribadisco, attribuiamo alla

Regione, non intendiamo tuttavia eludere il compito attribuito alla Regione che ci è stata assegnata contro la nostra volontà.

Personalmente attribuisco alla Sua dichiarazione, a pagina 3 della sua relazione, dove Lei afferma di voler operare a tutela delle minoranze, la dovuta credibilità. Da un fondamentale esame del Suo atteggiamento degli scorsi mesi credo di aver individuato, come Lei, in casi normali, intende effettivamente quanto dice. La nostra esperienza ci insegna che nel caso dei politici italiani tanto non è divenuto regola, anche se ci sono molte eccezioni, per cui la cautela è indispensabile. Considerando, ad esempio, la mancanza della parola data da parte dei partiti di lingua italiana nei confronti degli accordi politici raggiunti in seno alla Commissione dei sei e la loro scontrosità dimostrata nella Commissione dei dodici, non si avrebbe motivo di palesare una grande fiducia.

Finora credo di poter dire che Lei ha dimostrato di essere un uomo politico fondamentalmente conciliante con un intento di concretezza, anche se, come già detto, alcune Sue affermazioni, contenute nella relazione accompagnatoria al bilancio abbisognano di qualche chiarimento. Intendo quindi far precedere le mie dichiarazioni da questa premessa: Lei ritiene che le ultime difficili norme di attuazione saranno quanto prima approvate; mi fa piacere constatare che Lei a tal proposito è ottimista, ma non posso condividere la Sua speranza. Qualora lo Stato emanasse autonomamente queste norme di attuazione - la qual cosa è giuridicamente possibile, ma politicamente discutibile - sui punti centrali non si riuscirà a trovare un accordo che soddisfi la parte di lingua tedesca. Non è possibile prevedere le conseguenze, ma queste vi saranno. La fiducia della popolazione di lingua tedesca nelle istituzioni dello Stato sarà senz'altro scossa. Non si potrà

probabilmente evitare che la cosiddetta pacifica convivenza non si realizzi per la mancanza di giustizia da parte dello Stato nei confronti dei sudtirolesi. Ma tutto questo non condurrà in nessun modo alla radicalizzazione dei problemi da parte dei sudtirolesi di lingua tedesca, essendo noi un popolo pacifico, molto più pacifico di quanto lo Stato lo meritasse moralmente; noi siamo dei realisti che operano secondo le leggi del possibile. Lei, signor Presidente, a pagina 5 della Sua relazione, parla di preoccupanti eccessi, in relazione alle aspirazioni separatistiche. Continuando la Sua relazione, Lei afferma inoltre che questi costituiscono inequivocabilmente fattori dilanianti di una struttura autonoma e democratica. Lei non intendeva certamente soltanto la Sardegna, ma anche l'Alto Adige e la manifestazione del 9 settembre svoltasi ad Innsbruck. Comprendo perfettamente la Sua preoccupazione, signor Presidente, quando Lei si richiama al realismo. Non vi è dubbio che in questo momento non si può attuare di più dell'autonomia. Ma anche questa non ci viene sinceramente augurata, ma la si limita con le nuove aspirazioni centralistiche, della qual cosa soffre sia il Trentino, come il Sudtirolo.

Auguriamo anche al Trentino uno sviluppo autonomo, ma rispetto al Sudtirolo vi è pur da dire quanto segue: quando un popolo palesa aspirazioni di voler ristabilire la situazione precedente e naturale, ciò è prova di una salute fondamentale e storica di un popolo e non è un sintomo di decadenza o di disordine politico. Che cosa potrebbe offrire un popolo alla storia, se dimenticasse la sua determinazione effettiva ed intima di piena libertà politica, se non volesse più prendere atto che il suo primo e sommo compito è pur sempre quello della propria libertà, per essere di esempio anche ad altri popoli, o forse la

Germania dovrebbe rinunciare al suo diritto di riunificazione, o dovrebbe forse l'Alto Adige - quale vittima dell'imperialismo italiano del 1919 - sacrificare la propria dignità ed il proprio diritto naturale ai cosiddetti uomini politici realisti, la cui ultima ragione non è il coraggio per la libertà, ma una insipida funzione fine a se stessa?

Se così fosse, l'Italia dovrebbe smettere conseguentemente di celebrare il proprio rinascimento, non avrebbe avuto motivo di lamentarsi dello smembramento del proprio Stato nei periodi antecedenti il 1848, e 1866 ed il 1918. Non dovrebbe mai celebrare il suo Guglielmo Oberdan, Silvio Pellico, Garibaldi e Mazzini. Ma se la popolazione di questa Regione celebra i momenti, che hanno contribuito alla riunificazione dell'Italia e la libertà politica dello Stato italiano, nessun uomo politico di questa Regione può negare ai sudtirolesi il proprio diritto.

Se ciononostante qualcuno intende farlo, viene meno a qualsiasi credibilità democratica, in quanto questa persona si sarebbe accomiatata dai diritti fondamentali politici di un popolo, di tendere all'unità ed alla libera regolamentazione delle proprie condizioni nello Stato.

Deve essere chiaro ad ogni persona benpensante che l'ultima pace in questa Regione potrà essere concretizzata soltanto quando più nessuno vorrà prescrivere ai sudtirolesi come abbiano da formare la propria vita politica, anziché riconoscere loro, sulla base del principio fondamentale dei diritti dell'uomo, il diritto illimitato al potere politico di determinazione.

Se noi rappresentanti del popolo di lingua tedesca concentriamo i nostri sforzi sulla realizzazione dell'autonomia, non lo facciamo certamente per esserci accomiatati dal nostro diritto fondamentale, che è

rappresentato dalla riunificazione dei tirolesi in Austria, ma invece lo facciamo perché dopo un'esame realistico della situazione non ci rimane altra possibilità concreta. Tanto vale, finché ci si concede una minima possibilità per la realizzazione dell'autonomia.

Signor Presidente, se non La ritenessi un uomo politico serio, se io non stimassi le Sue premure, mi guarderei bene di fare tali affermazioni. Ma io attribuisco a Lei queste qualità, in quanto da un partner democratico si deve pretendere di dire quanto egli in piena coscienza ritiene giusto ed equo. Il dialogo democratico non sarebbe serio ed utile, se non esistesse più questa ultima serietà.

Stando le cose nei termini che conosciamo, noi La consideriamo il nostro partner. Lo impone la ragionevolezza e il Suo atteggiamento fondamentale lo permette. Con altre forze di questo consesso legislativo non possiamo porre in atto una "Partnerschaft", né con le forze fasciste, né con le forze anarchiche degli alternativi.

Riconosco espressamente, signor Presidente, che l'autonomia, sotto il profilo dell'unità dello stato, è un Suo grande desiderio. L'unità dello stato, riferita anche al territorio dell'Alto Adige, è purtroppo la continuazione dell'atto imperialistico del 1919 e quindi sotto questo profilo non rappresenta un imperativo morale per i rappresentanti del popolo di lingua tedesca. L'autonomia invece, stando alla attuale situazione, è un punto di riferimento comune, che dovrebbe avvicinare le forze che operano nell'ambito di questa Regione, in maniera più ragionevole, intendo le forze di lingua tedesca e di lingua italiana. In questo senso Lei è il nostro partner.

Lei afferma che l'autonomia debba essere conquistata nel suo insieme anche nell'ambito della Regione. Per quanto noi desideriamo riconoscere

fondamentalmente alla Regione ben poca utilità, ha pur sempre la possibilità di rafforzare il pensiero autonomistico nell'ambito delle due Province.

Siccome lo statuto di autonomia costringe i rappresentanti del popolo di lingua tedesca alla collaborazione con la Regione, imponendo quindi dei doveri, nessuno potrà negar loro di prendere atto pure dei propri diritti nell'ambito della Regione. Un simile diritto consiste nel fatto di poter rivolgere domande precise sulla sorte dei loro concittadini di lingua tedesca nel Trentino.

Signor Presidente, Lei ha menzionato, e per questo le sono grato, i ladini della Val di Fassa, della Val dei Mocheni e la Valle del Fersina, nonchè gli abitanti di Lugserna.

Mi permetta una precisazione: nella Valle del Fersina ed a Lugserna vive naturalmente una comunità di lingua tedesca.

Lei comunque mi deve ancora la risposta, in quale maniera desidera contribuire, affinché a questi nostri concittadini di lingua tedesca e ladina, che vivono in predette valli e paesi sarà garantita l'uso della loro lingua e cultura.

La prego di volermi fornire una precisa risposta, su quanto queste persone possono sperare, in quale modo potranno imparare la loro madrelingua e come potranno usarla nella vita pubblica.

Le chiedo inoltre, quali misure economiche Le sembrano idonee, per contrapporre alla evidente e cosciente trascuratezza e svantaggio patiti dai nostri concittadini di lingua tedesca nel Trentino. Soltanto con una risposta senza evasioni, potrà attribuire credibilità alle Sue parole armoniose. Tutto sta quindi in Lei.

Mi permetto di inserire una frase, che non risulta dal mio manoscritto,

ma che mi sembra idonea. Per quanto è stato fatto finora a favore della popolazione di lingua tedesca e ladina nel Trentino, desidero ringraziare coloro che hanno contribuito a quanto relizzato. Fra gli altri desidero ringraziare nominalmente lo stimato collega a Beccara, le cui dichiarazioni rese a tal proposito hanno trovato una attenta eco in Alto Adige. Lo indico quale esempio per coloro che in questo contesto intendono venire incontro ai nostri desideri.

In una altra questione Le attribuisco invece massima credibilità senza riserve, quando Lei parla delle possibilità della Regione, quale propugnatore del pensiero regionale nei confronti dello Stato. Lei sottolinea a tal proposito che non intende limitare i diritti speciali delle due Province che costituiscono la Regione e non dubito della sincerità di questa affermazione.

In relazione a queste sue asserzioni Lei cita il manifesto di Merano; a tal proposito non le posso dare torto. Lei ha compiuto una giusta analisi, affermando quanto desidero citare testualmente: "le Regioni sembrano più un terminale dell'esecutivo centrale dello Stato, anziché ad una Ente autonomo".

Le Regioni italiane a statuto speciale - ed in particolare la Provincia di Bolzano - sono minacciate dallo Stato italiano di essere prese in una morsa a mo' di tenaglia. Tuttavia non è grande la mia fiducia nel criterio degli uomini politici della Regione, che possano imporsi tutti insieme nei confronti dello Stato come Ente autonomo.

Se ciononostante noi rappresentanti di lingua tedesca offriamo comunque la nostra "Partnerschaft" nella lotta per l'autonomia delle Regioni, ciò significa che desideriamo dimostrare la nostra solida e buona volontà, un esempio da seguire. Il nostro aiuto non verrà mai meno, ma spesso è

mancato quello delle Regioni.

Signor Presidente, per quanto La riguarda, Lei desidera offrirci un esempio di cooperazione. Non dubito che Lei intenda queste parole seriamente, ma alle Sue premure tuttavia si pongono grandi ostacoli. Una lunga serie di rappresentanti dei partiti di lingua italiana di questo consesso interpreta la responsabilità democratica quale palestra per le loro interminabili autoraffigurazioni, al qual cosa non muterà nemmeno in futuro. Dove il dibattito dovrebbe essere coniato dalla oggettività, acutezza di pensiero, concentrazione tematica e disciplina, si chiacchiera, ponendo in luce un narcisismo politico ed una buffonata ideologica.

Signor Presidente, Lei ha parlato anche di una rielaborazione della legge concernente le elezioni comunali e a tal proposito mi sembra che si sia imboccata la strada giusta. Ma ciò non è abbastanza per eliminare incompatibilità non consone allo scopo. Innanzitutto nei comuni maggiori si dovrebbe diminuire il numero dei consiglieri comunali, naturalmente per quanto possibile. E' più che discutibile, se sia giusto che una città con più di 100.000 abitanti debba avere 50 consiglieri comunali, mentre un'intera Regione, che comprende le Province di Trento e Bolzano, è rappresentata da 70 consiglieri e cioè da 35 consiglieri per Provincia.

Quello che accade nel Consiglio comunale di Bolzano è una tragicommedia ad allestimento continuo. Se il Consiglio comunale fosse composto da meno della metà dei suoi componenti, regnerebbe più ragionevolezza e oggettività. Probabilmente non si vorrà attuare questa riduzione, perché il coraggio si è già perso da molto tempo per strada.

L'Alto Adige dispone di un numero di gran lunga inferiore di comuni,

rispetto il Trentino. In alcuni casi sarebbe comunque consigliabile provvedere a modificare i territori. Nel comune di Casies della Val Pusteria sarebbe bene dividere questo comune e cioè trasformare Pichl in un comune autonomo da una parte, mentre dall'altra sarebbe altrettanto opportuno offrire una propria amministrazione comunale a San Martino-Santa Maddalena, sebbene tale iniziativa spetti alla popolazione.

Nel caso di una gestione commissariale sarebbe opportuno indire le elezioni comunali non prima della scadenza naturale del periodo amministrativo. I consiglieri comunali devono sapere che le loro vertenze non possono rimanere senza conseguenze.

Per quanto concerne il settore del libro fondiario e del catasto noto con piacere che Lei ha iniziato finalmente a meccanizzare questo servizio. Sarebbe interessante sapere fino a che punto sono giunti questi lavori e a che punto si trova il nuovo rilevamento del territorio della Provincia. Questi servizi particolarmente importanti per i nostri concittadini devono svolgersi soprattutto in Alto Adige perfettamente in entrambe le lingue, la qual cosa non si può certamente dire, al momento, degli uffici catastali. Ho sentito che il competente Assessore dott. v. Egen sta adoperandosi ad impostare il servizio del libro fondiario perfettamente bilingue, per la qual cosa è giusto ringraziarlo.

Signor Presidente, Lei desidera che la Regione diventi un punto di incontro dei popoli europei e che la Regione possa ospitare in futuro Istituti dell'Europa. A tal proposito non vi è nulla da obiettare, e concordo pure con Lei, quando parla delle politica europea della Regione. Si deve però distinguere che la politica regionale europea non si identifica con la politica dei gruppi etnici. La politica regionale può comprendere, come un aspetto particolare, la politica dei gruppi

etnici, ma non la può sostituire. Dal punto di vista delle minoranze la politica regionale è intesa in una cooperazione economica e culturale su un territorio di chiara configurazione e ha anche un senso che gli interessi comuni si estendano su tale territorio, sempre che non si dimentichi che la lingua e la cultura, l'identità di un gruppo etnico sono valori più necessari degli interessi regionali sovrapposti. Dove si rispettano gli interessi particolari dei gruppi etnici, questi saranno sempre un partner per una politica europea delle Regioni, ma se non si rispettano, i gruppi etnici devono diventare, per autodifendersi, avversari dei regionalisti. Questi opererebbero pertanto in un ambito più ristretto, come fa lo Stato centrale in un ambito più ampio. Signor Presidente, Lei è consapevole di tutto questo. Lo preciso nuovamente per quei rappresentanti di questo consesso, che per principio non vogliono riconoscere queste differenze, come le destre e le sinistre e desiderano cancellare irragionevolmente tali diversificazioni, e cito a tal proposito i neofascisti di destra e l'Alternativa di estrema sinistra. Con nessuno dei due sarà possibile avere dei punti d'incontro. Lei invece, Signor Presidente, troverà sempre la "Partnerschaft" dei rappresentanti dei sudtirolesi nella misura in cui Lei si avvicinerà a questi con le parole, fatti, richieste e realtà. Sarà comunque Lei stesso a decidere).

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Anesi. Ne ha facoltà.

ANESI: Signor Presidente, signori consiglieri, dalle dichiarazioni accompagnatorie del bilancio regionale 1985 del Presidente Angeli emerge in particolare uno sforzo di riaffermare il ruolo politico della Regione, emerge la volontà di ricerca e rimeditazione di un ruolo positivo più attivo che l'istituto autonomistico regionale, ormai svuotato di competenze amministrative, dovrebbe ancor poter svolgere.

Si deve prendere atto che la funzione amministrativa della Regione si riduce a poche e spesso secondarie funzioni, per lo più di tipo ordinamentale.

Le cifre esposte in bilancio sono esemplificative e significative ed evidenziano un quadro, di anno in anno più contenuto, una più ridotta capacità di manovra. C'è però l'esplicita puntualizzazione di quelle che dovranno essere le caratteristiche dell'ente regionale in quella fase che lei, Signor Presidente, definisce del post-pacchetto, successiva cioè alla completa attuazione delle norme in esso previste. Precisamente c'è, innanzitutto, l'impegno di favorire la coesistenza fra i gruppi linguistici della Regione; italiano, tedesco, ladino. E' questo il ruolo fondamentale, secondo me, sul quale si basa e si gioca l'intera credibilità di questo istituto autonomistico.

C'è la ribadita volontà di sollecitare la definizione delle residue norme di attuazione, come premessa necessaria e urgente alla chiusura di un contenzioso che non può trascinarsi ulteriormente senza causare risentimenti e giustificate lamentele.

C'è il proposito di difendere le prerogative autonomistiche speciali che debbono consentire alla Regione autonoma a Statuto speciale

di sostenere un ruolo diverso, più avanzato rispetto alle Regioni a Statuto ordinario del resto del territorio nazionale, nella direzione di una più ampia, autonoma capacità di apertura verso le regioni confinanti, verso le regioni dell'Europa, verso un più approfondito confronto sui problemi comuni, sulla cooperazione transfrontaliera e sui temi dell'occupazione giovanile.

Tutto questo in un quadro - lei dice - realistico delle condizioni politiche nazionali e internazionali, che veda la nostra autonomia collocarsi, quale parte integrante dello Stato unitario italiano per le particolarità che la contraddistinguono e per l'ancoraggio internazionale dal quale trae origine, in una posizione speciale di cerniera con il mondo tirolese e mitteleuropeo.

Sull'analisi delle situazioni, così come esposte dalla sua relazione, si potrebbe anche concordare, pur con qualche osservazione e qualche punto interrogativo. Ma solo alla prova dei fatti sarà possibile avere una verifica, una dimostrazione delle capacità di questa Regione di ricoprire quel ruolo politico che potrebbe ancora competerle nell'autonomia regionale.

Tuttavia, a nostro modo di vedere, la logica della spartizione fra le due Province, succeduta all'introduzione del pacchetto, continua ad andare in senso opposto alla proclamata volontà di rivalutare il ruolo di questa Regione.

Se volessimo essere realisti fino in fondo, bisognerebbe cominciare a prendere atto che di regioni autonome ormai ne esistono due, una a Bolzano ed una a Trento, dove però ormai la specialità autonomistica sembrerebbe competere e calzare più alla prima che alla seconda provincia.

La battaglia per l'autonomia, infatti, è stata combattuta soprattutto sul fronte dell'autonomia sudtirolese.

L'attenzione del legislatore e delle forze politiche in generale si è concentrata particolarmente sui termini entro i quali dovevano stabilirsi la tutela e quindi la possibilità di difesa e di pacifica coesistenza delle diverse minoranze etnico-linguistiche della sola Provincia di Bolzano.

L'attribuzione alla Provincia di Trento di analoghe prerogative autonomistiche sembrerebbe quasi una favorevole conseguenza, ottenuta più facilmente, perciò più vulnerabile alle pressioni di neocentralismo nazionale.

Si potrebbe osservare che lo Statuto originale, scaturito dagli accordi internazionali, stabiliva una speciale tutela autonomistica per una Regione Trentino-Alto Adige, non solamente per una provincia o per le singole Province di Trento e di Bolzano.

Ed allora verrebbe da concludere che il fallimento, se così si può definire, di questa Regione, può essere ricondotto anche alla troppo debole vocazione autonomista di una delle due province, quella di Trento.

Si deve credere che le volontà politiche che allora, nell'immediato dopoguerra, firmarono gli accordi della nostra autonomia regionale, traessero origine da situazioni e considerazioni realistiche, ma anche oggettive, e non fossero solamente strumentali alla recondita intenzione di assicurare comunque una posizione maggioritaria alla componente italiana all'interno dell'autonomia regionale.

Quelle considerazioni possono avere ancora oggi una fondatezza e sono state anche menzionate da lei, Signor Presidente, nella sua

relazione. L'esistenza di comuni vicende storiche, la coesistenza di vari gruppi linguistici anche sul versante trentino, sono fatti non irrilevanti, oggetto fra l'altro quest'anno di qualche considerazione positiva.

Molti trentini, e non solo i ladini, hanno guardato con simpatia alle pur scarse, per la verità, manifestazioni celebrative di una comune storia tirolese. C'è stata però la curiosità di molti giovani anche, che non hanno mai potuto conoscere nella scuola, per esempio, la storia dei propri genitori, succubi ancora di una cultura fondamentalmente nazionalistica, che non ha saputo andare oltre Garibaldi e si è fermata alla prima guerra mondiale.

La Regione ha ancora un ruolo; può avere ancora un ruolo, Signor Presidente, ma deve poter sollecitare e favorire, direi farsi garante della piena attuazione, anche nella Regione e quindi anche nella Provincia di Trento, delle norme e delle prerogative autonomistiche. La Regione deve sollecitare e favorire un maggior coordinamento, una maggior omogeneizzazione nell'impostazione politica, sociale, economica, amministrativa, fra le due Province di Trento e di Bolzano, almeno quando entrano in questione interessi che travalicano l'ambito provinciale.

Ci sono troppi punti di contatto geografici, commerciali, viari e interessi comuni che richiedono politiche convergenti o perlomeno non divergenti.

Signor Presidente, ella ha citato alcune di queste incongruenze, ma gli esempi possono moltiplicarsi e sono sempre più numerosi, sintomo di una volontà separatrice che io non so né voglio sempre attribuire ad una sola delle due parti. Lei ha parlato della legge trentina di

classificazione della ricettività turistica, contrastante con la legge regionale sull'imposta di soggiorno, ma la lista sarebbe lunga.

Abbiamo programmazioni urbanistiche differenti, i comprensori, le unità sanitarie locali, la finanza locale, le aziende e gli enti turistici, lo scoordinamento dei servizi pubblici, di quelli turistici in particolare. E faccio l'esempio dell'area dolomitica, notoriamente a cavallo di tre province. In quella zona il servizio pubblico turistico risponde ormai più a criteri di competenza politica territoriale che non alle reali esigenze di una utenza, quando nella stessa area, per continuare nel medesimo esempio, le imprese locali di trasporto a fune hanno creato un'organizzazione interprovinciale e interregionale che non ha confronti in tutto il mondo per dimensioni, qualità di offerta e perfezione organizzativa.

Le ricordo che nelle riunioni di questi consorzi si parla alternativamente, indifferentemente, l'italiano, il tedesco, il ladino, con straordinaria semplicità. E non dimentichiamo che quest'area collima quasi perfettamente con la zona del mondo dolomitico ladino.

La politica del separatismo provinciale non è stata proficua per le nostre popolazioni. Direi che penalizza nel modo più sensibile proprio le popolazioni ladine, o comunque quelle maggiormente interessate, e certamente non da oggi o dal pacchetto, ad un'indispensabile, ad una costante serie di rapporti di carattere economico-sociale e culturale con l'Alto Adige.

Faccio un altro esempio. I ladini della Valle di Fassa e anche i Fedomes hanno sempre gravitato su Bolzano, attraverso i passi di Costalunga. La grande strada delle Dolomiti Bolzano-Cortina da quasi 80 anni è un'arteria turistica vitale per la Valle di Fassa e per il

transito turistico. Ebbene, da quando le rispettive compagnie di bandiera del pubblico servizio fanno di tutto per ridurre i collegamenti, da quando la Val d'Ega e il passo sono così mal serviti anche dall'A.N.A.S., Fassa ha perso un bel po' del suo notevole traffico ed interesse verso l'Alto Adige. Ma certamente la Val d'Ega, vicina a noi, soffre di una crisi turistica più evidente che altrove per una questione contraria, proprio per lo scollegamento con la Valle di Fassa. E penso anche che i rapporti commerciali con Bolzano ne abbiano risentito.

La nostra preoccupazione sta proprio nel dover constatare che non si va verso la direzione auspicata. Magari partecipiamo all'Arge-Alp o all'Alpe-Adria, abbiamo importanti contatti con l'Europa, ma poi, nelle rispettive sfere di competenza, seguiamo ispirazioni spesso contrastanti, alimentando la separazione ad ogni livello e disdegnando, non raramente, anche il confronto tecnico-operativo. Da un lato è intuibile che il modello nazionale prevalga in Provincia di Trento, quello austriaco-tirolese-tedesco in Provincia di Bolzano. Forse sarebbe auspicabile che un'autonomia speciale privilegiata come la nostra potesse anche arricchirsi reciprocamente dall'incontro di due civiltà diverse, con progetti originali propri, evitando spartizioni di qualsiasi tipo.

La vocazione economica del territorio regionale rispecchia, infatti, prerogative ambientali molto simili in Regione: agricoltura specializzata, turismo, artigianato, trasporti e commercio, la struttura medio-piccola familiare dell'impresa e la minore forza rispetto che altrove dell'apparato industriale tradizionale.

L'analisi dei risultati raggiunti, il continuo confronto fra le

due Province, la mappa delle aree di crisi, dovrebbero ormai consentire autorevoli indicazioni all'autorità regionale circa le coerenze delle singole province al progetto autonomistico, anche per quanto concerne autonomia e sviluppo. E ci sono problemi analoghi, non solo nel settore dell'economia e della socialità, che contraddistinguono la tutela delle particolari culture coesistenti nella Regione, dei gruppi linguistici, delle etnie minoritarie.

Alla Provincia di Bolzano è stata attribuita una particolarissima forma di tutela alle componenti tedesca e ladina, mentre in Provincia di Trento si è dimostrato, fino ad oggi, meno attenzione verso le presenze minoritarie che anche lei ha ricordato nel suo discorso, Presidente Angeli: quella ladina e quella mochena di Luserna, realtà peraltro nemmeno riconosciute ufficialmente. E si tratta di realtà minori rispetto a quelle dell'Alto Adige, comunque secondo noi qualificanti e concorrenti alla caratterizzazione alla stessa autonomia trentina e regionale. Se spartizione significa sparizione di queste minoranze in Trentino, noi non potremo essere d'accordo e ci dovremo opporre sicuramente.

A proposito della questione ladina, tengo qui a ribadire un concetto che i ladini considerano fondamentale: la tutela della minoranza ladino-dolomitica non può prescindere da un'omogeneità nelle forme di tutela nelle tre Province di Trento, Bolzano e Belluno, ma certamente non è accettabile alcuna discriminazione all'interno della medesima Regione nella quale sono stabilite norme di carattere costituzionale.

La Regione, Signor Presidente, quando riconosce e garantisce la tutela della minoranza ladina, non può ammettere che ciò avvenga in modo

parziale e differenziato, o peggio discriminatorio nelle due Province.

Le esigenze dei ladini della Provincia di Trento non sono affatto differenti da quelle dei ladini delle altre valli altoatesine. Una tutela non può definirsi tale se non è riferita al gruppo linguistico preso nel suo complesso, né può definirsi ottimale una forma di tutela che subordini di fatto un gruppo minoritario rispetto ad un altro, più forte, come avviene di fatto in Alto Adige, dove il tedesco rappresenta la lingua viva, commerciale, utile, che dà maggiori possibilità di carriera, proprio per quei meccanismi della proporzionale che a volte nel mondo ladino possono essere penalizzanti.

In Alto Adige comunque, bisogna riconoscerlo, i ladini sono maggiormente tutelati, non c'è dubbio, e per il 1985 la Provincia di Bolzano ha già predisposto un nutrito programma di iniziative di carattere nazionale ed internazionale per la riscoperta e la rivalutazione della ladinità.

So che la Regione ha adottato analogo provvedimento e devo darle atto, Signor Presidente, che, almeno per quanto ho appreso dai resoconti giornalistici, ella ha inquadrato opportunamente il problema.

E' possibile che il Parlamento nazionale sia in grado di varare le norme costituzionali che potrebbero portare un certo riequilibrio all'interno della Regione. Non è tutto, non è un provvedimento soddisfacente al cento per cento, comunque è un notevole passo avanti.

La Regione, Signor Presidente, dovrebbe farsi portatrice per il 1985 di iniziative atte a favorire dei risultati in ordine al superamento di questo provincialismo etnico e dell'impostazione provinciale di quei problemi che travalicano gli ambiti provinciali e quello ladino può essere un fatto emblematico.

C'è, per esempio, attuale, importantissimo, anche il problema di come affrontare la questione dei programmi radiotelevisivi in lingua ladina, una situazione ormai insostenibile per carenza di personale, conflitti di competenze, mancato rinnovo a tutt'oggi della convenzione Stato-RAI scaduta nel 1982. Credo sia la stessa cosa per il gruppo tedesco.

Questa convenzione, attuativa del decreto n. 1093, riserva uno spazio alla diffusione dei programmi radiotelevisivi in lingua ladina di sole 150 ore annue. E' prevista per la sola Provincia di Bolzano, ma con estensione alla zona ladina di Fassa. Dopo lo spostamento della sede RAI a Trento sembrava imminente la sparizione anche della redazione ladina. Fino ad oggi ciò non è avvenuto per la ferma opposizione di tutti i comuni della Valle di Fassa, del Comprensorio C/11 e delle associazioni ladine. Una cultura minoritaria come quella ladino-dolomitica potrà trarre indubbi benefici solamente dall'unitarietà redazionale, linguisticamente omogenea, nei programmi dellalingua ladina.

A nove anni dall'entrata in vigore della legge, nonostante la venuta della terza rete, i ladini attendono ancora l'attuazione e il rinnovo di questa convenzione e reclamano anche i programmi televisivi nella loro lingua; programmi che sono rimasti sulla carta, dopo una prima fase di pochissime trasmissioni sperimentali nel 1979.

Non occorre che mi dilunghi nel ribadire l'importanza del problema e la profonda delusione delle popolazioni ladine in questi anni, in attesa di questi servizi da parte della RAI. In questi stessi anni il consumo di programmi televisivi è enormemente aumentato; programmi di tipo pubblicità americana, che contribuiscono a concorrere ad appiattare i valori locali, le lingue minoritarie innanzitutto.

E' quindi urgente contrastare questo processo di assimilazione della lingua e della cultura ladina, da attuarsi anche con il potenziamento dei programmi radiotelevisivi.

La Regione, Signor Presidente, può sostenere il diritto di tutti i ladini presenti nella Regione Trentino-Alto Adige, anzi di tutti i ladini dolomitici, con opportuni contatti anche con la Regione Veneto, ad avere una sola confezione dei programmi culturali in lingua ladina, per tutto l'arco dolomitico.

Forse mi sono dilungato un po' troppo su questo argomento, ma spero di avere reso sufficientemente il mio pensiero, che, in sintesi, cerca di sostenere il ruolo della Regione, che deve essere un ruolo politico attivo, a garanzia dell'attuazione coordinata nel rispetto delle reciproche competenze, delle norme del pacchetto, prima, e della corretta gestione delle questioni interessanti ambedue le comunità, dopo.

Se così non fosse, il ruolo della Regione, anche politicamente, sarebbe veramente finito, è inutile nasconderselo.

Ringrazio i colleghi Langer e Fedel per l'intervento sui ladini; condivido alcune idee, in particolare il fatto che i ladini abbiano titolo a svolgere un ruolo molto importante all'interno dell'autonomia regionale.

Per altro va dato atto anche alla S.V. P. di avere capito molto prima di noi queste cose.

Noi ci aspettiamo in questo momento un aiuto e una comprensione da parte di tutti, per operare un generale risveglio della coscienza ladina, per il definitivo riconoscimento della minoranza ladino-dolomitica che, ribadisco, non può essere un discorso di

provincia.

Per far questo occorre consentire l'ampliamento di rapporti culturali interladini, anche con il potenziamento dei mezzi di comunicazione, dei rapporti economici e sociali.

Per la zona trentina non è necessaria la rivendicazione della proporzionale, essendo per ora il riconoscimento dei ladini di tipo territoriale e mancando la minoranza tedesca nella nostra zona, anche se dovrebbe essere consentito l'apprendimento della lingua tedesca in misura sufficiente per mantenere i frequenti contatti con le popolazioni ladine vicine, cosa che loro hanno come bilinguismo.

Per quanto riguarda la legge quadro, accennata ieri dal collega Langer, a tutela delle altre minoranze presenti sul territorio italiano, confermo comunque di aver avuto assicurazioni a Roma che il ladino, o meglio il ladino dolomitico, farà parte di queste minoranze nell'incontro con la Presidenza della I^a Commissione affari costituzionali della Camera, con l'on. Labriola ed il gruppo ristretto incaricato di elaborare la legge quadro (Baraccetti, Fortuna, Bressani, Virgili ed altri erano presenti). Si è pure affermato che la legge costituzionale in favore del gruppo ladino della Provincia di Trento è pronta per andare in aula. Va da sé però che la legge quadro è una legge ordinaria e non avrà alcun riflesso negativo sulle situazioni delle minoranze riconosciute con legge costituzionale, per esempio le minoranze ladine del Trentino e dell'Alto Adige.

Certo - e concludo signor Presidente - che il clima a Roma quando si discutono queste cose, almeno per mia esperienza, non è dei più miti, come al solito. Spesso c'è disinformazione, frequentemente allarmismo, artificiosamente alimentato da una stampa (vedere l'Europeo di

ieri), esagerano storture e situazioni singole, delle quali peraltro il collega Achmüller ha ammesso l'esistenza e la necessità di apporre delle correzioni, ma dimenticando peraltro di ricordare una lunga serie di risultati positivi dei quali si deve dare atto.

Il paradiso terrestre non c'è qui come altrove, ma nella nostra regione un'autonomia ha dato risultati positivi, in Alto Adige ed anche nel Trentino.

I fatti di Innsbruck, della Sardegna, ecc. hanno dato peraltro fiato all'orgoglio nazionalistico di alcune forze politiche, non solo quelle conosciute e coerenti della destra, ma anche ad altre più o meno risorgimentali...

(Interruzione)

ANESI: Ognuno ha il suo orgoglio nazionalistico. ...più o meno risorgimentali, e queste preoccupano un po' di più perchè sono nel Governo.

Va detto per giunta che i ladini della Provincia di Trento, nel richiedere il superamento di una palese discriminazione, nella richiesta di parificare il proprio trattamento con quello dell'Alto Adige, non chiedono altro che l'attuazione della Costituzione italiana. Niente di più.

Chiudo, signor Presidente, riservandomi di esprimere un giudizio definitivo in sede di dichiarazione di voto, ma che, in via di massima, e fin d'ora, sarà di segno positivo solamente come voto di fiducia e di auspicio perchè questa Regione possa assumere veramente il ruolo che più di altro abbiamo auspicato e più siamo convinti possa essere svolto in modo efficace. Grazie.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Achmüller)

PRESIDENTE: Das Wort hat Abgeordneter Klotz.

Ha chiesto la parola la cons. Klotz.

KLOTZ: Werte Präsidenten bzw. Herr Vizepräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Viel ist in diesem Bericht die Rede von Autonomie. Sie wird auch beschrieben als eine ideale Zwischenkörperschaft, als die geeignetste Ordnungsform von allem, realistisch Denkbaren - hier wörtlich auf Seite 5 im Bericht des Regionalausschußpräsidenten -. Der Versuch ist unübersehbar diese Region anzupreisen und alles was zu lang atmig angepriesen wird, weist meistens irgendein faules Element auf.

Was ist diese Autonomie wirklich und was sollte sie sein? Es ist heute ein Bündel von Aufgaben die der Staat an andere Organe delegiert, weil er sie nicht selbst erfüllen kann. Was aber wäre eine echte Autonomie? Eine echte Autonomie beinhaltet Finanzhoheit, Verwaltungshoheit und Polizeihöheit. Der Herr Abgeordnete Benedikter hat gestern sehr vieles über diese Autonomie gesagt, es braucht hier also nichts anderes hinzugefügt werden.

Ich möchte hier nur erwähnen, daß ein Politikwissenschaftler einmal den Ausdruck "Etikettenschwindel" für unser Autonomie gebraucht hat. Diese Autonomie ist also kein Geschenk, sondern es ist ein Bündel von Zugeständnissen, ein Teil dessen, was uns früher weggenommen worden ist und Sie werden verstehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß wir uns als ein Volk, das an größere Freiheiten gewöhnt ist, nicht

so leicht abspesen lassen, mit etwas was diesen Freiheiten nicht entspricht.

Im Zusammenhang mit der Autonomie fällt immer wieder ein anderer Begriff und zwar der des sogenannten politischen Realismus, des politischen Wirklichkeitssinns und dieser politische Realismus wird dann auch noch als - wörtlich, ich zitiere hier -, unumstößlich bezeichnet. All die Debatten in Sardinien, Friaul, Triest, Aosta und Südtirol zeigen, daß diese Unumstößlichkeit längst in Frage gestellt wird. Diese Begriffe des politischen Realismus, politischen Machbaren, Vernünftigen usw. sind uns von vorneherein suspekt, weil man jahrzehntelang im kleineren staatlichen Rahmen, wie im größeren europäischen hinter diesem Schild hartnäckigen Nationalismus und Zentralismus betrieben und verteidigt hat. Politischer Realismus bedeutet also so wie er hier zu verstehen ist, den gegenwärtigen Zustand aufrecht zu erhalten und mit allen Mitteln zu rechtfertigen. Es bedeutet uns Südtirolern daran zu hindern einen progressiven Weg einzuschlagen, einen Weg der tatsächlich Verbesserungen für uns bringt. Einen Weg der dazu führt, daß wir so leben können wie die Tiroler nördlich des Brenners, ohne den täglichen Streit um die Anwendung der eigenen Muttersprache, ohne den Streit um die Einhaltung von bereits längst Zugesichertem und den Streit um Versprechungen die bis heute nicht verwirklicht

worden sind.

Dann ist die Rede von sogenannten - ich zitiere wieder wörtlich -, utopischen Ausblicken. Ja sind wir denn Träumer, sind wir Utopisten, weil wir das natürlichste der Welt verlangen, weil wir etwas ganz selbstverständliches anstreben, was sie hier in Trient haben, was all jene, die sich als Italiener bezeichnen haben, nämlich, daß wir über uns selbst verfügen können. Es ist das Natürlichste der Welt uns loszusagen von einem Gebilde zu dem wir weder sprachlich, noch kulturell noch mentalitätsmäßig gehören und zu dem wir keine innere Beziehung haben.

Vielleicht darf ich hier ergänzen, daß es bereits 1919 Italiener gegeben hat die das verstanden haben, die also fortschrittlicher gedacht haben als so mancher es heute tut. Im Jahre 1919 hat beispielsweise ein Piero Calamandrei folgendes gesagt - ich zitiere wörtlich -: Es wäre absurd mit den gleichen Regierungsmethoden zwei Gebiete verwalten zu wollen, die wie das Trentino und Südtirol durch Brauchtum, Rasse und Geisteshaltung voneinander so grundlegend verschieden sind. Ein in Trient residierender, vom trientner Berater umgebender Gouverneur könnte nie begreifen was Südtirol wirklich braucht - Zitatende - und Ernesta Battisti - die Frau Cesare Battistis - hat im selben Jahr an einen Freund geschrieben - ich zitiere wieder wörtlich -: Du kannst Dir

vorstellen wie sehr es mich betrübt zu sehen wie das Trentino den Südtirolern als Wachhund vor die Nase gesetzt wird. Jenes Trentino welches Cesare Battisti im Namen der Freiheit gestorben ist (Zitatende). Soweit also italienische Stimmen, die unsere Bedürfnisse bereits damals genau erkannt haben. Sind wir Illusionisten, weil wir etwas besseres wollen, weil wir eine Entwicklung in Gang setzen wollen, die einen Frieden zum Ziel hat, der von allen Seiten mitgetragen werden kann, so daß kein Volk über ein anderes verfügt, sondern dessen Eigenart voll anerkennt und respektiert. Eben weil uns der vielgepriesene politische Wirklichkeits-sinn sagt, daß bisher immer wir die Betrogenen waren, streben wir etwas an, wo uns der italienische Staat nicht mehr am Gängelband hat.

Man kann, wenn man die Entwicklung dieser 60 Jahre Südtirols im italienischen Staatsverband studiert, teilweise miterlebt hat nur zu - wie es der Präsident sagt - zersetzenden Überzeugungen gegenüber dem staatlichen Gefüge kommen. Der Abgeordnete Ballardini ist leider nicht hier, aber es wäre doch grundsätzlich das Eine und Andere richtigzustellen von dem was er gestern gesagt hat. Ich werde mich auf das ganz wesentlichste beschränken, weil ich es als notwendig erachte, daß auch die anderen Kollegen hier - die das gestern gehört haben - noch einmal überdenken. Ballar-

dini hat gesprochen, daß Selbstbestimmung folgendes bedeutet: Es bedeute die Entscheidungsmöglichkeit einen Staat anzugehören, oder einem anderen anzugehören. Das entspricht nicht den völkerrechtlichen Normen, dem Verständnis des Selbstbestimmungsrechtes aus neuerer Sicht. Es gibt verschiedene Modelle des Selbstbestimmungsrechtes. Die drei gängigsten Modelle sind folgende: Selbstbestimmung immer verstanden als Möglichkeit der freien Wahl, aber die Selbstbestimmung könnte dazu führen:

1. Verbleib beim bisherigen Staatsgebilde;
2. Modell: Rückgliederung an einem Staat von dem man unrechtmäßig abgetrennt worden ist;
3. Möglichkeit: Bildung einer eigenen Souveränität, das wäre also Bildung eines eigenen staatlichen Gebildes.

Soweit die eine Aussage Ballardinis.

Dann spricht er davon, daß es keine Grenzverschiebung geben könne. Das entspricht nicht der Wahrheit. In den Helsinkiakten von 1975 ist die Rede davon, daß die Grenzen zwar verschoben werden können, nur nicht mit Gewalt. Es beinhaltet allerdings die Möglichkeit einer friedlichen Grenzverschiebung ohne weiteres.

Zu einer anderen Aussage Ballardinis, wenn also Südtirol sozusagen nicht mehr mit dem Trentino in einer Region vereint wäre, wenn die Südtiroler ihre Unabhängigkeit, ihre

Selbstständigkeit erreichen, so gäbe es kein Zusammenleben mehr. Dazu muß ich sagen, daß dann das sogenannte friedliche Zusammenleben anfängt. Die Solidarität und der echte Friede, freundschaftliches Zusammenleben kann nur dort beginnen, wo eine Bevormundung aufhört. Das heißt also, wenn wir frei unsere Selbstständigkeit leben können, dann gibt es den Frieden mit allen anderen Völkern. Wenn unsere Freiheit respektiert wird, dann kann man von uns auch verlangen, daß wir die Freiheit und das Anderssein der anderen respektieren, daß wir die anderen als vollwertige Mitbürger, als Freunde anerkennen und schätzen.

Im Zusammenhang mit Selbstbestimmung muß ich folgendes sagen: Die Italiener in Südtirol würden niemals Gefahr laufen außer Landes verwiesen zu werden. Nur könnte sich nicht mehr ein Standpunkt halten der besagt: "Siamo in Italia e si parla italiano". Ein Geist des heute noch geschützten Siegesdenkmals und auch beweihräucherten Siegesdenkmals wäre natürlich nicht denkbar, aber diejenigen Italiener die dort eben ihre Arbeit weiter durchführen wollen, die in Südtirol Heimat gefunden haben, die würden selbstverständlich als gleichwertige Mitbürger dort respektiert und anerkannt sein.

Ich hoffe, daß ich damit einiges von dem zerstreut habe, was der Kollege Ballardini an Unverständlichem gestern

hier liegen hat lassen.

Wir, also die sogenannten Gruppierungen mit utopistischen Gedankengut haben einen starken aufbauenden und auf die Zukunft ausgerichteten politischen Willen. Wir wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sondern kräftig nach vorne ins 21. Jahrhundert, in einen Weg der dazu in der Lage ist Neues zu vollbringen, Besseres zu bewirken, als eben das Verhaftetbleiben im Denken des 19. und 18. Jahrhunderts, im nationalstaatlichen, im italozentristischen Denken.

Seite 45 ist die Rede davon, man wolle zu einer echten Europolitik - wörtlich zitiert - der Region gelangen.

Auf Seite 46 ist die Rede von einem Weg, europäischer Politik zu betreiben und man erblicke diesen Weg darin, aus Trentino-Südtirol unter Wahrung seiner Gliederung in allen Hauptteilgebieten, einen echten Nährboden für europäische Begegnung zu machen, aber meine Damen und Herren wahre Europa politik beginnt nicht beim Aufbauen von europäischen Einrichtungen, beim Bauen von Ämtern und Europahäusern, sondern beim Entwickeln, bei der Entfaltung eines europäischen Geistes und bei der Umsetzung dieses Geistes und des europäischen Willens in die alltägliche Tat. Zum europäischen Geist gehört in erster Linie die Bereitschaft zu Verständnis für die ethnischen Bedürfnisse eines Volkes, für dessen

Anderssein, Verständnis für dessen Wunsch nach Eigenleben. Die Zukunft Europas kann niemals in einem Europa der un-
natürlichen Gebilde bestehen, sondern in einem Europa freier
Völker. Die bisherige Europapolitik war gekennzeichnet
von nationalstaatlichen Interessen, von nationalstaatlichen
Egoismus. Diese Europapolitik hat versagt, sie ist Unglaub-
würdig geworden bei all jenen die sich von dieser Europa-
politik die Befreiung ihrer selbst erhofft hatten. Hinter
den schönen Reden vom vereinten Europa war immer der natio-
nale Protektionismus versteckt und weil man nicht mehr an
das viele Europageschwätz glauben kann, weil man sieht, daß
dieses Europa der freien Völker, wie man es sich wünscht,
nicht so schnell zustande kommt, deshalb versucht jedes
fremdbestimmte Volk jetzt einen eigenen Weg zu begehen,
heraus aus der Fremdbestimmung. Die Hoffnung, daß es ge-
lingt so schnell ein Europa gleichberechtigter Völker zu
schaffen ist so gering geworden, aufgrund der Erfahrungen
der letzten Jahrzehnte, daß man den Weg der Selbstbestim-
mung gehen will, um dann als selbstbestimmtes Volk sich in
den Dienst des Aufbaues eines echten freien Europas zu
stellen. Wir glauben das ganze schöne Europagerede erst
dann, wenn jeder der betroffen ist daran geht hier konkret
einen Schritt zu tun und hier echten europäischen Geist zu
leben. Dazu einige praktische Erwägungen: Wie steht es um die

Achtung der deutschen Sprache hier in diesem Organ Region? Man hört häufige Klagen darüber, daß Formulare und Mitteilungen aus Regionalämtern nur in italienischer Sprache aufliegen und nur in italienischer Sprache ausgehändigt werden. Auf Seite 37 dieses Berichtes ist auch die Rede von der Personalordnung und vom Personaleinsatz. Wie steht es mit der Einstellung von deutschem Personal in der Region? Man hört immer wieder es meldeten sich zuwenig Deutsche, aber ich vermute, daß dies heute nicht mehr der Hauptgrund ist für den Mangel an deutschem Personal.

Ich will hier keinem der Anwesenden, keinem Regionalrat böse nationalistische und italozentrische Absichten unterstellen, aber ich weiß nicht, ob sich die verschiedenen Regionalräte nicht einmal mehr bei ihren Bürokraten umsehen sollten, was aus deren Stuben in die Öffentlichkeit gelangt und welche Politik die vielleicht betreiben ohne daß es die Regionalräte selbst bemerken. Wenn sie feststellen, daß es dort eine versteckte Politik gibt, die irgendwie die deutsche Volksgruppe benachteiligt, dann müßten sie natürlich etwas dagegen unternehmen. Gerade was beispielsweise das Personal bei den Grundbuchämtern anbelangt, hört man in Südtirol klagen. Ich will eine diesbezügliche Anfrage die ich an den zuständigen Regionalassessor gerichtet habe hier nicht wiederholen. Man braucht sich also nicht in schöne

Theorien über das friedliche Zusammenleben und die Vorteile eines solchen Zusammenlebens zu versteigen, sondern man soll hier solange dieses widernatürliche Gebilde Region besteht, abgehen vom Spiel der Politik leerer Phrasen, und man soll sich an das halten was der Präsident auf Seite 50 und 51 dieses Berichtes sagt. Sie haben den Bericht ja alle und es ist hier die Rede vom Freiwerden von Banden die keinen Sinn und keine Daseinsberechtigung haben - Banden nicht gemeint im Sinne von Banditen, sondern von Verbindungen, von Zusammengehörigkeit -. Dann sagt er ja selbst, daß man den Mut aufbringen müßte der menschlichen und kulturellen wirt wirtschaftlichen Aufgeschlossenheit, daß man längst überholte Vorbilder und Schranken überwinden miisse, die jeden Schwung zum Erlahmen bringen und jede wahre Weiterentwicklung verhindern. Sie machen es mir leicht, Herr Präsident.

Man soll sich also über Irredentismus und Separatismus zu dem ich mich bekenne in Südtirol nicht wundern, denn er ist etwas natürliches, ein Bestreben das tatsächlich in ganz Europa voll eingesetzt hat und sich anschickt das Europa des 21. Jahrhunderts zu bauen, das Europa freier Völker in einem befriedeten Nebeneinander und Miteinander und lassen Sie mich bitte abschließend mit einem Aufruf eines Sarden, der kürzlich gesagt hat und aufgerufen hat: Wenn man das Europa der freien Völker wirklich will, dann fange man in Italien damit an.

(Illustrissimi Presidenti, ossia signor Vicepresidente! Colleghe e colleghi! In questa relazione si parla molto dell'autonomia. Viene anche descritta come un ente intermedio il più ideale di quanto realisticamente pensabile, così afferma testualmente il Presidente della Giunta regionale, a pagina 5 della sua relazione. Il tentativo di lodare questa Regione è immenso, ma proprio l'incensare in maniera prolissa, nei maggiori casi è segno della presenza di qualche elemento marcio. Che cosa è in realtà questa autonomia e che cosa dovrebbe essere? Oggi si presenta come un insieme di compiti che lo Stato delega ad altri organi, non potendo esso stesso provvedervi. Ma che cosa sarebbe una vera e propria autonomia? Una vera autonomia comprende sovranità nel settore delle finanze, nel settore amministrativo e della pubblica sicurezza. Il consigliere Benedikter ha parlato ieri molto a lungo su questa autonomia, pertanto oggi non è necessario aggiungervi qualche cosa d'altro.

Desidero solo fare presente che un esperto di scienze politiche ha usato per la nostra autonomia il termine "trucco di etichetta". Questa autonomia non è quindi un dono, ma un insieme di concessioni, una parte di quanto negli anni passati ci era stato tolto e noi, colleghe e colleghi, come popolo che conosce una maggiore libertà, non ci lasciamo soddisfare facilmente con qualche cosa che non risponde assolutamente alle libertà da noi conosciute.

Al concetto di autonomia è collegato sempre un'ulteriore concetto del cosiddetto realismo politico, del senso politico della realtà e questo realismo viene anche indicato come - cito testualmente - irrevocabile. I dibattiti svolti in Sardegna, nel Friuli, a Trieste e nella Valle d'Aosta e nel Sudtirolo dimostrano che questa perentorietà è già stata

da tempo posta in discussione. Questi concetti del realismo politico, del politicamente attuabile, ragionevolezza ecc. sono per noi a priori sospette, in quanto da decenni nell'ambito statale più ristretto, come nell'ambito più ampio europeo, dietro a questa insegna sono stati difesi in maniera piuttosto caparbia il nazionalismo ed il centralismo. Realismo politico significa dunque mantenere l'attuale situazione e giustificarla con ogni mezzo. Significa ostacolare noi sudtirolesi ad intraprendere una via progressiva, che porti per noi effettivamente dei miglioramenti. Una via che comporti lo stesso sistema di vita dei tirolesi a nord del Brennero, senza la giornaliera vertenza per l'uso della propria madrelingua, senza la lotta per il rispetto di quanto ci è stato già riconosciuto e per la realizzazione di quanto ci è stato finora promesso.

Si parla inoltre - cito testualmente - delle prospettive utopistiche. Ma siamo forse dei sognatori, siamo degli utopisti nel richiedere ciò che al mondo è la cosa più naturale, in quanto tendiamo a quanto dovrebbe essere sottointeso, a ciò che Lor Signori a Trento già posseggono, come tutti coloro che si sono dichiarati italiani, cioè di poter disporre di noi stessi. E' la cosa più logica del mondo volersi separare da una struttura che non ci appartiene, sia sotto il profilo linguistico, sia sotto quello culturale e della mentalità, struttura verso la quale non abbiamo alcun rapporto interno.

Forse posso integrare queste affermazioni con la considerazione che già nel 1919 esistevano italiani che avevano compreso tale problema, che pensavano quindi in maniera più progressista di qualche altro, che vive la realtà attuale. Nel anno 1919, ad esempio, un certo Piero Calamandrei aveva affermato quanto segue e lo cito testualmente: sarebbe assurdo

voler amministrare due territori con gli stessi metodi di governo, territori quali sono il Trentino e l'Alto Adige, fundamentalmente diversi per usi e costumi, razza e attitudine mentale. Un governatore residente a Trento con a fianco un consulente trentino non potrebbe mai comprendere le necessità effettive dell'Alto Adige; fin qui Piero Calmandrei, mentre Ernesta Battisti, la moglie di Cesare Battisti, ha scritto ad un amico nello stesso anno e mi permetto di citarla testualmente: Ti puoi immaginare quanto mi turba nel dover constatare che il Trentino viene anteposto ai sudtirolesi come cane da guardia. Quel Trentino, per il quale Cesare Battisti è morto in nome della libertà. Fin qui Ernesta Battisti. Queste sono voci italiane che avevano riconosciuto già allora le nostre esigenze. Siamo quindi illusionisti, poiché desideriamo un qualcosa di migliore, poiché intendiamo porre in moto un determinato sviluppo, tendente alla pace, che può essere sostenuto da tutte le parti, dimodoché nessun popolo possa disporre di altro popolo, ma che riconosca e rispetti la sua caratteristica. Ma siccome il senso reale della politica tanto lodata dimostra che fino ad oggi i soccombenti siamo stati noi, tendiamo a svincolarci dalla tutela dello Stato italiano.

Studiando lo sviluppo degli anni '60 dell'Alto Adige nell'ambito dello Stato italiano, avendo in parte vissuto tale periodo, si può giungere soltanto, come ha affermato il signor Presidente, a convinzioni disgregatrici nei confronti della struttura dello Stato. Purtroppo il consigliere Ballardini non è presente, ma vi sarebbe da rettificare fundamentalmente l'una o l'altra cosa delle sue affermazioni. Mi limiterò agli aspetti più essenziali, ritenendo necessario che anche gli altri colleghi, che hanno sentito ieri le sue esposizioni, possano

riesaminare quanto da lui affermato. Ballardini ha detto che l'autodeterminazione significa quanto segue: possibilità di decidere se appartenere a quello o a questo Stato. Ciò non risponde alle norme del diritto dei popoli, alla moderna interpretazione del diritto di autodeterminazione. Esistono diversi modelli di tale diritto. I tre modelli più praticabili sono i seguenti: autodeterminazione come possibilità della libera scelta, ma l'autodeterminazione potrebbe condurre a quanto segue:

1. rimanenza nell'ambito dello Stato attuale;
2. modello: rianessione ad uno Stato, dal quale si è stati strappati ingiustamente;
3. possibilità: formazione di una propria sovranità, ciò significherebbe di dare forma ad una propria struttura dello Stato. Fin qui le affermazioni di Ballardini.

In seguito egli afferma che attualmente non è possibile uno spostamento delle frontiere, la qual cosa non risponde alla realtà. Negli atti di Helsinki del 1975 si parla che le frontiere possono essere spostate, senza ricorrere alla violenza, prevede quindi la possibilità di uno spostamento pacifico delle frontiere.

Ballardini afferma inoltre che qualora l'Alto Adige non fosse unito al Trentino in una Regione, se quindi i sudtirolesi raggiungessero la loro indipendenza ed autonomia, non esisterebbe più una convivenza. A tal proposito devo affermare che in quel momento inizierebbe la cosiddetta pacifica convivenza. Solidarietà e una vera pace e la amichevole convivenza può iniziare soltanto là dove finisce una tutela. Ciò significa che, se possiamo vivere liberamente la nostra autonomia, inizia appunto la pace con gli altri popoli. Quando si rispetta la

nostra libertà, si può pretendere anche da noi, di rispettare la libertà dell'essere diverso, vale a dire degli altri, di riconoscere e stimare gli altri, come concittadini a pieno diritto, come amici.

A proposito dell'autodeterminazione devo dire quanto segue. Gli italiani in Alto Adige non correrebbero mai il rischio di dover abbandonare questo territorio. Non potrebbero comunque ancorarsi al loro punto di vista ed affermare: "siamo in Italia e si parla italiano". Lo spirito rappresentato oggi dal monumento alla vittoria ancora tutelato, ancora oggi tutelato ed incensato, non sarebbe naturalmente pensabile, ma gli italiani che intendono continuare la loro opera in quel territorio, che hanno trovato la loro "Heimat" nell'Alto Adige, sarebbero qui riconosciuti e rispettati naturalmente come concittadini a pari diritti. Spero di aver disperso qualche cosa, di quanto di incomprensibile il collega Ballardini ha lasciato sospeso in questa aula.

Noi dunque, il cosiddetto gruppo con un patrimonio di pensiero utopistico palesiamo una forte volontà politica, tendente a costruire un futuro. Non intendiamo riportare indietro la ruota della storia, ma è nostro desiderio spingere con tutte le nostre forze verso il futuro nel 21esimo secolo, verso una via che sia in grado di compiere cose nuove, di produrre un effetto migliore, anzichè rimanere vincolati al pensiero del 19esimo e del 18esimo secolo, nel pensiero nazionalistico, nel pensiero italo-centrista.

A pagina 45 si parla inoltre - cito testualmente - della tendenza verso una vera politica europea della Regione.

A pagina 46, continua la relazione, si pone in luce l'intenzione di ricercare una via per la politica europea che si crede di aver individuata nella Regione Trentino-Alto Adige, mantenendo l'attuale

struttura in tutte le parti principali dei territori, per costituire un vero e proprio terreno fertile per incontri europei, ma Signore e Signori, la vera politica europea non inizia con l'istituzione di strutture europee, con la costruzione di uffici e palazzi della comunità europea, ma nello sviluppo e nella propagazione di uno spirito europeo, traducendo tale spirito e volontà giornalmente in fatti. Dello spirito europeo fa parte innanzitutto la disponibilità a comprendere le esigenze etniche di un popolo, per il suo essere diverso, comprensione per il suo desiderio di una vita propria. Il futuro dell'Europa può essere posto in una struttura innaturale, ma in un'Europa dei popoli liberi. L'attuale politica europea era contrassegnata dagli interessi degli Stati nazionali, dall'egoismo di questi. Questa politica europea ha fallito, ha perso ogni credibilità davanti agli occhi di coloro che vedevano questa politica europea come la liberazione del simbolo. Dietro ad ogni parola spesa a favore della Unione europea si celava sempre il protezionismo nazionale, ma siccome non è più possibile credere a queste chiacchiere, in quanto ci si è resi conto che l'Europa dei popoli liberi, come desiderata, non può essere istituito così in fretta nel tempo, ogni popolo che si sente estraneo al contesto europeo cerca modo e maniera per uscire da questa estraneità. La speranza di poter costruire quanto prima un'Europa dei popoli a pari diritti è divenuta talmente esigua, soprattutto sulla base delle esperienze degli ultimi decenni, che si intende adire la via dell'autodeterminazione, porsi poi come popolo autodeterminatosi al servizio della formazione di una vera e libera Europa. Noi crederemo alle belle parole che si spendono a favore dell'Europa soltanto, quando ogni interessato inizierà a porre atti concreti, idonei per vivere nello vero spirito europeo. A tal proposito

necessitano alcune considerazioni pratiche: a che punto siamo giunti con il rispetto della lingua tedesca qui nell'organo regionale? Si lamenta troppo spesso che modelli e comunicazioni degli uffici regionali esistono solo in lingua italiana e vengono distribuiti appunto soltanto in tale lingua.

A pagina 37 di questa relazione si parla anche dell'ordinamento e dell'impiego del personale. A che punto sta l'assunzione di persone di lingua tedesca nella Regione? Si sente continuamente che mancano candidati di lingua tedesca, ma non credo che sia questa la causa principale della carenza d'impiegati di tale lingua. Non intendo rimproverare ai presenti, a nessun consigliere regionale, cattive intenzioni nazionalistiche o italo-centriste, ma ritengo che i vari consiglieri regionali dovrebbero vigilare meglio sui propri burocrati, di controllare che cosa esce dai loro uffici verso l'esterno e quale politica sostengono forse all'insaputa degli stessi consiglieri regionali. Se poi constatano che ivi esiste una politica occulta a svantaggio in certo qual modo del gruppo etnico tedesco, dovrebbero intraprendere qualche cosa. Per quanto concerne il personale degli uffici tavolari della Provincia di Bolzano si sentono continuamente lamenti. Non è mia intenzione ripetere la interrogazione presentata a tal proposito al competente Assessore regionale. Non è pertanto necessario insistere nelle belle teorie sulla pacifica convivenza e i vantaggi che una simile convivenza comporta, ma finchè esiste questa struttura innaturale della Regione si dovrebbe desistere dal gioco della politica delle frasi vuote, attenendosi a quanto contenuto alle pagine 50 e 51 della relazione del signor Presidente. Tutti dispongono di questa relazione ed ivi si parla di liberarsi di bande che non hanno

senso e giustificazione, di bande, non intese nel senso di banditi, ma di legami di appartenenza. Egli stesso afferma che si dovrebbe avere il coraggio di operare un'apertura umana, culturale ed economica, che si dovrebbero superare modelli e limiti già da tempo superati, che paralizzano ogni iniziativa di un vero e proprio sviluppo. Signor Presidente, Lei mi rende le cose facili.

In Alto Adige quindi non dobbiamo meravigliarci del irredentismo e del separatismo nel quale io mi riconosco, essendo questa una cosa naturale, un'aspirazione giammai diffusa effettivamente in tutta Europa che si appresta a costruire l'Europa del 21esimo secolo, l'Europa dei popoli liberi in una convivenza pacifica. Mi si permetta di concludere il mio intervento con un appello di un cittadino sardo, che recentemente ha dichiarato: se si desidera veramente l'Europa dei popoli liberi, si inizi in Italia con tale tendenza).

(Assume la Presidenza il Presidente Sembenotti)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Ferretti, sull'ordine dei lavori.

FERRETTI: Scusi, signor Presidente, chiederei nel corso della mattinata una riunione dei Capigruppo per convenire l'ordine dei lavori, in quanto il mio partito in Provincia di Bolzano ha domani il congresso.

Quando il congresso era stato indetto (come prassi non si tenevano riunioni al venerdì e quindi ritenevamo di poter disporre della giornata del venerdì) non eravamo intervenuti per chiedere sospensioni del Consiglio regionale. Però i lavori del nostro congresso sono rimasti

fissi e i lavori del Consiglio sembrano protrarsi oltre gli orari canonici. Quindi gradirei una riunione dei Capigruppo per poter dire alcune cose, senza far perdere tempo al Consiglio, in maniera da convenire un ordine dei lavori, una procedura. Del resto sempre questo Consiglio regionale si è dimostrato sensibile e attento alle scadenze di partito, così come avviene ad altri livelli provinciali e anche nazionale.

Quindi chiederei se lei per le ore 12, 12.15, signor Presidente, può convocare, chiudendo con un breve anticipo l'incontro del mattino, una riunione dei Capigruppo, oppure anche subito. La ringrazio signor Presidente.

PRESIDENTE: C'è la richiesta del cons. Ferretti di convocazione dei capigruppo. Devo dire però che noi abbiamo spedito l'annuncio nel quale si diceva che venerdì 7 dicembre l'orario della riunione era dalle 9.30 alle 12.30, dalle' 14.30 alle 17.30. Perciò io, come Presidente, non mi sento autorizzato a cambiare questo orario del Consiglio.

In considerazione del numero degli iscritti a parlare e stante la richiesta del cons. Ferretti, io direi di fare verso le ore 12.15, 12.30 riunione dei Capigruppo. I Capigruppo sono già avvertiti e quindi si tengano pronti a fare la riunione, sull'ordine dei lavori, alle ore 12.30.

Proseguiamo con la discussione.

La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Dankeschön, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Präsident des Regionalrates! Sehr geehrter Herr Präsident des Regionalausschusses! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident Dr. Pierluigi Angeli hat in seinem Bericht ein klares Bekenntnis zur Autonomie abgelegt. Dieses politische Bekenntnis zur Autonomie zieht sich durch den ganzen Bericht durch und läßt die Zahlen des Haushaltes selbst verblassen. Angeli selbst hat damit den Auftakt gegeben für eine Diskussion die notgedrungen weniger auf die nackten Zahlen und die entsprechenden Vorhaben des Regionalausschusses eingeht, dafür aber mehr die politischen Fragen, die Fragen der Zukunft unseres Landes in den Vordergrund stellt. Dieses Bekenntnis zur Autonomie, Herr Präsident, zum Minderheitenschutz und zum Regionalismus ergänzt durch die Perspektive Europas muß gewürdigt und anerkannt werden. Es muß deshalb um so mehr gewürdigt und anerkannt werden, als dieses Autonomiebekenntnis in einer besonderen heiklen Phase abgegeben wird. In einer Phase in der die Verwirklichung der Autonomie gefährlich ins Stocken geraten ist und wenn wir heute objektiv und ehrlich ein Urteil abgeben müssen, dann müssen wir folgendes feststellen: Seit Jahren sind die Verhandlungen um die Durchführung der Autonomie nicht mehr so fest gefahren wie jetzt.

Zweite Feststellung: Das politische Klima zwischen den

Volksgruppen verschlechtert sich zusehens.

Dritte Feststellung: Die Fronten sind selten so hart aufeinandergeprallt wie jetzt; die Standpunkte selten so auseinandergeklafft und die berechtigte Frage die sich daran anschließt ist: Was hat sich geändert, warum geht es plötzlich so schleppend weiter? Ich befürchte, daß wir politisch an einem gefährlichen Wendepunkt angelangt sind.

Als am 22. Juli 1971 das Verfassungsgesetz über das neue Autonomiestatut in zweiter Lesung zur Abstimmung kam, erzielte es in der Abgeordnetenkammer folgendes Ergebnis:

Abstimmende 468

Ja-Stimmen 438

Nein-Stimmen 30

Enthaltungen 13

In der Abgeordnetenversammlung wurde das Statut also mit 94% der Stimmen genehmigt. Im Senat kam es bei der zweiten Lesung am 27. Oktober 1971 zu folgendem Abstimmungsergebnis:

233 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

12 Enthaltungen

Auch hier wurde das Statut mit etwa 96% der Abstimmenden genehmigt.

Von der Democrazia Cristiana über den Partito Socialista Italiano bis zur Kommunistischen Partei Italiens, der

ganze sogenannte Verfassungsbogen stimmte dafür.

Nun hat gestern - und es tut mir leid, daß der Abgeordnete Ballardini jetzt nicht anwesend ist; ich habe eigens einige Redner vor mir sprechen lassen, obwohl ich bereits morgens auf der Rednerliste war, aber er ist inzwischen nicht eingetroffen -, der Abgeordnete Ballardini in einer meines Erachtens sehr interessanten ausgewogenen Stellungnahme zur politischen Lage Stellung bezogen. Ich werde auf diese aufgeworfenen Fragen Ballardinis mit seinen eigenen Worten antworten. Damals vor 13 Jahren hatte Ballardini eine wichtige Schlüsselposition für die Autonomie inne. Der damalige PSI Abgeordnete war Präsident der ersten Gesetzgebungskommission der Abgeordnetenkammer für Verfassungsangelegenheiten "affari costituzionali" und als solcher Berichterstatter in der Abgeordnetenkammer über das Autonomiestatut. Den Bericht den Renato Ballardini damals vorlegte war für damalige italienische Verhältnisse angesichts der bis dahin angespannten politischen Lage bahnbrechend, sei es aus politischer als auch aus geschichtlicher Sicht. Es war damals das erste Mal nach langer Zeit, daß seitens eines wichtigen italienischen Politikers ein so objektives Bild Südtirols in die Parlamentsakte einging. Auch aus historischer Sicht räumte der damalige Präsident der Verfassungskommission mit einer Reihe von Geschichtsentstel-

lungen auf.

Ich darf - nach dieser kurzen Einführung -, nochmals zurück auf die jetzige Lage leuchten. Die Verhandlungen sind fest gefahren, es geht kaum noch etwas weiter. Die italienischen Vertreter in der Zwölferkommission stimmten neulich gegen eine autonomiefreundliche Regelung - Kommunikation. Die Sprachregelung, von der Sechserkommission genehmigt, liegt seit eineinhalb Jahren in der Schublade der Regierung. Die italienischen Vertreter die damals in so breiter Mehrheit im Parlament für das Paket gestimmt haben pilgern heute nach Rom, um eine autonomiefreundliche Haltung der Regierung zu verhindern. Das Mißtrauen zwischen den Sprachgruppen steigt, erlassene Durchführungsbestimmungen RAI, ENEL, ASGB die bereits in Kraft sind, werden nicht angewandt und dieser Blick auf die heutige Lage erinnert mich an das Bild, das Ballardini damals bei der Berichterstattung in der Kammer - als Präsident der Kommission -, über die Lage nach 1948 abgegeben hat. Er blickte zurück auf diese Nachkriegszeit und verglich sie irgendwie mit dem Jahre 1919. Nochmals - so Ballardini - wie bereits 1919 folgte einem guten Anfang eine Umkehrung der Tendenz. Wir erinnern uns 1919 hatte nach der gewaltsamen Annexion Südtirols der damalige König Viktor Emanuel III eine feierliche Erklärung abgegeben die den Südtirolern nach dem harten Schicksal das ihnen durch

Saint Germain widerfahren ist, zumindestens einen leichten Hoffnungsschimmer für die Zukunftsgestaltung gegeben hat. In seiner Kronrede vor dem Parlament am 1. Dezember 1919 hatte der König feierlich erklärt und ich zitiere: Die neuen mit Italien vereinten Gebiete schaffen neue Probleme die zu lösen sind. Unsere Tradition der Freiheit wird uns den Weg zu einer Lösung weisen die dem höchsten Respekt für die örtlichen Autonomien entsprechen wird. Ich darf diesen Absatz im Original italienischen Text wiederholen: Le nuove terre unite all'Italia creano nuovi problemi da risolvere. La nostra tradizione di libertà ci indicherà la via per la soluzione che si conformerà al massimo rispetto per le autonomie locali. Discorso della corona pronunciato il 1.12. 1919.

Damals nach 1919 hatte der kalte Schauer des Faschismus alle Hoffnungen zunichte gemacht. Nach 1948, nach den wagen Hoffnungen, die man in das damalige erste Statut gesetzt hat, waren es und jetzt komme ich zurück auf den Berichtstatter in der Abgeordnetenkammer - so Ballardini wörtlich - das Mißtrauen und die Verdächtigungen gegen die Bevölkerungen deutscher Zunge. Aber auch im Senat, der damalige Berichtstatter hieß Delnero, schreibt dazu im Begleitbericht zum Gesetzentwurf zur neuen Autonomie wörtlich folgendes - ich darf auch diese Sätze in italienisch zi-

tieren -: Dopo i primi entusiasmi cominciarono le contestazioni e le diffidenze da parte italiana e della popolazione trentina in particolare. Lo statuto del 1948 rappresentava una tale rottura col passato, la situazione del gruppo etnico tedesco acquistava tale rilievo che sembravano fossero traditi sacrifici e le conquiste dei padri. Sul piano nazionale i concetti di autonomia penetravano con difficoltà (wir beziehen uns auf die Lage nach 1948). Die Italiener also, die nach 1948, nach den ersten schwachen Versuchen eine Autonomie zu verwirklichen, bereits das Gefühl hatten zurückversetzt zu werden, in eine moralische Krise geraten sind, die Mißtrauen gegenüber der neuen Autonomie und Mißtrauen gegenüber der deutschen Bevölkerung hervorgebracht hat. Diese Worte des Berichterstatters im Senat Onorevole Delnero erinnern uns unweigerlich an den Stimmungsumschwung den ich vorhin für Südtirol heute beschrieben habe.

Heute nach den ersten Konzessionen - ein Großteil des Autonomiestatutes ist noch nicht erfüllt -, beginnt eine Stimmungsmache in der italienischen Bevölkerung die ja, und das müssen wir ja zugeben, tatsächlich Privilegien abgegeben hat und abbauen mußte. Einige Beispiele: 86 % der Staatsstellen waren bis 1976 allein durch Italiener besetzt, heute müssen laut Proporz etwa 70 % der deutschen- und der ladinischen Minderheit vorbehalten werden und nur

mehr 30 % für die Italiener. Bis zur Übertragung der Zuständigkeit im Volkswohnbau wurden 90 % der Sozialwohnungen an die italienische Sprachgruppe zugeteilt. Seit das Land die Materie verwalten kann, steht den Italienern ihr gerechter Anteil zu, aber nicht mehr 90 %, sondern eben nur mehr 30 % zu. Das geschmähte Wort "qui si parla italiano" wird heute durch eine schwierige Zweisprachigkeitsprüfung ersetzt und durch die Notwendigkeit - die damals nicht gegeben war - auch für die Italiener die zweite Sprache zu erlernen. Früher waren alle italienischen Ämter durch italienische Beamte besetzt, heute haben wir in Südtirol - zumindestens zum Teil -, auch eine Südtirolerverwaltung. Die Durchführungsbestimmungen zur Sprache sollen endlich den Prozeß in deutscher Sprache ermöglichen. Welch ein Schreck für Mitbürger unseres Landes, im speziellen für die Rechtsanwälte, die plötzlich Deutsch lernen sollen. Auf diese Situation wurden die Italiener in Südtirol - und das ist das tragische Resultat das wir feststellen müssen - niemals vorbereitet. Obwohl man seit 1946 wußte, daß eine Sonderautonomie und ein besonderer Schutz der Südtiroler vorgesehen ist und das ist ein Versäumnis der italienischen Politiker im Lande, das zu einen gefährlichen Stimmungsumschlag geführt hat, geschürt - besonders in diesem heurigen Jahr -, durch eine gehässige Pressekampagne in Italien und

die zur Folge hatte, daß genauso wie es nach 1948 der Fall war - wie es Ballardini in der Kammer beschrieben hat - ein neues Mißtrauen gegenüber der deutschen Bevölkerung entstanden ist - seitens der Italiener - ein Mißtrauen gegen die Autonomie entstanden ist und man praktisch nicht mehr bei der Sache ist. Ich möchte, um den Vergleich zu erhärten, nochmals den Abgeordneten Ballardini mit seinen Worten an die Abgeordnetenkammer 1971 zu Wort kommen lassen: Mißtrauen und Verdächtigungen - ich zitiere wörtlich -, ließen nach und nach die Beziehungen zwischen Zentralgewalt und Südtirolern einfrieren, sie bewirkten ein träufeln von kleinen Nichterfüllungen und Verzögerungen in dem Erlaß der Durchführungsbestimmungen, in absurden Schlaueiten, in der spitzfindigen Abfassung der Texte. Ich darf das wörtlich auf Italienisch zitieren: Diffidenza e sospetto raggelarono via via i rapporti fra potere centrale e sudtirolesi, produssero un stillicidio di piccoli inadempimenti di ritardi nell'emanazione delle norme di attuazione di assurde astuzie nella cavillosa redazione dei testi. Das bezogen auf die Durchführung des Statutes 1948. Jetzt erlauben sie mir, daß ich kurz auf die derzeitige Lage der Autonomiedurchführung eingehe, wie sie sich heute stellt. Seit 1982, so beklagte es die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei vor wenigen Tagen in einer mit breiter Mehrheit genehmigten Re-

solution, wurde eine einzige Durchführungsbestimmung erlassen, nämlich die zum Verwaltungsgerichtshof und die auch teilweise amputiert, nämlich über jenen Teil der den Schulbesuch betrifft. Abgesehen von der Durchführungsbestimmung zur Sprache, konnte in der Sechserkommission - die dort ja genehmigt worden ist - in allen übrigen Bereichen kaum ein Fortschritt erzielt werden. Ich darf die offenen Punkte erwähnen: Überführung von Staatseigentum, Finanzen, Transport- und Kommunikationswesen, Ortsnamengebung, örtliche Stellenpläne für den Rechnungshof in Südtirol, Bergbau, Mineral- und Thermalwässer. Zusätzlich haben wir festgestellt und auch der Präsident hat es beklagt, daß durch eine zunehmende autonomiefeindliche Haltung des Staates unsere Zuständigkeiten, die wir bereits haben, begrenzt werden. Einmal durch die Rückverweisung von Landes- und Regionalgesetzen die oft in ihrer Begründung ins Detail geht und vor allem mit den biegsamen Begriff der sogenannten "interessi nazionali" für jeden Zweck erhalten kann und zum zweiten durch den Erlaß von Reformgesetzen, die sogar in die primäre Gesetzgebung des Landes und der Region direkt eingreift. Das zum Stand der Durchführung. Eine Reihe offener Bestimmungen, kein Fortschritt mehr, fast wie damals 1948, aber bereits erlassene Durchführungsbestimmungen stehen auch nur auf dem Papier und ich erinnere an die Maßnahme 118 des "Paketes" über die Energie

versorgung, über die Mißachtung seitens des ENEL zweisprachiges Personal einzusetzen, ich erinnere an die Militärverwaltungen und an die italienischen Staatsbahnen, die sich trotz klarer Bestimmungen weigern die Wohnungen, welche nicht Dienstwohnungen sind an die Provinz abzugeben und ich erinnere an die RAI, die trotz seit 1973 in Kraft befindlicher Durchführungsbestimmungen immer noch nicht die dort vorgesehene autonome Form für Südtirol verwirklicht hat. Ich erinnere an den autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund, der seit 1978 eine statutarisch verankerte Gleichstellung genießt, in Wirklichkeit aber nicht einmal die Zuerkennung eines Patronates erhalten hat und ich muß - und das ist das wichtigste - hervorstreichen, daß seit 1946 im Pariser Abkommen die Gleichstellung der deutschen Sprache verankert ist, im Gebrauch gegenüber der öffentlichen Ämter, bei Gericht und bei der Polizei und daß dieses Recht immer noch auf dem Papier steht.

Der Abgeordnete Ballardini meinte gestern nach den zurückhalten der römischen Regierung, nach den jahrelangen Verzögerungen hätte man nach dem Erlaß des zweiten Autonomiestatut 1972 den Fehler gemacht plötzlich zu großzügig zu sein. Er sagte wörtlich: Es erfolgte eine Umkehrung der Situation und der Verlust seitens der italienischen Zentralregierung eines jeden kritischen Urteils gegenüber den Forderungen.

Wenn wir die Tatsachen im Lichte sehen, wie ich sie eben beschrieben habe, scheint mir das Gegenteil der Fall zu sein, aber hören wir uns auch dazu Ballardini selbst an, der die Lage nach 1948 beschreibt und versuchen wir die Parallelen herauszustellen die ich eben über die heutige politische Lage, über die noch offenen Durchführungsbestimmungen, über die Durchführungsbestimmungen die nicht durchgeführt worden sind und über die Sprachbestimmungen genannt habe. Ballardini wörtlich: Es ist notwendig - so Ballardini -, heute mutig die begangenen Fehler anzuerkennen, mögen die Tatsachen sprechen, es genügt daran zu denken - für die Übersetzung bringe ich das im Original - daß man bis zum Jahre 1959-60 warten mußte, bis die Durchführungsbestimmungen hinsichtlich des Gebrauches der deutschen Sprache im Verkehr mit der Öffentlichkeit, in den Ämtern, in dem Gerichtsverfahren erlassen wurden, "è necessario oggi riconoscere coraggiosamente gli errori compiuti, parlino i fatti (sto citando Ballardini), basta pensare che bisogna attendere il 1959-60, perchè siano emanate le norme di attuazione in materia di uso della lingua tedesca nella comunicazione con il pubblico, negli uffici, nei procedimenti giudiziari" und diese Durchführungsbestimmungen wurden dann auch nicht angewandt.

Ich muß hier im Regionalrat als Sprecher der Südtiroler Volkspartei die Sorge deponieren, die in der Landesversamm-

lung der Südtiroler Volkspartei deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Die Sorge, daß in den Bemühungen um die Autonomie ein Stillstand eingetreten ist der nicht mehr weiter verantwortet werden kann. Dieser Stillstand ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die lokalen italienischen Parteien auch der Mehrheit Democrazia Cristiana, Partito Socialista Italiano, PRI, PLI im besondern in Rom bei ihren Parteitippen gegen eine autonomiefreundliche Interpretation des Statutes einwirken. Das beste Beispiel zeigen die Durchführungsbestimmungen zur Sprache, die seit 'eineinhalb Jahren - obwohl von der Sechserkommission genehmigt - in der Schublade des Ministerratspräsidiums liegen. Dieser Stillstand ist zum zweiten darauf zurückzuführen, daß die italienischen lokalen Vertreter in der Zwölferkommission, Landesrat Benedikter hat das gestern klar' herausgestellt, die in Vertretung des Landtages und des Regionalrates die Aufgabe hätten logischerweise für eine möglichst große Autonomie einzutreten und zu kämpfen, gegen die Ausweitung der Autonomie Stellung beziehen; jüngstes Beispiel "Kommunikation".

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht versäumen dem Trientner Landtag und insbesondere den Initiatoren für einen Beschlußantrag zu danken, den die Kollegen Tretter und Binelli - unsere Freunde der Trentiner-Trioler Volkspartei - im Trientner Landtag eingebracht haben und den der Landtag am

Montag dieser Woche verabschiedet hat. Ich habe mich sehr gewundert, daß trotz breiter Zustimmung die Stimme von Renato Ballardini, der eine so aufgeschlossene, bahnbrechende Haltung im Parlament gezeigt hat bei dieser Abstimmung nicht dabei war.

Dieser Stillstand der eingetreten ist, ist des weiteren darauf zurückzuführen, daß die extreme Alternative Linke sogar bereits erlassene Durchführungsbestimmungen wie den ethnischen Proporz und die Volkszählung in Frage zu stellen versucht und damit in Rom gegen die Autonomie arbeiten. Sie alle - ich habe sie aufgezählt - müssen die Verantwortung übernehmen, wenn heute das politische Klima sich - das glaube ich müssen wir zugeben - eindeutig verschlechtert hat.

Herr Präsident Angeli, Sie dürfen sich nicht wundern, wenn angesichts dieser Tatsachen seitens verschiedener Redner aus meiner Fraktion, aus den Reihen der Südtiroler Volkspartei offen Kritik geübt wurde zwischen Ihren autonomiefreundlichen verbalen Erklärungen und dem autonomiefeindlichen Verhalten auch Ihrer Parteienvertreter. Ich muß diese Kritik bestätigen, will sie aber positiv sehen. Aufgrund ihrer Erklärungen sehen wir in Ihnen, im Präsidenten des Regionalausschusses einen Mann, der sich trotz teilweise gegenteiliger Haltung seiner Partei offen zu den Grundsätzen

der Autonomie bekennt und dafür eintritt.

Auch wir Südtiroler werden uns bemühen müssen - und das sage ich nicht hier und heute, sondern habe es auch auf der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei gesagt - den Italienern, den Mitbürgern im Lande offener zu begegnen. Wir müssen uns als politische Kräfte gemeinsam bemühen auch die Italiener besser von den Vorteilen der Autonomie, als Voraussetzung für eine friedliche Zusammenarbeit aller Sprachgruppen zu überzeugen. In diesem Zusammenhang möchte ich die italienischen Parteien daran erinnern, daß es nicht undankbar sein muß, wie vielleicht manche befürchten für eine autonomiefreundliche Haltung einzutreten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Freunden der Trentiner-Tiroler Volkspartei danken, im besonderen unseren Kollegen im Regionalrat, Präsident Sembenotti, Tretter, Binelli für Ihren realen Einsatz, den sie mit Begeisterung und nicht nur mit Erklärungen in die Herzen der Menschen im Trentino hinaustragen. Eine Sache die sich in Bozen kaum ein Italiener in dieser Form getraut.

Herr Präsident, auch Ihr Erkenntnis in der politischen Erklärung zum Haushaltsvoranschlag war sogleich ein wichtiger Beitrag auf diesem Wege die Autonomie auch in die Herzen der Menschen hineinzutragen, denn nur so können sie überzeugt sein. Ich möchte Ihnen dafür im Namen der Südtiroler

Volkspartei recht herzlich danken und gleichzeitig den Appell damit an Ihre Partei verbinden, alle Kolleginnen und Kollegen im Regionalrat glaubwürdig auch danach zu handeln was sie feierlich erklären.

Gegenüber der römischen Zentralregierung müssen wir wohl, wenn wir in Zukunft im Punkt Autonomie weiterkommen wollen geeinigt und mit einer gemeinsamen Sprache sprechen und auftreten. Rom sollte auch endlich zur Kenntnis nehmen, daß wir hier nichts anderes verlangen als in Frieden leben zu wollen und daß die einzig gründliche Voraussetzung, um in Frieden leben zu können, nur darin bestehen kann, daß Gleichheit und Gerechtigkeit gelten, daß die verschiedenen Sprachen und Kulturen in unserem Lande und in unserer Region, die sich begegnen, auch eine Bereicherung darstellen, daß aber Sprachen und Kulturen auch gleichwertig behandelt werden müssen und daß man uns unser Schicksal möglichst selbständig gestalten lassen soll. Die Tiroler waren in ihrer Geschichte, und die Abgeordnete Klotz hat auch schon darauf hingewiesen, und ich habe fast die gleiche Formulierung hier stehen, ein friedfertiges Volk. Niemals hat der Tiroler in seiner langen stolzen Geschichte die Waffe zum Angriff gegen andere erhoben, wohl aber hat er sich verteidigt, wenn man ihm seine Rechte, seine Freiheit nehmen wollte. Ich darf - gerade weil immer wieder ein gewisses

Unverständnis gegenüber der deutschen Sprachgruppe in Südtirol durchleuchtet - einen kleinen Lichtblick auf diesen Tiroler Freiheitskampf aufmachen, nicht auf 1809 beschränkt, den die Tiroler Geschichte kennzeichnet. Tirol als älteste Demokratie Europas bereits im Mittelalter, während damals ganz Europa im tiefen Mittelalter steckte und überall absolute Herrscher über Leib und Leben ihrer Untertanen verfügten, war Tirol ein freies Land, das Land im Gebirge das 1248 zur Grafschaft Tirol vereinigt wurde und vom Karwendelgebirge bis zum Gardasee reichte - auch das muß offen gesagt werden -. Es gab keine Leibeigenen in Tirol, sondern nur freie Bauern, die Gemeinden waren damals schon selbständig und wählten schon ihre Dorfmeister, wie man damals sagte, also Bürgermeister. Die Landstände, nicht nur Adelige und Geistliche, auch die Bürger und Bauern bildeten den Tiroler Landtag, damals Landschaft genannt. Mit dem Freiheitsbrief von 1342 erhielt Tirol eine für die damalige Zeit aufseherregende Freiheitsverfassung. Der Tiroler Landtag verfügte über die wesentlichen Rechte einer Demokratie, über die Steuerbewilligung, über die Gesetzgebung und über die Kontrolle der Regierung und als Kaiser Maximilian 1511 dazu noch die Wehrfreiheit gewährte, das sogenannte Landlibell war das Freiheitsbild vollständig, vollständiger als wie wir es heute genießen. Aber ich möchte Ihnen auf-

zeigen, daß dieser Freiheitswillen der Tiroler nicht nur gegenüber den Franzosen 1809 verteidigt worden ist, nicht nur durch einen stillen Widerstand gegen den Faschismus verteidigt worden ist, sondern immer dann, wenn er in Gefahr stand, auch gegenüber Österreich. Als beispielsweise die Wiener Zentralregierung unter Maria Theresia allzu neuzeitliche Reformen einführt, die diese Freiheiten beschnitten haben, da brodelte es in Tirol und man sprach von Wien als dem Schlachthof der Freiheit. Hätte nicht Josef II nach Maria Theresia einige der verhaßtesten Maßnahmen zurückgenommen, wäre in Tirol fast eine Revolte ausgebrochen und als nach ihm Leopold II die Zügel Wiens ein wenig lockerte und sich darauf hinausreden wollte, daß auch andere österreichische Länder eine Minderung ihrer Rechte im Interesse des Gesamtstaates hinnehmen hätten müssen, antwortete ihm der Tiroler Landtag und ich darf Ihnen diesen Passus zitieren, der wirklich bezeichnend ist für die Haltung der Tiroler die für diese Freiheit eingetreten sind, die auch unsere heutige Lage kennzeichnet. Man antwortete dem Kaiser in Österreich im Tiroler Landtag aus dem Munde von Graf Lodron: Was geht das dem Tiroler an, was in Böhmen, Mähren und in anderen Staaten geschehen ist? Die Tiroler haben ihre eigenen Rechte, ihre eigene Verfassung, ihr eigenes Land...

Unterbrechung

PETERLINI: ... ich darf mit dem Zitat fortfahren und Kollege Langer, Sie sollten mindestens so freundlich sein, mich nicht mitten im Zitat zu unterbrechen, denn es wäre mitten im Zitat nicht notwendig gewesen, weil ich das nicht mit eigenen Worten ergänzen kann, sondern nur wörtlich vorlesen darf: Die Tiroler - so damals der Tiroler Landtag -, haben ihre eignen Rechte, ihre eigene Verfassung, ihr eigenes Land. Es ist bloß zufällig, daß ihr Fürst auch noch andere Staaten beherrscht, es ist zwar schmeichelhaft für sie, daß sie einen so großen Monarchen, einen Beherrscher so vieler Provinzen zu ihrem Regenten, zu ihrem Beschützer haben; allein wir wollen diese Ehre nicht so teuer, nicht mit dem Verlust unserer Fundamentalgesetze bezahlen (Ende des Zitates). Immer wenn Gefahr von außen drohte, standen die Tiroler auf um das Land zu verteidigen. Sei es als es der übermächtige Napoleon war, sei es im Widerstand gegen den Faschismus, sei nach dem Krieg mit dem Ruf nach Selbstbestimmung, der 1946 ausgeschlagen wurde und jetzt bin ich bei der heutigen Zeit und ich bitte, mir diese kurze geschichtliche Einblendung insofern hinzunehmen, daß ich damit aufzeigen wollte, daß wir bei der heutigen Zeit mit diesen gleichen Freiheitswillen für die Autonomie, für einen Minderheitenschutz im italienischem Staate eintreten.

Dieser Freiheitswille ist es, der uns heute trotz 60jähriger Teilung des Landes die Kraft gibt an die kulturelle und geistige Einheit Tirols und trotz schwieriger Autonomie verhandlungen an die Zukunft zu glauben. Diese Geschichte hat auch gezeigt, daß die Tiroler ein friedfertiges Volk sind. Nie hat Tirol in seiner Geschichte - ich wiederhole es nocheinmal - einen einzigen Angriffskrieg geführt, um andere Völker zu unterdrücken.

Auch die Südtiroler sprechen seit Jahrzehnten die Sprache der Geduld und des klugen Verhandeln. Rom sollte aber diese Sprache auch verstehen, sonst werden nämlich jene Rechte erhalten die heute schon behaupten, wenn man diese Sprache nicht versteht, müssen härtere Töne angeschlagen werden. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, das ist keine Drohung, sondern eine besorgte Warnung vor einer weiteren Radikalisierung, die sich leider schon bei allen Sprachgruppen in Südtirol abzuzeichnen beginnt. Wie schaut die Zukunftsvision, das war eine spezielle Frage von Ballardini, nach dem Abschluß des "Paketes" aus? Er stellte mir die Frage, ob wir nach dem "Paket" tatsächlich die Absicht hätten weiter zu fordern und er zitierte dies bezüglich ein Interview, das ich vor wenigen Tagen abgegeben habe. Ich habe gesagt und das wiederhole ich, daß man das Schicksal Südtirols nach dem Erlaß aller Durch-

führungsbestimmungen nicht als abgeschlossen betrachten könne.. Es werden neue Probleme auftreten und es wird das Ziel aufrecht bleiben, daß jedes Volk das Recht hat über das eigene Schicksal zu bestimmen. Ich verweise diesbezüglich auf die Erklärungen die Landeshauptmann Magnago zum Abschluß der Arbeiten der Neunzehnerkommission abgegeben hat und die sich die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei 1969 bei der Genehmigung des "Paketes" zueigen gemacht hat. Ich zitiere wörtlich aus dieser Resolution, die mit breiter Mehrheit von der Landesversammlung als integrierender Bestandteil zur Genehmigung des "Paketes" verabschiedet worden ist. Einen kurzen Passus: Die ständige Entwicklung allen Dasein wird auch in der Überwindung der starren Paragraphen neue Erfordernisse schaffen, neue Gesichtspunkte und Probleme aufwerfen. Nur in einem Geiste der Verständigung können sie in Angriff genommen und einer Lösung zugeführt werden. Soweit die Erklärung Magnagos in der Neunzehnerkommission, die dann von der Landesversammlung fortgesetzt wird. Die Landesversammlung spricht außerdem die Erwartung aus, daß es nach der Durchführung des "Paketes" in einem Klima des friedlichen Zusammenlebens und eines neuen Vertrauenverhältnisses zwischen dem Staat und der Volksgruppe möglich werde, daß Italien auch den bisher unerfüllten Forderungen der Südtiroler Vertreter als weitere

Akten der Durchführung des Pariser Vertrages in einem europäischen Geist gebührend Rechnung trägt. Soweit die Resolution zur Landesversammlung.

Sie erkennen daraus unseren Willen und das hat die Zwischenfrage von Ballardini gestern und der Zwischenruf Frasnellis gestern auch bestätigt, den Willen der Südtiroler Volkspartei, eine Lösung der Probleme im europäischen Sinne, auf friedlichem Wege weiter zu verfolgen, für die Überwindung der Grenzen einzutreten in einem Europa das sich aus schwachen Silberstreifen am Horizont abzeichnet. Ein Europa der Völker, nicht nach amerikanischen Muster - auch das darf ich wiederholen - das für Amerika gerechtfertigt war aufgrund der geschichtlichen Entwicklung, für Europa aber eben geschichtlich nicht gerechtfertigt ist, weil es einen Verlust darstellen würde. Der Reichtum Europas liegt in seiner Vielfalt, im Reichtum an Völkern und Kulturen die sich stolz an die klassisch, griechische Tradition anschließen. Reichtum, Vielfalt und trotzdem ein Gesamtbild. Nicht Mosaiksteinchen die getrennt für allein dastehen - wie es Ballardini mir gestern vorwerfen wollte - sondern Mosaiksteinchen die zusammen eine Vielfalt, ein organisches Ganzes abgeben und ein letztes Wort noch zu der Angst. Ich habe gesagt, daß ein Teil der Haltung der Südtiroler damit bedingt ist, daß man um das eigene Schicksal Angst hat. Man

hat Angst, daß eine allzu offene Haltung gegenüber der italienischen Sprachgruppe zu einem stillschweigenden, schrittweisen Untergang der Südtiroler führen würde und diese Angst besteht tatsächlich und sie ist nicht unbegründet. Ich lebe im Südtiroler Unterland und was dort als Ergebnisse dieser langsamen, schrittweisen Assimilierung bereits zu verzeichnen ist, ist erschreckend. Sie werden alle Gelegenheit gehabt haben mit deutschsprachigen Familien aus den Gemeinden Salurn, aus der Fraktion Laag, teilweise auch aus Neumarkt, aus Branzoll oder Leifers zu reden und sie werden sich darüber nicht wundern, daß wir uns bemühen in den Sommerferien aufgrund einer privaten Initiative den deutschsprachigen Kindern Deutschunterricht zu erteilen, weil sie von soweit die eigene Sprache verlernt haben, daß sie nur mehr in einem Halbitalienischen und Halbdeutschen reden. Das ist nicht das Muster das wir wollen. Da wollen wir eben, daß beide Kulturen, die italienische Sprache mit ihrem Reichtum, die italienische Kultur mit ihrem Reichtum erhalten bleibe und nicht zum misch-masch werde und genauso die deutsche Sprache und die deutsche Kultur mit ihren Reichtümern ebenso auch in unserem Lande, wenn auch in einem fremden Gebiet und wenn auch in einem Grenzgebiet weiterleben können. Das ist unsere Sorge und diese Sorge ist durch die Tatsachen, durch die leider verkümmerte

Sprache auch im Südtiroler Unterland bestätigt worden.

Kollege Langer, Sie wollten mir etwas sagen.

Unterbrechung

PETERLINI: Die deutschsprachige Minderheit befindet sich in einem fremdsprachigen Staat, Kollege Langer. Das habe ich gebietsmäßig gemeint. Dankeschön!

Ich glaube aber, daß diese Angst wenn Sicherheit herrscht, wenn die Durchführung der Autonomie nicht alle Tage in Frage gestellt wird, wenn die Gleichberechtigung der Sprachgruppen stärker durchgeführt wird, wenn die deutsche Sprache der italienischen Sprache auch tatsächlich gleichgestellt wird, auch in den Prozessen, wenn kein Grund mehr zur Angst da ist, daß wir dann auch diese Angst schrittweise abbauen können, aber die Angst ist kein schlechte Ratgeber - Ballardini wie sie gestern sagten - sondern ein guter Ratgeber, denn wenn ich zum Beispiel nicht gut autofahren kann und dabei Angst habe, solange werde ich vorsichtig und sicherer fahren, als wenn ich keine Angst hätte.

Abschließend, Herr Präsident...

Unterbrechung

PETERLINI: ... Kollege Mitolo, die Kritik gestern war vom Abgeordneten Ballardini, daß diese Angst der Volksgruppe ein schlechter Ratgeber sei. Ich habe gesagt, daß diese Angst ein guter Ratgeber ist, weil sie zur Vorsicht mahnt,

daß wahrscheinlich wenige bis zur Mauer hinfahren, wenn man Angst hat und dabei langsam fährt, als wenn man diese Angst nicht mehr hätte.

Ich komme zum Abschluß, Herr Präsident und darf noch zwei konkrete Probleme einführen und zusammenfassen: Einmal, ich muß die Regionalregierung allen Ernstes an das Koalitionsabkommen erinnern das die Verpflichtung beinhaltet, die Voraussetzungen für den Bau der Nonsbergerstraße. Sie haben es im Bericht unterlassen darauf hinzuweisen, ich würde Sie bitten bei nächster Gelegenheit uns darüber Aufschluß zu geben inwieweit in der Provinz Trient die urbanistischen Voraussetzungen geschaffen wurden, um die Straße bauen zu können. Das zum einen.

Zum zweiten: Sie haben durch Ihren politischen Akzent, der glaube ich richtig war in diesem Moment zu setzen die Debatte auch in eine politische Richtung gelenkt. Es war gut so und ich glaube daß es positiv war, daß wir im Regionalrat auch offene Worte dazu sagen konnten. Das soll aber nicht darüber vergessen lassen, daß wir einen Haushaltsplan zu genehmigen haben und dazu möchte ich kurz und bündig sagen, daß die Südtiroler Volkspartei mit der Einteilung der Geldmittel und mit der Verwaltung der Sachbereiche einverstanden ist und dazu ihre Zustimmung geben wird.

Ich darf abschließen mit einem Appell an Sie, Herr Präsident, daß Sie alle Anstrengungen weiter unternehmen sollen und ihren autonomiefreundlichen Worten auch konkrete Schritte folgen lassen.

Dankeschön!

(Grazie, signor Presidente! Signor Presidente del Consiglio regionale! Signor Presidente della Giunta regionale! Colleghe e colleghi! Il Presidente dott. Pierluigi Angeli si è dichiarato nella sua relazione chiaramente a favore dell'autonomia. Tale dichiarazione politica è presente in tutta la relazione, tanto da sbiadire le stesse cifre del bilancio. Angeli pertanto ha offerto l'occasione per una discussione, che necessariamente non può riferirsi alle semplici cifre ed ai rispettivi programmi della Giunta regionale, ponendo così in primo piano le questioni politiche, concernenti il futuro del nostro territorio. Questa dichiarazione a favore dell'autonomia, signor Presidente, della tutela delle minoranze e del regionalismo, integrato con la prospettiva europea, deve essere riconosciuta ed apprezzata. Deve essere apprezzata e riconosciuta maggiormente, se si considera che tale dichiarazione è stata fatta in una fase particolarmente delicata. Una fase in cui la realizzazione concreta dell'autonomia è scivolata pericolosamente sul piano della paralisi e se oggi dovessimo dare un giudizio obiettivo e veritiero, dovremmo constatare quanto segue: da anni le trattative per l'attuazione dell'autonomia non sono mai state così ristagnanti come in questo momento. La seconda constatazione: il clima politico tra i gruppi etnici peggiora a vista d'occhio.

Terza constatazione: i fronti raramente in passato si sono venuti a trovare su posizioni così dure; raramente i punti di vista sono risultati così distanti, per cui è giustificato porsi la seguente domanda: che cosa è cambiato, perchè improvvisamente le cose proseguono a fatica? Temo che sotto il profilo politico siamo giunti ad una svolta pericolosa.

Il 22 luglio 1971, giorno in cui la legge costituzionale concernente lo statuto di autonomia è stata approvata in seconda lettura alla Camera dei deputati, il risultato della rispettiva votazione fu il seguente:

votanti 468

voti favorevoli 438

voti contrari 30

astensioni 13

Alla Camera dei deputati lo statuto è stato approvato con il 94% dei voti, mentre al Senato la seconda lettura ha avuto luogo il 27 ottobre 1971 e l'esito della votazione fu il seguente:

233 voti favorevoli

9 voti contrari

12 astensioni

Anche in questa sede legislativa lo statuto è stato approvato con il 96% dei votanti.

La democrazia cristiana, il partito socialista italiano fino al partito comunista italiano, dunque il cosiddetto arco costituzionale ha votato a favore dello statuto.

Mi dispiace che il consigliere Ballardini non sia presente; mi sono fatto precedere non a caso da altri oratori, sebbene il mio intervento fosse previsto per domani, ma purtroppo devo constatare che non è ancora

sopraggiunto. Infatti ieri il consigliere Ballardini ha assunto, a mio avviso, una posizione equilibrata in merito alla situazione politica. Intendo rispondere alle questioni sollevate da Ballardini con le sue stesse parole. 13 anni or sono, Ballardini aveva assunto una importante posizione chiave nei confronti dell'autonomia. L'allora deputato del PSI era presidente della Commissione legislativa per gli affari costituzionali della Camera dei deputati e come tale fu anche il relatore dello statuto di autonomia. La relazione presentata a suo tempo da Renato Ballardini era senz'altro antesignana per la situazione politica italiana interna, che si presentava piuttosto tesa, e tale relazione risultava pionieristica, sia sotto profilo politico che storico. Fu la prima volta dopo molto tempo, che un esponente politico italiano faceva porre agli atti parlamentari un quadro obiettivo dell'Alto Adige. Anche sotto il profilo storico, l'allora presidente della Commissione per gli affari costituzionali, pose in giusta luce una serie di travisamenti storici.

Dopo questa breve introduzione, mi permetto di ritornare sulla situazione attuale. Le trattative si sono congelate, non si riesce più a portare avanti il discorso. Recentemente i rappresentanti di lingua italiana in seno alla Commissione dei dodici hanno votato contro una regolamentazione favorevole all'autonomia e precisamente contro le telecomunicazioni. La norma concernente l'uso della lingua, elaborata dalla Commissione dei sei già da un anno e mezzo, giace in un cassetto del Governo. I rappresentanti di lingua italiana, che a suo tempo avevano approvato con larga maggioranza in Parlamento il pacchetto, si recano oggi a Roma per evitare una posizione favorevole all'autonomia da parte dell'esecutivo romano. La sfiducia tra i gruppi etnici aumenta, e

norme di attuazione già emanate, concernenti la RAI, l'ENEL, l'ASGB, peraltro già in vigore, non sono applicate e il quadro della attuale situazione mi ricorda quello disegnato da Ballardini nell'ambito della sua relazione alla Camera, nella sua veste di presidente della Commissione per gli affari costituzionali, la situazione del 1948. Egli infatti illustrò il periodo postbellico confrontandolo in certo qual modo con quello dell'anno 1919. Ancora, così Ballardini, come già al 1919 seguì l'inizio di una inversione di tendenza. Ricordiamo che dopo l'annessione violenta dell'Alto Adige, avvenuta nel 1919, l'allora re Vittorio Emanuele III aveva fatto una solenne dichiarazione, che offriva ai sudtirolesi un tenue raggio di speranza per il futuro, dopo la dura sorte subita con il trattato di Saint Germain. Nel suo discorso della corona, letto davanti al Parlamento il 1° dicembre 1919, il re aveva dichiarato solennemente, quanto ora intendo citare: "Le nuove terre unite all'Italia creano nuovi problemi da risolvere. La nostra tradizione di libertà ci indicherà la via per la soluzione che si conformerà al massimo rispetto per le autonomie locali. Discorso della corona pronunciato il 1.12.1919".

A quel tempo, nel 1919, la doccia fredda del fascismo aveva distrutto ogni speranza. Dopo il 1948, vale a dire dopo quelle esigue speranze che erano state poste nel primo statuto di autonomia, ritorno alla citazione di Ballardini, ritornarono la sfiducia ed i sospetti nei confronti della popolazione di lingua tedesca. Anche al Senato, il relatore del disegno di legge concernente il nuovo statuto di autonomia, Delnero, scriveva nella sua relazione accompagnatoria testualmente: "dopo i primi entusiasmi cominciarono le contestazioni e le diffidenze da parte italiana e della popolazione trentina in particolare. Lo statuto del

1948 rappresentava una tale rottura col passato, la situazione del gruppo etnico tedesco acquistava tale rilievo che sembravano fossero traditi i sacrifici e le conquiste dei padri sul piano nazionale, i concetti di autonomia penetravano con difficoltà (ci riferiamo alla situazione dopo il 1948)". Dunque dopo il 1948, dopo i primi deboli tentativi di attuare un'autonomia, gli italiani ebbero la sensazione di essere post-posti, cadendo così in una crisi morale, che produsse sfiducia nei confronti del nuovo statuto di autonomia e della popolazione di lingua tedesca. Le parole del relatore al Senato, dell'onorevole Delnero, ci ricordano inevitabilmente l'inversione del clima politico, pocanzi descritto, per l'Alto Adige.

Oggi, dopo le prime concessioni - gran parte dello statuto di autonomia non è stato ancora attuato - inizia nella popolazione di lingua italiana a serpeggiare un'atmosfera preoccupata, dato che questa, dobbiamo ammetterlo, ha rinunciato e ha dovuto eliminare effettivamente privilegi esistenti. Alcuni esempi: 86% dei posti di lavoro statali erano occupati fino al 1976 da cittadini di lingua italiana, mentre oggi, secondo la proporzionale, circa il 70% di questi posti è riservato alla minoranza di lingua ladina e tedesca, soltanto il 30% è previsto per la popolazione di lingua italiana. Fino al momento del trasferimento delle rispettive competenze, nel settore delle edilizia abitativa agevolata il 90% degli alloggi sociali era stato assegnato al gruppo etnico italiano. Da quando la Provincia può amministrare tale materia, agli italiani spetta la equa parte, non più il 90%, ma bensì il 30%. La parola oltraggiata "qui si parla italiano" è oggi sostituita da un difficile esame di bilinguità e dalla necessità, che allora non esisteva, di imparare la seconda lingua. Prima, tutti gli uffici

pubblici erano in mano di impiegati di lingua italiana, mentre oggi in Alto Adige - almeno in parte - esiste pure un'amministrazione sudtirolese. Le norme di attuazione concernenti la lingua dovrebbero finalmente permettere il processo giudiziario in lingua tedesca. Quale spavento per i nostri concittadini della nostra Provincia, in particolar modo per gli avvocati, che dovrebbero improvvisamente imparare il tedesco.

Gli italiani in Alto Adige non sono mai stati preparati a tale situazione e questo è il tragico risultato che noi dobbiamo constatare. Sebbene sin dal 1946 si sapesse che una autonomia speciale prevedeva una particolare tutela dei sudtirolesi, non si è provveduto a preparare la popolazione a tale evento la qual cosa è una omissione degli uomini politici di lingua italiana altoatesini, con la conseguente una pericolosa inversione del clima, soprattutto quest'anno, per mezzo di una odiata campagna di stampa in tutta Italia, che ha prodotto il risorgere, come dopo il 1948, di nuove diffidenze nei confronti della popolazione di lingua tedesca da parte degli italiani, nella stessa maniera descritta alla Camera da Ballardini, una diffidenza contro l'autonomia e quindi in sostanza si è deviato dalla questione vera e propria. Per porre in evidenza il confronto, desidero citare nuovamente le dichiarazioni dell'allora onorevole Ballardini, fatte davanti alla Camera dei deputati nell'anno 1971: "diffidenza e sospetto raggelano via via i rapporti fra potere centrale e sudtirolesi, produssero un stillicidio di piccoli inadempimenti, di ritardi nell'emanazione delle norme di attuazione, di assurde astuzie nella cavillosa redazione dei testi". Questa citazione si riferisce alle norme di attuazione allo statuto del 1948. Mi si permetta ora di illustrare brevemente l'attuale

situazione, così come si presenta riguardo l'attuazione dell'autonomia. A partire dal 1982 soltanto un'unica norma di attuazione è stata approvata, così ha lamentato recentemente il Congresso provinciale del SVP, in una risoluzione approvata a larga maggioranza. Trattasi della norma di attuazione riguardante la giustizia amministrativa e anche questa è stata in parte amputata precisamente in quella parte che interessava la frequenza scolastica. A prescindere dalle norme concernenti la lingua, che hanno avuto il pieno assenso della Commissione dei sei, in tutti gli altri settori non si è giunti a nessun progresso. Mi permetto di citare le questioni ancora aperte: trasferimento del patrimonio demaniale, finanze, trasporti e comunicazioni, toponomastica, organici locali per la corte dei conti in Alto Adige, miniere, acque, minerali e termali. A ciò si aggiunga quanto ha dovuto constatare lo stesso Presidente, che lo Stato assume sempre più una posizione antiautonomistica, per cui competenze già riconosciute vengono continuamente ristrette. Questa tendenza si manifesta con continui rinvii di leggi provinciali e regionali, che talvolta risultano motivati fino nel più piccolo dettaglio e ci si richiama soprattutto al concetto elastico dei cosiddetti interessi nazionali, concetto che può essere impiegato a qualsiasi scopo ed in secondo luogo tale tendenza si manifesta pure con l'emanazione di leggi di riforma, che si ingeriscono direttamente perfino nella legislazione primaria delle Province e della Regione. Tanto desideravo dire in merito all'attuazione dell'autonomia. Vi è poi una serie di norme ancora aperte, nell'ambito delle quali non si nota alcun progresso, quasi come nel 1948, ma anche norme di attuazione già approvate sono rimaste lettera morta e ricordo a tal proposito la norma 118 del cosiddetto pacchetto sull'approvvigionamento

di energia, ricordo inoltre la non ottemperanza da parte dell'ENEL di impiegare personale bilingue, indico inoltre le amministrazioni militari e le ferrovie dello stato che si oppongono, nonostante norme chiarissime, di consegnare gli alloggi, che non sono classificati alloggi di servizio; non desidero inoltre omettere la RAI che, nonostante la norma di attuazione in vigore dal 1973, non ha ancora attuato la forma autonoma prevista per l'Alto Adige. Ricordo inoltre l'ASGB, che dal 1978, per statuto ha diritto ad una parificazione, mentre fino ad oggi non gli è stato riconosciuto un proprio patronato ed infine, ciò che è più importante, sebbene dal 1946 l'accordo di Parigi prevedesse la parificazione della lingua tedesca a quella italiana nel rapporto con gli uffici pubblici, giustizia e organi di polizia, questo diritto esiste praticamente soltanto sulla carta.

Il consigliere Ballardini ha inoltre dichiarato ieri che dopo le remore del Governo romano, dopo gli annosi rallentamenti, si sarebbe compiuto un errore fondamentale nel 1972, dopo l'emanazione del secondo statuto di autonomia, dimostrando improvvisamente una certa magnanimità. Egli ha dichiarato testualmente: "sopraggiunse un'inversione della situazione e l'incapacità da parte del Governo centrale di contrapporre alle richieste un giudizio critico. Ma esaminando i fatti alla luce di quanto io ebbi pocanzi da illustrare, mi sembra che si debba affermare proprio il contrario; ma sentiamo lo stesso Ballardini, che descrive la situazione dopo il 1948 e cerchiamo di tracciare la linea parallela con l'attuale situazione politica, sulle norme di attuazione ancora da definire, sulle norme di attuazione che non risultano ancora applicate e sulle norme concernenti la lingua, pocanzi menzionate. Ballardini afferma testualmente: " è necessario oggi riconoscere coraggiosamente

gli errori compiuti, parlino i fatti, basti pensare che bisogna attendere il 1959-60 perchè siano emanate le norme di attuazione in materia di uso della lingua tedesca nella comunicazione con il pubblico, negli uffici, nei procedimenti giudiziari", a tal proposito devo aggiungere che queste norme di attuazione non sono state ancora applicate".

Come portavoce del SVP in Consiglio regionale, devo esprimere la preoccupazione, che ha trovato una chiara espressione nel recente congresso provinciale del SVP. La preoccupazione, come non fosse più giustificabile che gli sforzi per la concretizzazione dell'autonomia si raggelassero. Questa situazione di stallo va ricercata soprattutto nel fatto che i partiti italiani locali, anche della maggioranza, quali sono la democrazia cristiana, il partito socialista italiano, il PRI ed il PLI in particolare, intervengono a Roma presso le direzioni nazionali dei rispettivi partiti, per indicare un'interpretazione dello statuto contraria all'autonomia. Il miglior esempio è fornito dalle norme di attuazione concernenti la lingua, che risultano essere approvate alla Commissione dei sei già un anno e mezzo fa, ma si trovano tuttora in un cassetto della Presidenza del Consiglio dei Ministri. Questa stasi, in secondo luogo, va inoltre ricercata nell'altro fatto, i locali rappresentanti di lingua italiana in seno alla Commissione dei dodici, e l'assessore provinciale Benedikter ha fatto ieri chiaramente presente, rappresentanti che siedono nella menzionata commissione in rappresentanza del Consiglio provinciale e del Consiglio regionale e che avrebbero quindi il compito più logico di intervenire e lottare per l'autonomia, la più ampia possibile, assumono atteggiamenti contrari; il recente esempio è rappresentato dalle "comunicazioni". A tal proposito

non desidero omettere di ringraziare il Consiglio provinciale di Trento ed in particolare gli autori di tale iniziativa, i colleghi Tretter e Binelli - i nostri amici del partito trentino-tirolese - per la mozione presentata in Consiglio provinciale di Trento, approvata peraltro lo scorso lunedì dal consesso legislativo trentino. Mi sono molto meravigliato, che nonostante l'ampio consenso, in questa occasione è venuto a mancare il voto favorevole di Renato Ballardini, che aveva dimostrato in Parlamento un atteggiamento aperto ed antesignano.

Questo lamentato arresto va altresì motivato con la circostanza che la Sinistra alternativa estrema pone in discussione addirittura norme di attuazione già emanate, quali sono la proporzionale etnica ed il censimento, operando così in sede romana contro l'autonomia. Loro signori, già tutti da me indicati, devono assumersi la responsabilità, se oggi il clima politico, lo dobbiamo ammettere, è inequivocabilmente peggiorato.

Signor Presidente Angeli, Lei non deve meravigliarsi se, considerando questi fatti, i vari oratori del mio gruppo politico hanno espresso una aperta critica, che va collocata fra le sue dichiarazioni verbali favorevoli all'autonomia e gli atteggiamenti antiautonomistici evidenziati anche da rappresentanti del suo partito. Io devo confermare questa critica, sebbene in senso positivo. Date le sue dichiarazioni noi vediamo in Lei, nel Presidente della Giunta regionale, un uomo che si dichiara apertamente dalla parte dei principi fondamentali dell'autonomia, sostenendoli, nonostante una parziale posizione contraria del suo partito.

Anche noi sudtirolesi dovremmo sforzarci, dico questo non soltanto ora, ma tale pensiero è stato da me espresso anche al Congresso provinciale

dello S.V.P., di incontrare i nostri concittadini di lingua italiana, che vivono nella nostra provincia, in modo più aperto. Come forze politiche dobbiamo premunirci tutti insieme per persuadere gli italiani circa i vantaggi dell'autonomia, quale premessa per una pacifica collaborazione di tutti gruppi linguistici. A tal proposito desidero ricordare ai partiti di lingua italiana che non deve essere un compito ingrato, se anche qualcuno teme tanto, intervenire a favore di una posizione benevola verso l'autonomia. Colgo questa occasione per ringraziare anche gli amici del partito trentino-tirolese, soprattutto i nostri colleghi qui in Consiglio regionale, il Presidente Sembenotti, i consiglieri Tretter e Binelli, per la loro reale opera, che cercano di trasportare il senso dell'autonomia nei cuori della gente trentina non soltanto con dichiarazioni, ma con vero e proprio entusiasmo. In Provincia di Bolzano quasi nessun italiano ha il coraggio di compiere simili atti.

Signor Presidente, anche quanto da Lei riconosciuto nelle dichiarazioni politiche al bilancio di previsione, considerate sotto questo profilo, costituisce un importante contributo in questo senso, avendo Lei così cercato di porre l'autonomia nei cuori dei cittadini, poichè soltanto così operando le persone possono essere persuase. Desidero ringraziarLa a nome del SVP e rivolgere al Suo partito nel contempo l'appello, vale a dire alle colleghe e ai colleghi presenti in Consiglio regionale, di agire anche in maniera credibile, secondo quanto qui dichiarato solennemente.

Se in futuro desideriamo compiere dei passi avanti nel punto autonomia, dovremo assumere nei confronti del Governo centrale un atteggiamento comune a tutti, deve prendere finalmente atto che chiediamo soltanto la

possibilità di poter vivere qui in pace, che questa fondamentale premessa può essere soltanto l'uguaglianza e la giustizia, che le lingue e le culture diverse, le quali si incontrano nel nostro territorio e nella nostra regione possano costituire un arricchimento, la qual cosa significa, che queste lingue e culture devono essere trattate in maniera identica e che ci venga permesso di poter determinare, per quanto possibile, noi stessi la nostra sorte. I tirolesi nella loro storia sono sempre stati un popolo pacifico, la consigliere Klotz ha già indicato questa qualità, e io stesso trovo l'identica affermazione qui nei miei appunti. Il tirolese, nel corso della sua lunga e fiera storia non ha mai impugnato le armi in segno di attacco contro gli altri, ha saputo però difendersi, quando si intendeva togliergli i suoi diritti, la sua libertà. Siccome in Alto Adige si nota continuamente una certa incomprendione nei confronti del gruppo etnico tedesco, mi permetto di illustrare brevemente la lotta per la libertà dei tirolesi, e non soltanto limitata al 1909, anno che caratterizza la storia tirolese. Il Tirolo fu già nel medioevo la più vecchia democrazia dell'Europa, mentre nei territori europei regnava il pensiero medioevale più radicato, ovunque esistevano regnanti assoluti che decidevano sulla vita e la morte dei propri sudditi, il Tirolo risultava già una regione libera, la regione nel cuore delle Alpi, che nel 1248 fu riunita nella contea Tirolo e si estendeva dalle Alpi Carniche fino al Lago di Garda, anche questo deve essere detto con massimo chiarezza. Nel Tirolo non esistevano i servi, o meglio la gleba, ma soltanto contadini liberi, già a quel tempo i comuni vantavano una autonomia, eleggevano i loro capi, vale a dire la figura che oggi risponde al sindaco. Non esistevano ceti

privilegiati, in quanto i nobili con i sacerdoti, i cittadini con i contadini formavano la dieta tirolese, che a quel tempo era denominata "Landschaft". Con la nota lettera di libertà del 1342, il Tirolo ottenne una costituzione libera che a quel tempo suscitò molto scalpore. La dieta tirolese disponeva dei diritti più essenziali di una democrazia, istituiva imposte, aveva una facoltà legislativa, vigilava sul Governo e quando l'imperatore Massimiliano nell'anno 1511 ebbe a concedere la libertà della difesa, il cosiddetto "Landlibell", il quadro della libertà si completò, ma era più completo di quello che godiamo oggi. Desidero dimostrare a Loro Signori, che questa volontà di libertà del tirolese non è stata soltanto difesa nei confronti dei francesi nel 1809, non soltanto con la resistenza muta contro il fascismo, ma ogni qual volta che si intravedeva un pericolo, dunque anche nei confronti dell'Austria. Ad esempio, quando il Governo centrale di Vienna sotto Maria Teresa introdusse riforme moderne, che limitavano queste libertà, nel Tirolo si rumoreggiava, si parlava della sede di Vienna come il macello della libertà. Se Giuseppe II non avesse ritirato, dopo Maria Teresa, alcuni provvedimenti odiati, nel Tirolo sarebbe scoppiata senz'altro una rivolta e quando dopo di lui Leopoldo II cercò di allentare la morsa viennese, per poi giustificarsi, affermando che anche altri Länder austriaci dovevano rinunciare a qualche diritto nell'interesse della globalità dello stato, la dieta tirolese gli rispose chiaramente ed a tal proposito mi si permetta di citare questo passo, che è veramente caratteristico della posizione dei tirolesi, che sono intervenuti a sostegno di questa loro libertà, passo che caratterizza anche la nostra attuale situazione. La risposta della dieta tirolese all'imperatore d'Austria, venne formulata per bocca del conte

Lodron: "che cosa interessa al tirolese quanto è accaduto in Boemia, in Moravia ed in altri stati? I tirolesi hanno i propri diritti, la propria costituzione, il proprio territorio..."

Interruzione

PETERLINI:... intendo proseguire con la citazione e Lei, collega Langer, sia almeno gentile di non interrompermi durante la lettura della citazione, non sarebbe stato necessario, in quanto non la posso integrare con parole proprie, ma mi limito soltanto a leggerla testualmente: "i tirolesi" - così affermava a suo tempo la dieta tirolese - "hanno i propri diritti, la propria costituzione, il proprio territorio. E' soltanto un caso che il suo principe regna anche su altri stati, è senz'altro lusinghiero per Lei, di avere un così grande monarca come il Suo regnante e protettore, un sovrano che regna su così numerose province; non desideriamo tuttavia pagare questo onore a così caro prezzo, non con la perdita delle nostre leggi fondamentali." Ogni volta che dall'esterno si intravedeva un pericolo, i tirolesi erano pronti a difendere la propria terra. Sia che si trattasse delb strapotente Napoleone, sia nella resistenza contro il fascismo, sia dopo la guerra, con il grido tendente all'autodeterminazione del 1946, i tirolesi hanno sempre difeso i propri diritti ed ora sono giunto all'epoca attuale. Prego i Signori colleghi di voler accettare questa breve illustrazione storica, come mia volontà di fare presente che anche nel momento attuale esiste la stessa volontà di libertà per l'autonomia, per una tutela della minoranza nell'ambito dello Stato italiano. Questa volontà di libertà che ancora oggi ci dà la forza di credere al nostro futuro, alla unità culturale spirituale del Tirolo, nonostante le difficili trattative per l'istituto dell'autonomia, e tutto questo ancora dopo 60

anni dalla divisione della nostra terra. Questa storia ha anche dimostrato come i tirolesi siano un popolo pacifico. Il Tirolo mai una volta nel corso della sua storia, ribadisco, ha condotto un'unica guerra di attacco per sopraffare altri popoli.

Anche i sudtirolesi parlano da decenni la lingua della pazienza e della sapiente trattativa. Roma però dovrebbe anche comprendere questa lingua, altrimenti ci si limita a mantenere quei diritti che esistono già ora, ma se non si intende comprendere tale lingua, si dovrà ricorrere a toni più duri. Dico questo per prevenire qualsiasi malinteso, non è una minaccia, ma un avvertimento preoccupato per un'ulteriore radicalizzazione, che purtroppo inizia a manifestarsi in tutti i gruppi linguistici dell'Alto Adige. Quale sarà la visione futura, - è questa una domanda specifica di Ballardini - dopo la chiusura del "pacchetto"? Egli pose la domanda, se anche dopo tale chiusura intendiamo effettivamente avanzare nuovamente richieste e a tal proposito egli ha citato un'intervista da me rilasciata alcuni giorni or sono. In tale occasione ho affermato e ripeto che la sorte dell'Alto Adige non può essere considerata conclusa anche dopo l'emanazione di tutte le norme di attuazione. Nasceranno nuovi problemi e rimarrà per noi sempre come meta il fatto che ogni popolo ha il diritto di determinare la propria sorte. Indico a tal proposito le dichiarazioni del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, Magnago, rese a conclusione dei lavori della Commissione dei diciannove, espresse proprio dal Congresso provinciale del SVP del 1969, quando approvò il "pacchetto", cito testualmente parte di questa risoluzione, approvata a larga maggioranza dal Congresso provinciale, quale parte integrante dell'approvazione del pacchetto. Un passo molto breve: "il continuo sviluppo di ogni esistenza creerà anche

dopo il superamento dei rigidi articoli di legge nuove esigenze, nuovi punti storici e problemi. Soltanto nello spirito della comprensione potranno essere affrontati ed avviati a soluzione". Fin qui le dichiarazioni di Magnago rese in seno alla Commissione dei diciannove, riprese poi dal Congresso provinciale. Questo Congresso ha espresso inoltre l'aspettativa, che l'attuazione del pacchetto rendesse possibile una pacifica convivenza ed un nuovo rapporto di fiducia tra stato e gruppo etnico e che l'Italia tenesse conto anche delle richieste dei rappresentanti sudtirolesi finora non ancora accettate, quegli ulteriori atti dell'attuazione dell'accordo di Parigi in uno spirito europeo. Fin qui la risoluzione del congresso del SVP.

Da tutto questo si può riconoscere la nostra volontà, peraltro confermata dalla domanda di Ballardini e dalla interruzione del consigliere Frasnelli, la volontà dello SVP, di perseguire la soluzione dei problemi in uno spirito europeistico in maniera pacifica, tendente al superamento dei confini in un'Europa, che si delinea all'orizzonte a deboli strisce argentee. Un'Europa dei popoli, non secondo il modello americano - mi permetto di ribadire tale concetto - che era giustificato per l'America sulla base del proprio sviluppo storico, mentre per l'Europa non si giustificerebbe sotto il profilo storico, in quanto costituirebbe una perdita. La ricchezza d'Europa consiste nella sua molteplicità, nella ricchezza dei popoli e delle culture, che si collegano superbamente alla tradizione classica greca. Ricchezza, molteplicità e ciononostante un quadro unito. Non dei piccoli tasselli di un mosaico, che esistono come fine a loro stessi - come Ballardini mi ha voluto ieri rimproverare - ma dei tasselli di un mosaico che nel loro insieme formano una molteplicità, un intero organico ed ora prima

di concludere desidero dire qualche cosa in merito alla paura. Ho detto che in parte il comportamento dei sudtirolesi è condizionato dalla paura della propria sorte. Si teme che un comportamento troppo aperto nei confronti del gruppo linguistico italiano potrebbe portare ad una stasi ed ad un graduale tramonto dei sudtirolesi e questa paura esiste effettivamente e non è immotivata. Vivo nella Bassa Atesina sudtirolese ed è terrificante dover constatare le risultanze di questa lenta e graduale assimilazioni. Anche loro avranno avuto occasione di parlare con famiglie di lingua tedesca dei comuni di Salorno, della frazione La ghetti in parte anche di Egna, di Bronzolo o Laives e non meraviglia il fatto che durante le vacanze estive ci premuriamo, per mezzo di una iniziativa privata, di offrire ai bambini di lingua tedesca lezioni della loro madrelingua, in quanto la hanno addirittura disimparata e parlano per metà in lingua italiana e per l'altra metà in lingua tedesca. Noi non desideriamo questa mescolanza. Vogliamo invece che entrambe le culture, la lingua italiana con le sue ricchezze, la cultura italiana con il suo patrimonio possa essere mantenuta, ma che non si giunga a questa grave mescolanza; e dico la stessa cosa per la lingua e la cultura tedesca, che queste nostra lingua e cultura possano vivere ulteriormente nella nostra provincia, se anche è un territorio a noi estraneo, se anche trattasi di una zona di frontiera. Questa è la nostra preoccupazione che trova conferma dalla situazione linguistica, che risulta piuttosto impoverita nella Bassa Atesina sudtirolese. Collega Langer, Lei voleva dirmi qualche cosa.

Interruzione

PETERLINI: La minoranza di lingua tedesca vive in in uno stato ad essa estraneo, collega Langer. Intendevo tutto questo sotto il profilo territoriale. Grazie).

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Ferretti, sull'ordine dei lavori.

FERRETTI: Signor Presidente, nelle conclusioni che lei aveva tratto nel mio precedente intervento pareva che suspendessimo alle ore 12.15. Poi lei ha concluso dicendo che i Capigruppo si riuniscono alle ore 12.30.

Io vorrei chiedere una cosa. Se noi facciamo Capigruppo alle ore 12.30 i colleghi, giustamente, possono andare a pranzo e, se i Capigruppo decidessero, cosa possibile ma non definitiva, di non tenere la seduta nel pomeriggio, rischieremmo che i colleghi non siano informati.

Ora, io non so quanto parla il collega Micheli, ma chiederei se è possibile fare adesso la riunione, in modo che rientrando in sala prima delle ore 12.30, i colleghi sappiano come debbono comportarsi al pomeriggio.

PRESIDENTE: Se il cons. Micheli parla per 20 minuti circa, arriviamo a fare Capigruppo adesso e poi dare la parola al cons. Micheli.

La seduta è sospesa per un quarto d'ora.

(Ore 11.45)

(Ore 12.15)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Non è cambiato niente; l'orario è quello previsto dall'avviso di convocazione.

Ha chiesto di parlare il cons. Micheli; ne ha facoltà.

MICHELI: Io mi rendo conto, ed era del resto prevedibile, che il riprendere dopo il relax trova qualche momento di difficoltà di concentrazione da parte del Consiglio, comunque ritengo possibile sviluppare le mie considerazioni nell'arco di un quarto d'ora, venti minuti.

Sono convinto che l'intreccio del dibattito importante, interessante, che c'è stato questa mattina e ieri in Consiglio regionale, sui temi di carattere generale, cioè sui temi dell'autonomia rispetto allo stato nazionale, sui temi della nostra autonomia regionale e delle connessioni evidenti nella costruzione dei rapporti tra la provincia di Trento, quella di Bolzano, tra i problemi legati ai gruppi etnici, all'evoluzione della nostra autonomia, un dibattito che ha portato dei contributi, a mio avviso, molto importanti, non poteva che sbiadire in qualche misura i contenuti che il Presidente Angeli ha voluto dare alla sua relazione.

Perché? Perché le connotazioni secche e dure della realtà delle cose, così come ci è apparsa in questo dibattito, hanno in qualche misura evidenziato le difficoltà di svolgere un ruolo di Presidente della Giunta in termini che mi son parsi sostanzialmente notarili. Cioè una elencazione dei problemi che la Regione ha di fronte, una elencazione dei temi del dibattito aperti a livello nazionale e a livello locale. Quindi questa impostazione è stata travolta dalla illustrazione della realtà delle cose, come la avvertono i singoli gruppi, e dalla realtà delle cose come è apparsa nel rapporto tra le varie forze politiche.

Il Presidente della Giunta regionale ha qualificato il proprio impegno - lo ha dichiarato in maniera esplicita - nella rivendicazione

del ruolo delle regioni nei confronti dello Stato centrale.

Il Presidente della Giunta regionale, però, mi pare abbia sottovalutato, abbia usato toni troppo sfuocati, rispetto ad una situazione dei rapporti tra lo Stato centrale e le autonomie locali che è andata degradando, nel corso di questi ultimi 20 anni, in maniera talmente preoccupante da far rilevare nell'ultimo studio, proposto proprio ieri, e apparso sui giornali, dall'ISAP (Istituto di Scienze di Amministrazione Pubblica), che lo Stato italiano è lo stato più centralizzato tra tutte le grandi democrazie dell'occidente. Che non vi è ai vari livelli delle autonomie locali nessun contrappeso reale, né per quanto riguarda le regioni, che vivono appunto di vita grama, né per quanto riguarda i comuni, eccessivamente frazionati e spezzettati, né per quello che riguarda le Province, che sono degli istituti divenuti un ibrido di carattere istituzionale e territoriale sulla scena nazionale; e che, in rapporto questa situazione, si arriva a un decadimento della qualità democratica nel nostro paese che si esprime, credo, non solo nella difficoltà dei rapporti a livello istituzionale, cioè tra gli enti locali e la Regione e lo Stato, ma anche a livello sociale, nella impostazione centralistica delle forze sociali, del sindacato e soprattutto dei partiti, che ha una importanza non marginale nella stessa questione morale.

La difficoltà di controlli, la difficoltà della partecipazione non solo a livello istituzionale, ma anche nella vita sociale, provoca o contribuisce in maniera determinante a creare questa situazione di forte deterioramento dell'etica politica, della qualità morale nella gestione dello Stato italiano.

Quindi, da questo punto di vista, il legame tra questa forte

vocazione centralista che si palesa, non per grandi affermazioni di principio, ma nella pratica quotidiana dello Stato italiano e il rapporto con la qualità della politica e con la questione morale, credo sia un problema che deve trovare riferimento nelle valutazioni e nelle riflessioni sulla politica delle autonomie in Italia; e, confermo, non solo una politica delle autonomie in termini istituzionali, ma anche in termini sociali.

Abbiamo vissuto, nel corso dei mesi passati, quando sono venuti a galla i nodi più acuti del problema delle autonomie rispetto alla politica dello Stato nazionale, alcune forme di isteria centralistica che sono state sconcertanti e che era opportuno trovassero, in qualche misura, un'eco nella relazione del Presidente della Regione.

Quando le forze e le realtà autonomistiche hanno dovuto assistere alla definizione di un partito di nobili tradizioni democratiche, come il Partito Sardo d'Azione, un partito di copertura di terroristi, solo perchè stava sviluppando con la propria iniziativa politica un esecutivo di marca regionalista e autonomista in Sardegna, al di là di quelli che possono essere i giudizi partitici su quella scelta politica, abbiamo il campanello d'allarme di come, quando la scelta autonomistica vuole arrivare a svilupparsi con le proprie logiche e naturali conseguenze, provoca delle reazioni che mettono a nudo e allo scoperto i tradizionali e rituali richiami al rispetto dell'art. 5 della Costituzione italiana.

Sotto questo profilo, Presidente, io credo sia stato elemento di merito quello di aver fatto un elenco degli elementi del dibattito aperto nel nostro paese per quel che riguarda il tema dell'organizzazione dello Stato. E considero, per quel che mi riguarda e riguarda i socialisti trentini, una ipotesi affascinante quella

dell'organizzazione dello Stato italiano in termini federalisti.

Devo anche dire che, per la naturale politica dei passi necessari, delle concatenazioni logiche, l'impegno delle forze politiche, l'impegno delle nostre istituzioni autonomistiche deve essere però, in maniera realistica, immediata, volto a far rispettare allo Stato italiano la sua configurazione di stato regionale, prima ancora, cosa tutt'altro che soddisfatta, di cimentarsi su un'ipotesi interessante, appassionante, in cui personalmente e collettivamente come socialisti trentini crediamo, ma che evidentemente, per aver possibilità di successo, deve, in termini culturali, in termini politici e in termini di organizzazione dello Stato, anche sostanziale, passare attraverso l'attuazione piena dello stato regionale.

Quindi, da questo punto di vista, io credo che, sotto i titoli che il Presidente Angeli ha voluto offrire all'attenzione del Consiglio, era opportuno e necessario sviluppare i capitoli di svolgimento. Mi pare però che questi siano tutt'altro che scontati, sia nell'impostazione della Giunta regionale, sia, evidentemente, nella impostazione delle singole forze politiche che sostengono la Giunta regionale e che sono presenti all'interno del Consiglio regionale.

Per quel che riguarda la situazione della nostra autonomia, credo che il dato e il titolo più importante, che il Presidente Angeli ha sottoposto allo svolgimento del Consiglio, è stato quello di affermare che il Consiglio regionale, insieme ai tanti altri protagonisti nell'ambito della realtà regionale ed esterna alla realtà regionale, deve essere protagonista della vita, della crescita dell'autonomia regionale.

Credo però, francamente, che vi sia stato in questa impostazione,

come poi si è palesato negli interventi di ieri e soprattutto nella realtà del dibattito politico a livello regionale, uno sconcertante tentativo di glissare i problemi che poi si sono posti come solidi macigni tutt' altro che risolti anche nel corso del dibattito consiliare.

Credo che questo sia un elemento sbagliato, in termini di qualità politica, per risolvere i problemi che abbiamo aperti.

Io credo che finché non avremo il coraggio di operare, anche attraverso una robusta rimozione di tutte le incrostazioni storiche, politiche, che hanno condizionato anche la vita e le posizioni dei nostri singoli partiti, nell'affrontare i problemi della convivenza all'interno della Regione Trentino-Alto Adige, andremo avanti per piccole furbizie, per piccole ambiguità e ammiccamenti che hanno sicuramente contribuito più a creare situazioni di disagio che a risolverle.

Io ne sono convinto; da questo punto di vista non faccio che ripetere posizioni che ho già avuto modo di ripetere in altre occasioni.

Eva Klotz ha citato, fra gli interventi del primo dopoguerra le posizioni di Calamandrei e di Ernesta Battisti. Potremmo tranquillamente aggiungere quelle di Turati, di Salvemini, la tradizione socialista e democratica del nostro...

(Interruzione)

MICHELI: Certo, rimaniamo in questa tradizione. Se mi lasci finire cercherò di andare sviluppando le mie argomentazioni, cercando anche di

scavare sulle incrostazioni della nostra storia e dei nostri comportamenti.

Per quello che ci riguarda confermiamo anche, evidentemente, che la stessa formulazione dello Statuto di autonomia, così come è nato, o meglio, così come è stato gestito nell'immediato secondo dopoguerra, è il frutto di queste furbizie, di queste ambiguità dello Stato italiano nei confronti della minoranza sudtirolese.

E anche su questo terreno credo che potremmo citare le posizioni delle menti più aperte all'interno della sinistra italiana. Anche qui potremmo citare, quasi a memoria, le posizioni di Ernesta Battisti sulla inopportunità, sulla contraddittorietà di far sviluppare in maniera coordinata i problemi dell'autonomia sudtirolese con i problemi dell'autonomia trentina.

Perché si è arrivati a queste piccole furbizie, a questa piccola politica reciproca degli inganni? Perché, evidentemente, le forze politiche, anche quelle di sinistra, a mio avviso non hanno avuto il coraggio di esprimere fino in fondo alcuni valori fondamentali, che è indispensabile riconoscere nei confronti delle minoranze nazionali.

Francamente io sono rimasto sgomento, come socialista e come democratico, nel vedere le forme di isteria con cui si è interpretata la manifestazione di Innsbruck da parte dei mass media italiani. Si possono condividere o meno certe posizioni o certe iniziative, certe espressioni formali che si sono palesate all'interno di quella manifestazione, ma prendere pretesto da questo, sostanzialmente, per negare un diritto elementare, un'aspirazione che è fondamentale nel diritto di qualsiasi minoranza, di trovare un suo aggancio politico, storico, istituzionale con la nazione di origine, mi pare sostanzialmente una impostazione che

deforma in maniera clamorosa le bussole tradizionali delle forze democratiche nell'interpretare i problemi delle minoranze nazionali.

Il problema dell'autodeterminazione, certo, è un problema coerente con questo tipo di riflessione che deve essere posto a bussola dei nostri comportamenti politici, anche se storicamente dobbiamo riconoscere che la storia è avarissima nel darci esempi di scelte, di autodeterminazioni di minoranze etniche che si siano potute esprimere in termini pacifici, pur con grandi contrasti. Ne ricordo una, quella del Burgenland ungherese nel 1921. Tutte le altre ipotesi di autodeterminazione, così come nella storia si sono palesate, sono nate o sono confluite in tragedie per le minoranze nazionali.

Ricordo l'esperienza degli stessi sudtirolesi, dopo l'accordo tra Hitler e Mussolini con la scelta forzata delle opzioni, l'esperienza dei Sudeti in Cecoslovacchia, l'esperienza degli ungheresi in Slovacchia per rimanere all'interno dell'ambiente della Mitteleuropa. Ed è evidente quindi che, se non vogliamo legare il discorso dell'autodeterminazione, con il discorso, che credo nessuno auspichi (e su questa posizione mi pare che anche Eva Klotz abbia espresso un'impostazione molto chiara), a esperienze tragiche per i popoli e quindi si ponga questo problema nell'ambito di un'impostazione di pacifica convivenza e di pacifica soluzione, allora il problema investe una impostazione di carattere generale, di carattere culturale su scala nazionale e su scale europea e soprattutto su scala provinciale, cioè nell'ambito della Provincia Autonoma di Bolzano.

Da questo punto di vista, io credo che il problema non possa essere risolto come è stato, in qualche misura, individuato negli interventi dei consiglieri della S.V.P., né di Achmüller, né di

Peterlini e neanche credo di Klotz.

Cioè io non credo che il problema si possa risolvere solo in termini di buon vicinato. Io sono convinto che, se è sacrosanto il diritto di veder tutelati i propri diritti di minoranza etnica, quando due popoli vivono a contatto, per secoli o per decenni, l'uno dell'altro, generano anche situazioni nuove, creano situazioni diverse rispetto a quelle di origine, senza che questo possa prefigurare ipotesi di snazionalizzazione o di prevaricazione degli uni sugli altri.

Certo, questo nuovo deriva da una maturazione di carattere soggettivo. E' il singolo che può decidere se esprimersi in termini culturali e politici al di fuori della semplice incasellazione o incasellamento del tedesco, dell'italiano e del ladino. Ma sicuramente, quando Achmüller, ieri, con una sicurezza che francamente mi ha sconcertato, sollevava il problema che non c'è un quarto gruppo etnico e che non c'è mai stato, io dico che non è vero! La storia della Mitteleuropa, la storia dell'Austria ottocentesca è piena di espressioni di questo quarto gruppo etnico.

Quando Slataper a Trieste nella lettera alla moglie scrive: io mi sento slavo, tedesco e italiano, esprime evidentemente una formazione culturale che è il quarto gruppo etnico inteso come indisponibilità all'incasellamento in una posizione, nell'altra o nell'altra ancora.

Quando Kafka, l'ebreo tedesco di Praga, si esprime dicendo: "Per quanto abbiamo discusso il boemo e il tedesco non sono riuscito a capire io, soggettivamente, il problema della mia nazionalità", evidentemente esprime il diritto singolo di non capire il problema, di non sentirsi incasellato e quindi esprime un quarto gruppo, inteso come risulta rispetto alle scelte degli altri.

Quindi quello che sconcerta, in queste posizioni, è certo anche la grande difficoltà culturale e politica delle forze nazionali nel capire i problemi delle minoranze nazionali in Italia e in Europa, ma è anche il problema della difficoltà da parte della minoranza di lingua tedesca in Alto Adige, in particolare della S.V.P. nel capire la diversità degli altri che si esprime in Alto Adige, nella nostra regione, non solo in termini etnici, ma anche in termini politici. Come è possibile? Che coerenza autonomistica c'è se l'autonomia, per come voi la interpretate, è soprattutto una garanzia nei confronti delle minoranze, questa consistente e continua rivendicazione del vostro diritto ad avere tutte le clausole statutarie garantite?! Io credo che voi fate bene evidentemente, anche se la vostra posizione non può non confrontarsi con l'interpretazione degli altri.

Voi avete un grande ruolo all'interno della vita politica dell'Alto Adige, ma non può esservi riconosciuto un ruolo monopolistico di interpretazione dello statuto e delle interpretazioni delle norme. Voi avete un grande peso, che vi deve essere riconosciuto, ma non avete un diritto di veto rispetto alle posizioni di tutti gli altri.

Questa impostazione, di rivendicazione della vostra posizione minoritaria all'interno dello stato nazionale, voi poi non la traducete anche in difesa delle altre posizioni minoritarie, in termini politici. Quando voi avallate questo tentativo di lenta normalizzazione politica, che va avanti su scala provinciale e regionale, per quello che riguarda appunto i dati istituzionali; quando voi avallate le proposte della D.C. nel Trentino per la strozzatura della dialettica minoritaria all'interno dei comuni del Trentino; quando voi avallate la scelta della D.C., che è passata appunto per la politica dei piccoli passi, del prova

e riprova, dalla proposta dell'estensione della maggioritaria nei comuni a quella di logiche fortemente correttive all'interno del sistema elettorale per i comuni trentini, voi tradite questa vocazione (di cui continuamente date prova verbale) sul piano del terreno politico.

Ora, non può esserci una scissione tra l'impostazione della difesa etnica, di quella politica e di quella poi culturale ed economica. I monopoli di carattere culturale, politico, economico sono sempre stati elementi che hanno contraddetto e appiattito qualsiasi discorso di autonomia, anche quella che sembrava più forte e che sembrava più garantita.

Quindi, fuori da una battaglia generale per il discorso delle autonomie, all'interno dello Stato italiano e del continente europeo, per quanto voi la vogliate irrobustire di codicilli e di protocolli, anche la vostra autonomia diventa sempre un'autonomia vulnerabile, perchè io credo che tutto si tiene in questa impostazione, nella scelta dell'autogoverno, dell'autogestione, della pluralità delle posizioni politiche.

Quindi sicuramente, per quello che ci riguarda, ci sono molti elementi di riflessione da compiere e molte correzioni culturali da fare, ma credo che altrettanto, per quello che vi riguarda, per le posizioni che avete espresso (è stato molto importante che siano state espresse in una sede come quella del Consiglio regionale), ci siano sul piano culturale e sul piano politico molte cose da correggere anche da parte vostra.

PRESIDENTE: La seduta è tolta. Riprenderemo i lavori alle ore 14.30.

(Ore 12.38)

(Ore 14.42)

PRESIDENTE: La seduta riprende. E' iscritto a parlare il cons. Tononi; ne ha facoltà.

TONONI: Signor Presidente, signori consiglieri, mi sembra si possa affermare che il dibattito su questo bilancio 1985 abbia assunto, almeno secondo me, ma penso secondo tutti, un tono e abbia proposto delle tematiche che vanno oltre il mero discutere di cifre, di capitoli di bilancio, ecc. Anzi, da questo punto di vista, direi che il bilancio è stato sotteso.

E' vero che lo stesso Presidente Angeli, in apertura delle sue dichiarazioni, dice che il bilancio della Regione è quello che è, però forse valeva la pena che, da parte di qualche consigliere, mi pare l'ha fatto il cons. Rella, si fosse preso più seriamente anche ciò che il bilancio, come documento contabile e previsionale, propone.

In ogni caso, secondo me, questo tono, e quello che qui è emerso, sono sintomi da una parte positivi e importanti; dall'altra preoccupanti. E mi spiego. Sono importanti perché credo che, anche discutendo un bilancio, sia giusto poter affrontare la problematica generale della Regione Trentino-Alto Adige, cioè i motivi di base di questa autonomia, il fatto della necessità di perseguire, per quanto possibile, l'obiettivo della convivenza fra i tre gruppi linguistici.

Sono preoccupanti perché mi sembra che, da qualche tono, da qualche dichiarazione, anche di partiti che fanno parte della

maggioranza, è emerso qualche segnale di disagio, di difficoltà, di impostazione, a mio modo di vedere, non del tutto giusta delle problematiche.

In parole povere, secondo me, si è tentato di giudicare lo stato attuativo dello statuto di autonomia e del pacchetto.

Si è cercato di dire, a seconda delle posizioni politiche e delle personali interpretazioni, che si era fatto troppo, o che non si era fatto niente, o che c'è ancora molto da fare o che tutto quello che è stato fatto è stato fatto male.

Io credo che, in termini concreti e anche globali, si possa dire che, dal punto di vista dell'obiettivo per cui è sorta questa Regione autonoma, si è fatto molto. E anche il bilancio 1985 mi pare che va in questa direzione. Cercherò di spiegarmi.

Non credo si possa dire che nel Trentino-Alto Adige i tre diversi gruppi linguistici vivono in condizioni inaccettabili; nessuno dei tre: né il gruppo italiano, né il gruppo tedesco, né il gruppo ladino.

Non mi riferisco esclusivamente ad un discorso economico o ad un discorso sociale, ma mi riferisco proprio a un discorso etnico o linguistico, anche se è meglio parlare di linguistico e non di etnico, perchè il nostro statuto di autonomia non concede questa classificazione e parla di gruppi linguistici. Ma, mettiamola come vogliamo, i colleghi della SVP si sono chiamati "Deutschevolk" e posso capire, ma resta il fatto che, in tema di libertà e di comprensione delle minoranze, nella nostra regione non si può dire che si sta male. Ci saranno ancora molte cose da fare.

Andiamo a vedere in altri paesi, per esempio anche paesi d'Europa, non occidentale forse, ma orientale, e ci accorgeremo che le minoranze

sono trattate sicuramente peggio; nessuno può dimostrare il contrario. Vediamo, ad esempio, in Romania, in Cecoslovacchia, in Russia - e potrei citarne altre - anche in Spagna, paese occidentale, ma certamente nella nostra regione, nel nostro paese, l'Italia, si è cercato, attraverso lo statuto di autonomia prima e il pacchetto dopo, di dare ciò che si riteneva opportuno e ottimale, possibilmente, per le popolazioni che costituiscono la minoranza linguistica.

Io mi rendo conto che c'è ancora da fare, che si possono ancora approfondire queste possibilità, queste norme che aiutino la convivenza etnica. Mi rendo conto che non siamo arrivati al punto ottimale; anzi, dicevo prima, questi segnali mi preoccupano anche dal punto di vista personale.

Ma è possibile che noi della provincia di Trento ci sentiamo stranieri in provincia di Bolzano e i bolzanini si sentano stranieri a Trento?! Mi sembra una cosa assolutamente inaccettabile. Arriviamo al punto in cui, invece di sentirci fratelli o cugini, ci sentiamo cognati o, ancora peggio, quasi avversari, suoceri e suocere, anche se ci sono dei suoceri buoni e delle nuore buone.

E' possibile che la Val Pusteria non possa essere, almeno psicologicamente, considerata alla stregua della Val Rendena, o che Arco possa essere come Merano?!

Naturalmente ci sono diversità di vario tipo, ma siamo nella stessa regione e questa regione, a mio modo di vedere, nella storia è stata molte volte unita, e non sempre con la costrizione, ma anche volontariamente.

Oggi molti hanno citato la storia.

Io credo che lo stesso andare a cercare le comuni origini della

lotta contro i bavaresi e Napoleone e quindi riconoscerci in un certo senso nei moti hoferiani, è stato un modo per dire che la storia ci ha visti uniti in altre occasioni. Anche molte iniziative attuali mi pare riproducano questo ragionamento, questo senso di sentirci possibilmente vicini gli uni e gli altri in questa regione.

Io, chiaramente, parto da un principio fondamentale sul quale non so se tutti siamo d'accordo. Io sono d'accordo e il mio partito sicuramente: i confini del Brennero sono fuori discussione.

Fatta questa premessa, che evidentemente è basilare, almeno per noi, direi che, all'interno di questi confini, tutto ciò che si può raggiungere per ottenere una maggiore autonomia amministrativa e un maggior riconoscimento dell'esistenza e dei diritti delle minoranze, bisogna farlo.

Non abbiamo ancora raggiunto il discorso del monolinguismo, del bilinguismo, del trilinguismo nei tribunali? Non abbiamo ancora raggiunto altri obiettivi che sono stati posti in questi ultimi tempi, anche dopo il pacchetto? Ci sono tantissimi obiettivi ancora da raggiungere, sicuramente.

Potremo raggiungerli in futuro, però sempre lasciando fuori discussione il discorso del Brennero e il discorso dell'autodeterminazione, se mi permettete, perché noi siamo in questo paese, che si chiama Italia, e intendiamo restarci, possibilmente, anche se cerchiamo, anche come partito, di andare d'accordo con i nostri partners degli altri gruppi linguistici. Ci sembra giusto: noi siamo amici; siamo della stessa radice cristiana degli amici di lingua tedesca dell'Alto Adige. Ma non possiamo ammettere, evidentemente, che si vada oltre questo livello di comprensione.

Mi sembra che il Presidente Angeli, nell'andare ad indicare alcuni ruoli della Regione Trentino-Alto Adige, anche per il bilancio 1985, abbia cercato di porsi di fronte a questo problema. Per esempio, il discorso della Regione come ente capace di impersonare autonomia amministrativa e legislativa, mi sembra sia più che attuale.

Mi sembra - e qualcuno l'ha detto qui, anche gente non appartenente al mio partito - che da parte del governo centrale, del governo di Roma, ci sia il tentativo strisciante, forse anche a livello di funzionari, più che di politici del governo, per vanificare molto spesso questa autonomia.

Noi ci accorgiamo, a livello di province di Trento e di Bolzano, e anche a livello di Regione, che molto spesso le nostre leggi vengono rinviate per motivazioni che non sono per me sempre accettabili e obbiettive. C'è sicuramente questo obiettivo. La Regione, assieme alle due Province autonome, può sicuramente essere uno degli organismi istituzionali che riesce ad essere contraltare nei confronti di questi tentativi.

In questo senso ha un enorme ruolo la Regione Trentino-Alto Adige e lo sta giocando mi sembra abbastanza bene.

Ma c'è di più: il discorso degli organismi internazionali ai quali noi partecipiamo. Perché non bisogna ammettere che queste soluzioni possono essere utili anche alla nostra Regione? Abbiamo la possibilità di pesare, con le nostre scelte, su certi tavoli di trattative e di decisioni che altrimenti non potremmo avvicinare. Abbiamo la possibilità di rappresentare, come istituzione, un'entità non solo geografica, ma amministrativa e anche economica per una certa parte, posta a cavallo delle Alpi e a cavallo di due mondi, quello latino e quello tedesco, con

un suo significato pregnante, ho detto prima, rispetto alla storia, ma anche rispetto ai tempi attuali.

Abbiamo la possibilità di pretendere l'applicazione del pacchetto, fino a quando non sarà completato. Quindi, da questo punto di vista, si possono interpretare le esigenze delle minoranze linguistiche presenti nella nostra Regione. Abbiamo anche la possibilità di fare altre cose che mi sembrano molto positive. Qui si è accennato a ciò che il bilancio, come tale, propone.

L'ordinamento dei comuni. Viviamo in una Regione autonoma, a cui spetta, fra l'altro, di legiferare in tema di ordinamento dei comuni e la legge n. 16 del 1983, dello scorso anno, è una legge modernissima - credo che i comuni lo possono dichiarare tranquillamente - legge che ha tolto alla Provincia, nonostante qualche errore da parte nostra, come organismi di controllo, il controllo su certe materie che erano ridicole, che facevano perdere tempo e alle amministrazioni comunali e alla Provincia stessa, e lo ha dato in completa ed assoluta competenza ai comuni. Ha previsto delle norme che sicuramente sono all'altezza dei tempi e modernissime.

La cooperazione - il Presidente ne accenna - sotto il profilo della promozione della cooperazione, è un argomento che la Regione sicuramente affronterà. Noi siamo tutti convinti che la cooperazione è un fenomeno economico e sociale estremamente importante. La Regione, a cui compete in via primaria la competenza per la cooperazione, da quello che dice il Presidente - e io lo credo naturalmente - intende approfondire tutte le possibilità di questo rinnovato settore, di interesse economico e sociale per la nostra popolazione.

Noi sappiamo che con la cooperazione si possono raggiungere certi

obiettivi che altrimenti oggi non sarebbero raggiungibili e mantenere certi traguardi già raggiunti.

L'ufficio fondiario, il tavolare. Su questi settori anche qui è stato detto e lo dico anch'io: sono stati organizzati, in maniera sicuramente lodevole, con le proposte di applicazione di sistemi di informatica e sistemi elettronici. Sicuramente saremo fra le prime regioni italiane anche da questo punto di vista.

Ma direi che, al di là di queste cose che spettano direttamente alla Regione, la Regione comunque resta sicuramente uno degli organi istituzionali, presenti in questo territorio, a cui è deputata la possibilità teorica e pratica di approfondire il raggiungimento dell'obiettivo della convivenza fra i tre gruppi linguistici.

A questo proposito volevo rispondere indirettamente al collega Anesi e anche al collega Pahl, circa il problema dei ladini del Trentino e delle minoranze linguistiche della Valle dei Mocheni e di Luserna.

Per quanto riguarda i ladini, siamo perfettamente allineati con le posizioni del Cons. Anesi, parlo dei ladini della Valle di Fassa, tanto è vero che riteniamo di poter anche noi dare una mano - la stessa Giunta regionale lo ha accettato - per il disegno di legge presentato al Parlamento da alcuni parlamentari, fra i quali vi sono l'on. Biagio Virgili del P.C.I. e l'on. Luciano Azzolini della D.C. Con questo disegno di legge si tende a riconoscere il gruppo linguistico ladino del Trentino come un gruppo linguistico particolare, con una serie quindi di interventi legislativi ed economici relativi.

Lo stesso cons. Anesi ha presentato un disegno di legge sulla cultura ladina, che sicuramente è alla nostra attenzione e cercheremo di esaminare, e possibilmente di appoggiare, perché ci sembra estremamente

importante e significativo per quanto riguarda le possibilità della nostra Provincia.

Sicuramente il Presidente della Giunta regionale, quando ha parlato di difesa dei gruppi linguistici anche della Provincia di Trento, si riferiva a queste cose. Per Luserna e la Valle dei Mocheni, penso che dobbiamo intenderci. Non è che parlino il tedesco se non l'hanno imparato andando a lavorare in Germania o in altre occasioni. Parlano un altro tedesco, gli uni di origine sveva, gli altri di origine addirittura cimbra; lingue interessantissime da questo punto di vista, anche da un punto di vista della curiosità glottologica. Devo dire che qualche tentativo lo stiamo facendo, anche da questo punto di vista. Anche a Luserna si sta cercando di incrementare il mantenimento di questa parlata, non so se si può definire lingua, anche attraverso la stampa di pieghevoli turistici, in modo da mantenere anche le tradizioni di queste valli. E possiamo continuare da questo punto di vista.

Siamo sicuramente, anche nella nostra Regione, estremamente autonomistici e proiettati verso la difesa dei gruppi linguistici diversi da quello di grande maggioranza che è il gruppo linguistico italiano.

Vorrei concludere facendo un appello, se così si può dire. Io credo che dobbiamo voler bene alla Regione Trentino-Alto Adige e alle istituzioni che essa rappresenta. Io mi auguro che i colleghi della S.V.P. si rendano conto che anche la Regione serve a difendere i loro sacrosanti diritti di minoranza etnica, come mi auguro che questo capiscano anche gli altri gruppi politici qui presenti.

Credo che la Regione va incrementata, va da noi interpretata. Siamo due Consigli provinciali che insieme compongono il Consiglio

regionale; non siamo lontani, ma cerchiamo di essere più vicini fra di noi.

Siamo in un paese democratico, in un paese libero, in un paese dove si può dire tutto quello che si pensa. C'è chi non lo vorrebbe. Noi, invece, lo vogliamo. Siamo in un paese che crede, a livello generale, alla difesa dei valori personali e dei valori anche etnici.

Probabilmente noi abbiamo commesso degli errori, lo Stato italiano, la Regione Trentino-Alto Adige, la Provincia di Bolzano, la Provincia di Trento, i 223 comuni del Trentino e i 116 della Provincia di Bolzano, ma certamente abbiamo una possibilità di dare corpo e sostanza a questa Regione e riuscire a vivere più da amici fra di noi. E' l'augurio che faccio a me e che faccio a tutti noi. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. D'Ambrosio; ne ha facoltà.

D'AMBROSIO: Signor Presidente della Giunta, colleghe e colleghi, condividendo l'intervento fatto ieri dal compagno Rella, ritengo di essere esonerato dal trattare alcuni aspetti che egli ha già sviluppato, per quanto attiene il ruolo della Regione, le sue risorse finanziarie, le sue competenze, il modo di rapportarsi di fronte ad esse.

Desidero, semmai, prendere spunto da alcuni passaggi delle dichiarazioni del Presidente Angeli, che sottopone alla nostra attenzione tutta una serie di questioni, di problemi che il dibattito fin'ora in parte ha accolto, approfondendoli, in parte probabilmente ancora non pienamente.

Parto, ad esempio, da quel passaggio finale della dichiarazione di Angeli, a pag. 46, ove ci si rivolge più direttamente ai giovani, al

loro avvenire, alle loro famiglie, ai problemi, alle angosce oltre che alle speranze.

Noi sappiamo quale situazione complessiva viviamo nel nostro paese, nel mondo e dunque nella nostra Regione, quanti e quali bisogni vi siano, a partire se volete da quello del lavoro e ciò che esso significa, fino a quei valori che pure sono parte integrante della nostra civile esistenza.

Questo per dire, egregi colleghi e gentili colleghe, che vale la pena sottolineare, ancora una volta, come non tutto il quadro politico, sociale, economico e culturale dipenda dalle scelte che vengono prese, dai comportamenti assunti nell'ambito locale, poco conta se a livello comunale, provinciale o regionale, ma molto dipende anche da quelle scelte di ordine più generale che altrove vengono assunte e che hanno le loro dirette ed immediate ripercussioni anche nella nostra realtà.

Noi non crediamo, lo dicevamo in sede di formazione della Giunta e in sede di dibattiti politici, a seconda delle occasioni fornite, non siamo convinti, anche se qualcuno lo teorizza e lo pratica, che il mondo della Regione inizi al Brennero e finisca circa a Borghetto, e quello delle rispettive province dal Brennero a Salorno o da Salorno a Borghetto. Noi siamo parte integrante di questa società, di questo stato, di questa Europa.

Dunque non credo che vi siano spazi per isolamento alcuno, sotto ogni punto di vista. E un elemento del genere, debbo onestamente riconoscere, viene colto anche in quel passaggio della relazione del Presidente Angeli, a pag. 9, dove in sostanza dice: noi non dobbiamo ritenerci fuori dai conti dell'azienda Italia che prima o poi arriveranno.

Ma allora, se così stanno le cose, e stanno così; se, oltre a queste scelte di ordine economico, sociale e politico generale, vi è anche l'elemento pace, che non può essere solo un generico auspicio, vale la pena di dire che, anche sul piano locale, occorre legarci a queste dinamiche, a queste situazioni per poter fare la nostra parte e incidere. Proprio perché, se va male l'azienda Italia e se vanno male le questioni in Europa e nel mondo, anche qui, prima o poi, ci sono le ripercussioni negative. Siamo legati dunque a questo mondo, alla sua evoluzione, allo sviluppo e alla stasi dei rapporti internazionali.

Permettetemi di citare qui un piccolissimo esempio, che non più tardi di qualche settimana fa è stato, con grande eleganza, snobbato, ma che ritorna. E' stato detto che hanno trovato un accordo, per quanto concerne le produzioni agricole, cosiddette eccedentarie. Ma che significa nel concreto? Ieri abbiamo letto le dichiarazioni dei rappresentanti delle varie organizzazioni degli agricoltori, indipendentemente dalla collocazione politica della Coltivatori Diretti o di Avoglio o di altre organizzazioni. Tutte quanto meno sono perplesse o contrariate; tutte sono alla ricerca di vedere nettamente quali sono i tipi di compromessi e quali sono le reali ripercussioni.

Allora vedete, egregi colleghi, una volta sarà per la vicenda del latte, una volta sarà per la vicenda della frutta, un'altra volta sarà per la vicenda del vino: la nostra Regione è pienamente coinvolta in queste dinamiche, in questi processi.

E' bene tenere conto di questo elemento, perché tocca direttamente le nostre popolazioni, gli interessi direi vitali, trattandosi di fonti di reddito e di lavoro. E allora dobbiamo capire come anche la Regione, esercitando il suo ruolo politico, non in contrapposizione, ma in modo

affiancato al ruolo che è più proprio anche delle Province autonome, possa concorrere a trovare delle vie d'uscita a queste e ad altre situazioni, a questi e ad altri problemi, a trovare le sedi o farsi portavoce di queste difficoltà, di di queste apprensioni e cogliere, noi, anche il fatto che queste decisioni non sono mai casuali, che ci sono ruoli e scelte più generali del Governo, dei governi, dei gruppi imprenditoriali; in sostanza di tutta una serie di scelte in tema di politica economica e di politica sociale, che hanno dirette ed immediate ripercussioni e che espongono ancora di più gli strati più deboli della nostra popolazione.

E questo crea insicurezza, crea incertezza, anche per quelle giovani generazioni, cui il Presidente si richiamava in un passaggio della sua relazione.

Allo stesso tempo noi riteniamo che occorre cogliere il necessario raccordo, che esiste e può esistere, tra queste scelte; le scelte del governo, dicevo prima, e gli interventi complessivi del sistema delle autonomie esistenti nel nostro paese su tutta una serie di terreni.

Noi comunisti, riteniamo che la questione sia tutt'altro che oziosa, se è vero, come è vero, che viene, anche in questa sede, denunciata, da una parte, la tendenza neoaccentratrice esistente nel paese, per quanto concerne il sistema delle autonomie; dall'altra l'esigenza di sottrarsi a queste tendenze rilanciando il ruolo delle regioni, nel nostro caso delle Province autonome e dei comuni.

Ma intanto, egregi Presidenti, colleghe e colleghi, è ozioso porre il quesito: chi accentra? Chi sollecita queste tendenze negli anni che stiamo vivendo? Chi cerca di limitare il ruolo delle regioni? Chi non provvede a dare concreta e piena attuazione al dettato costituzionale,

incominciando anche a rimuovere, alla luce della nuova realtà regionale, tutto un meccanismo previsto, organizzato, esistente, anche di governare la società che, ad esempio, continua a mantenere ministeri che andrebbero continuamente sciolti, demandando le competenze alle regioni e convogliando le regioni in un processo anche di programmazione economica?

Allora, se vi sono queste tendenze, noi non abbiamo esitazione a denunciarle, ma non abbiamo esitazione nemmeno ad indicare le forze politiche, che hanno nomi e cognomi, e, per non essere troppo diplomatici, quelle che soprattutto rappresentano l'attuale compagine governativa, come quelle che, credendo di meglio pilotare la situazione esistente nel nostro paese, pensano che la via d'uscita sia mettere in discussione il ruolo delle regioni e il complesso del sistema delle autonomie della nostra società.

Di qui una prima conseguente considerazione. Come sottrarsi a queste tendenze, senza naturalmente incappare in quelle ottiche esclusive, o da isola, ma sapendoci collegare a tutto questo filone rappresentato dalla nostra società ed al sistema delle autonomie?! Come sottrarsi, dunque, a questa situazione, collegarsi a svolgere appieno il ruolo della Regione, nell'ambito delle sue competenze, previste e non, e per le competenze delle Provincie autonome previste e non?!

Certo, ci mancherebbe altro, sappiamo benissimo distinguere i vari livelli di competenze: sono quelli previsti dallo Statuto. Quando diciamo questo, o altri colleghi reclamano questo, credo non dicano né più né meno che è ovvio, che meriterebbero, non fosse altro che per risparmiarsi il fiato, di non essere neppure citate.

Ma dobbiamo sapere che il nostro stato democratico è fatto di

queste realtà e che non esistono dunque dei picchetti così rigidi, così inamovibili; che guai a noi se qualcuno scalfisce un confine scritto, pratico o teorico che sia. Perché, in un sistema delle autonomie quale è il nostro e quale prevede la Carta costituzionale, abbiamo tanti spazi, tante possibilità anche per ingaggiare, lo dico in termini sportivi, una positiva competizione per raggiungere livelli sempre più elevati di democrazia, di partecipazione, di soddisfacimento dei bisogni delle genti, che da noi significano anche intreccio con le peculiarità, le specificità legate alla presenza delle minoranze nazionali.

Ma allora, se questo è il terreno dell'iniziativa concreta, io credo non sia male richiamare alla nostra attenzione anche un ulteriore livello, quello rappresentato dal fatto che, proprio perché nulla è statico nella vita, si cerca di rivedere e di aggiornare, spero migliorandola, la Carta costituzionale.

Noi dobbiamo dunque avere reali confronti e approcci con la Commissione Bozzi e, dall'altra, vedere di far funzionare un po' diversamente, più dinamicamente, e avere in questo un punto di riferimento, la Commissione bicamerale per le Questioni Regionali. Perché proprio con questo si dà la dimostrazione che uno stato, il quale sappia anche rinnovarsi, deve tenere conto ed esercitare tutti gli strumenti che ha a disposizione. In questo caso, per me è rilevante, insisto, il sistema delle autonomie.

Allora riusciamo a cogliere questo interlocutore, riusciamo ad esercitare fino in fondo questa iniziativa, riusciamo a far sì che le assemblee elettive, consigli provinciali, consiglio regionale, abbiano la possibilità anche di conoscere la ragione del contendere, delle discussioni, superando anche la conferenza che il governo ha più o meno

periodicamente con i Presidenti delle Giunte? O sono solo queste delle occasioni in cui il governo centralista o accentratore tende solo a dare degli indirizzi affinché le regioni esercitino un ruolo di appendice, di contributi, di sollecitazioni perché si dipani questa matassa delle autonomie?

Ecco dove noi diciamo che vi è uno spazio anche per questa Regione, anche con tutti quegli apparenti limiti che qui qualcuno lamenta e ricorda con altre chiavi di lettura. E' un terreno di iniziativa, cioè, verso la cosiddetta capacità programmatica e concorrente realmente a definire gli obiettivi generali che lo stato democratico vuole perseguire.

Ciò detto, ancora una volta noi ribadiamo la piena, totale disponibilità dei comunisti.

Abbiamo avuto modo, non più tardi di qualche settimana fa, nella conferenza di Milano, di mettere più a fuoco queste questioni e credo che, nel loro insieme, le forze più avvertite, perché più legate a questa tematica, le forze più aperte sul piano democratico, siano anche disponibili al confronto, spero positivo e fruttuoso.

Ma come stanno le cose? Abbiamo già detto delle lamentazioni per l'accentramento che il governo persegue, però abbiamo una contraddizione di fondo che non viene neanche posta, purtroppo, dalla relazione dello stesso Presidente Angeli.

Ora, è bene dire, giustamente, che vi sono i ritardi da parte dello Stato nel versare quanto dovuto alla Regione, visto che siamo in sede di Regione, ma non dimentichiamo anche le due Province autonome.

Ed è giusto anche ricordare come una delle norme più importanti è quella, non parlo dei ritardi ormai di anni, rappresentata dalla

cosiddetta norma finanziaria. Questo è giusto.

Ma noi dobbiamo rovesciare anche il fatto che, per tutta una serie di leggi, di norme, di criteri, di fatti ormai operanti, vi è nel nostro paese un notevole livello di decentramento, di servizi e di funzioni, ma ancora un assoluto o pressoché assoluto momento di accentramento nella raccolta delle risorse, egregi colleghi.

Allora, perché non dobbiamo spendere anche noi una parola a proposito di questo condizionamento finanziario e di tutto questo capitolo ancora da scrivere, ma sul quale esiste già l'attenzione da parte delle forze politiche e del Parlamento, quale, ad esempio, la cosiddetta capacità impositiva?!

Perché scottano le contraddizioni, prima o poi, al di là delle lamentele! Si impone il servizio sanitario in qualche maniera e poi si usano le forbici nel tagliare le risorse per far funzionare il servizio sanitario. Con la legge finanziaria uno dei tagli più consistenti è proprio verso il capitolo sanità. Si decentrano a livello di regioni, nel nostro caso di Province autonome, coinvolgendo sovente anche i comuni, argomenti come i trasporti, il fondo nazionale dei trasporti, e ancora una volta poi si amputa il capitolo attraverso la legge finanziaria.

Noi dobbiamo fare in modo di ridurre questa contraddizione fino ad eliminarla. Che battaglia la Regione autonoma Trentino-Alto Adige, le Province autonome di Trento e di Bolzano, le amministrazioni comunali, che sono parte integrante della nostra autonomia, riescono ad ingaggiare a questo riguardo? Nulla abbiamo sentito, ripeto, né dalle dichiarazioni, né dagli interventi che sinora si sono sviluppati, salvo appunto le lamentele rappresentate dall'assenza della norma finanziaria,

dei ritardi nell'avere i mezzi finanziari necessari a far funzionare la nostra autonomia.

Ciò detto, gentili colleghe ed egregi colleghi, e venendo ad altri aspetti delle dichiarazioni, non posso evitare di cogliere ulteriori contraddizioni di natura politica. Da una parte abbiamo l'interesse, spero non personale, del Presidente della Giunta di muoversi, di dire in sostanza che la Regione esiste, ha un suo spazio, vi sono delle buone intenzioni. Dall'altra, però, abbiamo notato tutta una serie di dischi rossi, di altolà, di collocazione di picchetti, di limiti da non valicare, soprattutto posti, questi, dai rappresentanti della S.V.P. che finora si sono espressi, salvo l'intervento, che però mi pare abbia eluso le questioni di questo tipo, constatiamo un silenzio, che forse è troppo eloquente, da parte di altri rappresentanti della D.C.

Non credo siano cose di poco conto, non solo perché l'ha notato questo o quell'organo di informazione, ma perché S.V.P. e D.C. sono i due partiti che esprimono questa Giunta.

Io non so se sempre le questioni di metodo possono essere questioni di sostanza, però credo valga la pena cogliere questo elemento. Non fosse altro per un corretto, doveroso, elementare dovere, qualche amico del Presidente avrebbe dovuto pur interrompere questo ragionamento che i colleghi della S.V.P. hanno ritenuto di fare; non fosse altro per dare l'impressione in quest'aula non vi sia una o altra maggioranza, ma vi siano solamente le opposizioni esterne e le opposizioni interne della Giunta.

Non credo nemmeno che, di fronte a questo aspetto, il cui connotato politico non va sottaciuto, possa consolare la benevolenza, promessa, da parte di "riserve" raccolte nel corso della discussione,

quali alcune affermazioni qui affacciate, in particolare da parte di rappresentanti quali Fedel.

L'argomento è chiaro, il problema al centro della nostra attenzione è questo: che fare di questa Regione?

Strettamente connesso vi è da chiedersi quale valutazione dare dello stato complessivo dell'autonomia e della convivenza. In ultima analisi, colleghe e colleghi, quali prospettive si possono coltivare?

Di fronte a questi tre quesiti, noi comunisti riteniamo di esprimere queste considerazioni, sui compiti della Regione.

Lungi da noi, penso anche da tanti altri colleghi o forze politiche che abbiano un minimo di testa sulle spalle, alcun ritorno dunque al pasato, ma spazi che vadano, questo sì desidero dirlo, a vantaggio di tutte le popolazioni, spazi che possono essere colti anche dalla Regione.

Vi sono certo le cosiddette competenze scritte, ma ritengo che nell'ambito delle iniziative politiche ve ne siano altre che possono essere scritte o riscritte, o non scritte, ma esercitate, che dimostrano come questa funzione della Regione abbia ancora un senso: quello di andare oltre il passaggio di determinate legislazioni alle due Province o, mi si permetta questa banalizzazione che non vuole essere irrispettosa, tutt'altro, verso il Consiglio, quello di pagare le indennità ai consiglieri regionali.

A questo riguardo desidero ricordare, proprio nell'ambito di quel ragionamento che facevo prima, di una Regione collocata nell'ambito di un paese, nell'ambito di una Europa e di una zona centrale dell'Europa, che vi è tutta una possibilità per quanto concerne il rapporto con altre regioni, anche con altri stati. Vi è tutto questo filone rappresentato

dalle vie di comunicazione, che tanta importanza hanno nei rapporti tra le persone e negli interscambi dei prodotti; in sostanza, tutto quello che può concorrere ad aiutare e migliorare una reciproca conoscenza.

Ed è a questo riguardo, egregi colleghi, che ritengo particolarmente infelice - mi si permetta questo termine - quella parte dell'intervento del collega Achmüller, fatto qui ieri, non tanto e non solo per il merito delle questioni che lui poneva, ma anche perché, appartenendo il collega Achmüller a quel filone che si riteneva e si ritiene più aperto, più duttile. Non può non preoccupare che anch'egli si senta invischiato in logiche, in argomenti, in prese di posizione che credo non siano il patrimonio di questa componente, pur importante, del mondo di lingua tedesca e all'interno della stessa SVP.

Dico questo perché è stridente la contraddizione tra quelle affermazioni e una parte dello stesso ragionamento del collega Achmüller, il quale dice che occorre puntare ad una Regione, sempre più capace di essere inserita in questo ragionamento europeo di tipo federativo, ove le regioni concorrano...Sì, collega Achmüller, ma io vorrei sempre capire come posso appartenere ad una regione che deve giustamente capirsi e intendersi con cittadini di altre regioni, di altri stati e avere difficoltà a comprendervi tra chi vive nella stessa identica regione, quando non nella stessa provincia.

Non credo che io possa fare tante affermazioni di questo tipo nei confronti di chi...

(Interruzione)

D'AMBROSIO: Guarda, chiamiamoci come vogliamo, siamo cittadini di questa terra.

Ad ogni modo questo ragionamento non credo possa essere condivisibile, non credo possa essere convincente. Ecco perché - non uso termini più forti - il ragionamento fatto qui ieri sera stona. E' un elemento che induce a pensare, invece, ad una sempre maggiore, purtroppo grave, cristallizzazione in direzione della separatezza e della incomunicabilità.

Sul secondo quesito riguardante lo stato dell'autonomia fin dall'esordio, lo riconosce la relazione del Presidente Angeli, quando ammette che vi sono difficoltà.

Martedì abbiamo letto e ascoltato le dichiarazioni del Presidente della Giunta provinciale. Al riguardo nota come vi sia un peggioramento della situazione, in particolare in provincia di Bolzano.

Ma, ancora una volta, è solo retorica chiedersi di chi sono queste responsabilità? O forse con quell'eccessiva diplomatizzazione o slalom, non sportivo in questo caso, del Presidente Angeli, si pongono queste difficoltà, ma si fa finta di non vedere ancora una volta da cosa traggono origine? E che lo riconoscano non solo queste persone, ma avvertano questo le forze politiche, i rappresentanti che qui finora si sono espressi, l'opinione pubblica. Il problema se lo pongono anche uomini politici assai seri e che hanno avuto responsabilità di rilievo nelle vicende politiche della nostra provincia, della nostra terra.

Ad esempio, in una tavola rotonda tra un esponente della D.C., del P.S.I. e della S.V.P., si individuano, nel concetto di pacifica

convivenza perché essa possa attuarsi. Un tema da dibattito, da confronto. Il che vuol dire che si ammette che ancora non si è attuata la pacifica convivenza, che ci sono episodi che dimostrano che non solo vi sono queste tensioni - non so chi diceva da guerra fredda - ma che sovente questi episodi diventano anche caldi, pericolosamente caldi.

Ebbene, se questa è la situazione, se questi sono i fatti, chiediamoci però (perché se non se ne conoscono le cause è difficile intervenire) quali sono i livelli di responsabilità.

Noi comunisti non abbiamo dubbi a trovarne due fondamentali. Il primo, del Governo centrale, che ha continuato e continua a lasciar marcire una situazione, che meritava attenzioni, non con rapide carrellate di 15 minuti del gruppo politico, come ha fatto il Presidente del Consiglio Craxi qualche settimana addietro a Bolzano, ma che dovrebbe ingaggiare un confronto serio, reale, con tutte le forze politiche, sociali, culturali della provincia di Bolzano e dovrebbe intervenire nel completare in tempi rapidi e correttamente tutto l'insieme della normativa autonomistica. E' il far macerare nel tempo questi problemi che autorizza qualsiasi iniziativa.

L'altro piano e livello di responsabilità non abbiamo altrettanta esitazione ad individuarlo nelle scelte dei gruppi dirigenti della S.V.P. e anche della D.C. Non siamo i soli a dirlo, dicevo, non possiamo più essere tacciati di unilateralità. Questo è dimostrato dall'incalzare degli avvenimenti, appunto dalle tensioni che si manifestano, fino a questi sinistri attentati ed esplosioni, che ci pongono anche un ulteriore quesito.

Egregi colleghi, che significa il fatto che, a distanza di 12 anni dal varo del nuovo Statuto di autonomia, si rivedono queste sinistre

ombre di oltre venti anni fa? Perché è vero che manca tutta una serie di norme, anche assai rilevanti, ma è vero anche che gran parte dello Statuto di autonomia opera. Ci sono le competenze, nelle materie definite, già in vigore, esercitate e le risorse finanziarie, saldate a queste, producono un risultato.

Allora vi sono solo i ritardi, di cui vi sono certo le responsabilità che dicevo prima, o vi sono anche impostazioni, radici locali, che portano a questi risultati? Non vi sono forse, in quei cenni che ieri venivano colti dal collega Ballardini in corretta, ma ferma, polemica con alcuni orientamenti presenti all'interno della S.V.P., i germi di questa situazione? Il concetto esasperato della paura?

C'è un titolo - non so se il collega Peterlini lo abbia realmente fatto, comunque non lo ha smentito - in quella sua intervista, che deve far meditare, colleghi: "Temiamo lo sterminio".

Io ho una modesta esperienza nella mia esistenza, per cose viste o ascoltate; ho visto però che cosa ha significato, dove realmente si è praticato lo sterminio e ho creato uno spontaneo parallelismo. Ci sono oggi le condizioni per dire che lo sterminio nelle camere a gas è paragonabile alla situazione odierna in Provincia di Bolzano o nella nostra Regione?! Andiamo cauti con le parole! Andiamo cauti anche perché non si può continuamente dire, nonostante i limiti, i difetti, le lacune (ci mancherebbe altro!), che lo stato democratico degli anni 1970 e 1980 è come se non esistesse ed è analogo allo stato non democratico e fascista degli anni '20 e '30.

Badate, colleghi, che qui si pone un'altra questione, che va oltre i cosiddetti stati d'animo che si vengono a generare! C'è una questione di credibilità rispetto all'opinione pubblica locale, nazionale ed

internazionale. Può il gruppo dirigente della S.V.P. fare affermazioni e assumere comportamenti tali da mettere in discussione se stessa? Perché è legittimo altrimenti chiedersi: ma allora fino adesso che cosa è stato fatto? Non credo che da parte delle persone intelligenti e un po' obiettive il quesito possa avere risposte diverse.

Io credo che ci sia, invece, un ulteriore diverso passaggio, egregi colleghi e colleghe. Ed è l'intreccio tra i fatti attinenti l'autonomia e quell'elemento, per alcuni aspetti abbastanza ovvio, chiamato squisitamente elemento di potere. Questo è il punto.

Oggi ho avuto modo di partecipare ad una iniziativa assai interessante attorno ai problemi della informazione. E un qualificatissimo rappresentante del mondo dell'informazione, commentando la situazione della nostra Provincia e della nostra Regione, lamentava non solo il deterioramento, dopo il balzo democratico post-pacchetto, ma l'annullamento dei grandi ideali dell'autonomia, come le logiche del potere prevalgano su ogni cosa, e come si sia messa in moto una spirale che si avvita su se stessa, che si deve rompere, ma va a creare schematismi che mettono in discussione qualsiasi buon progetto di quella autonomia.

Noi dobbiamo cogliere tutte queste situazioni. Allora ecco che capiamo perché, ingiustamente aggiungo, gruppi dirigenti della S.V.P., da ultimo ancora una volta il loro Presidente Magnago, continuano a lamentare il fatto che gli organi di informazione diano una versione diversa dalla realtà, diano troppo clamore alle situazioni esistenti nella nostra Regione e soprattutto nella nostra Provincia e criticano che se ne parli. Non vanno a monte, all'origine della causa, a vedere qual è il bubbone vero.

No, imputano all'informazione, che certamente ha anche difetti, che certamente ha anche elementi di unilateralità e vizi, ma che nel complesso non può essere imbrigliata e imbavagliata.

Allora ecco come capire e collocare certe iniziative di maquillage, attraverso la conferenza stampa della S.V.P. a Roma, per cercare di ripristinare una propria immagine della nostra realtà!

In effetti non credo che siano queste le soluzioni da dare ai diversi problemi. Ma il problema vero è di come, intanto, si esercita e si governa questa autonomia, ad evitare che dalle esplosioni degli anni '60 si vada alle implosioni degli anni '80, di un'autonomia che ripiega su se stessa.

Il problema è se davvero questo strumento fornisce quei necessari arricchimenti, non più e non solo di tipo istituzionale, democratico, sociale, ma di conoscenza reciproca, di convivenza, di fruttuosa collaborazione tra i cittadini e, all'interno di questo, la necessaria salvaguardia delle prerogative attinenti le minoranze nazionali. Ci sono pericoli di varia natura e mi sono permesso di citarne uno: di un'autonomia che non riesca ad esprimersi appieno e che, appunto, ripieghi su se stessa, con tutte le contraddizioni e le lacerazioni che sappiamo.

L'altro elemento che desideravo enunciare è che questo atteggiamento e questi comportamenti vanno a generare espressioni politiche, che a loro volta diventano causa ed effetto per un ulteriore pericoloso avvittamento. Lo dico spassionatamente ai gruppi dirigenti della S.V.P. e della D.C. Non potete continuare a coltivare stati d'animo, orientamenti e scelte, che vanno a polarizzare la vita politica su basi di tipo nazionalistico! Dovete pur riflettere sul

perché questi comportamenti, se apparentemente portano dei vantaggi in termini stretti di potere e di tornaconto di parte, in effetti creano pregiudizio per la prospettiva.

Se lo zoccolo delle forze nazionalistiche fra loro contrapposte dovesse consolidarsi o, peggio ancora, allargarsi, venendo meno tutto il cuscinetto rappresentato dalle necessarie articolazioni democratiche, pluralistiche, si sappia che tutto diventa più complicato, tutto diventa più difficile. E che certe cose siano avvertite non più solo da noi, ma anche all'interno della stessa S.V.P., è dimostrato dal fatto che non può essere sottaciuto che l'on. Riz, a modo suo, con una mossa nel complesso assai intelligente, abbia ritenuto di prendere certe distanze, da posizioni apparentemente, anzi, vistosamente troppo sciolte, troppo avventuristiche. Evidentemente l'on. Riz, che qualche cosa sa in fatto di questioni interne della S.V.P., ma anche della nostra autonomia, sa che la corda non si può tirare oltre un legittimo limite.

Ecco dunque quali sono ulteriori elementi di meditazione, che devono essere presenti a chi detiene grosse responsabilità nella nostra Regione e nella nostra Provincia.

Da questa situazione - e mi avvio a concludere, egregi colleghi e colleghe - occorre partire per correggere ed intervenire.

Sappiamo che l'on. Craxi ha promesso ulteriori colloqui con i dirigenti della S.V.P. Sappiamo che diligentemente ha preso nota delle osservazioni che i vari raggruppamenti politici hanno ritenuto di esprimere.

Noi crediamo, ferme restando quelle critiche a tutti i Governi che hanno assunto i comportamenti che prima dicevo, che vi possa essere nel complesso un giudizio positivo di per sè, quando un Presidente del

Consiglio vuole vedere e toccare con mano certe situazioni. Ma pensiamo che non lo si possa fare più o solo in questo modo. Occorre una meditazione più attenta, più approfondita, anche con maggiore disponibilità. Noi crediamo in primo luogo - e qui siamo in profondo dissenso verso tutti coloro che negano ciò - che sia il Parlamento a dover di nuovo essere reinvestito della situazione autonomistica della nostra Regione e nelle rispettive Province, se è vero, come è vero, che è stato il Parlamento a volere e a varare, con quelle larghissime, elevate percentuali che il collega Peterlini questa mattina ricordava, comunque abbondantemente oltre il 90%, nel 1971, questo Statuto di autonomia e questa soluzione.

Credo che sia giusto che il Parlamento compia una ricognizione per vedere e sul da fare, compia una ricognizione per vedere intanto dove siamo arrivati, ivi compreso il fatto che sovente con norme di attuazione si svuotano e si eludono volontà precise dello stesso Parlamento.

In ultima analisi desidero qui, a proposito di radiotelevisione e di comunicazioni, dire la nostra su un tema che ha visto l'attenzione anche di molti colleghi. A parte il fatto che mi è stato riferito che non tutti i commissari appartenenti al gruppo linguistico tedesco hanno avuto unanimità di vedute e di posizioni a questo riguardo. A parte il fatto - lo diceva in termini puramente dialettici ieri il collega Ballardini - che dal punto di vista strettamente teorico e ipotetico potrebbero avere anche ragione coloro i quali dicono che le Province avrebbero competenza anche in termini di telecomunicazioni, proiettando, dilatando ad ed estendendo il termine comunicazioni.

Ma il punto, colleghi, non è più questo. Il punto non è una

disputa giuridica o interpretativa se la competenza c'è o non c'è; il problema è che voi avete compromesso la credibilità, anche esponendo fino in fondo le vostre intenzioni, che non sono quelle di un ente radiotelevisivo pubblico, all'interno del quale ci sia il necessario pluralismo, la capacità di riflettere la società nella quale si vive, la capacità di evidenziare fino in fondo le potenzialità anche professionali di chi vi opera, la capacità di rispondere alle popolazioni di lingua tedesca, italiana e ladina attraverso uno strumento pubblico, che abbia queste caratteristiche!

No, avete detto e avete dimostrato, con dei disegni di legge, che vi volete impadronire, come appendice del potere governativo locale, di questo strumento pubblico, violando gli orientamenti della legge 103 di riforma radiotelevisiva, che voleva sottrarre all'esecutivo questo strumento. Dunque qui non c'è più una questione di ammodernamento, di potenziamento, di capacità di risposta a queste giuste esigenze. C'è solo il fatto di una bramosia del potere, che non ha più nulla a che fare con le legittime, sacrosante richieste, che sosteniamo, di avere una rispondenza di questo strumento anche verso la cultura e la lingua delle minoranze nazionali.

Vorrei che meditassero alcuni colleghi, in questo caso, certo, della S.V.P., certo anche della D.C., sul fatto che su queste interpretazioni, su queste norme, su questi aspetti essenziali dell'autonomia, vi sia una diversa valutazione, dunque un diverso tasso anche di credibilità.

Ecco dunque le considerazioni, signor Presidente, signori colleghi, che noi comunisti ci siamo sentiti di fare in questo intervento, essendo naturalmente disponibili ad un ulteriore confronto,

che sarà sempre necessario, ma sapendo che dobbiamo guardare non più e non solo all'entroterra storico, ma alla prospettiva e al nostro domani.

Dunque facciamo una sollecitazione, non solo a invertire e correggere rotte autonomistiche e progressiste, perché avvertano fino in fondo i rischi e il far perdurare una siffatta situazione, si prospettano alla nostra autonomia, alle nostre popolazioni; per non tornare dunque indietro, per dare realmente un esempio e un punto di riferimento per tutte quelle altre località e quelle altre minoranze nazionali, che vogliono avere anche esperienze cui riferirsi per esprimere legittimamente anche le loro prerogative, per consegnare, in sostanza, sempre di più ai cittadini l'autonomia e il suo contenuto migliore.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Hosp. Ne ha facoltà.

HOSP: Werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß eine Haushaltsdebatte, wie sie hier abgewickelt wird, wahrscheinlich in regionalen Körperschaften anderswo - ich meine außerhalb dieses Staates, bzw. dort, wo man mit den federalistischen Prinzipien bereits einen Schritt weiter ist, als man es hier ist - wohl schwerlich anzutreffen ist; denn über den eigentlichen Inhalt des vorgelegten Haushaltsvoranschlages ist - und ich habe den Großteil der Debatte bisher verfolgt - wohl kaum ein Wort gefallen. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß das Zahlenspiel ein bescheidenes ist; ist darauf zurückzuführen, daß diese Region nun einmal jene ist, wie wir sie kennen. Und wenn der Herr Kollege D'Ambrosio fast

einen Hilferuf ausgesprochen hat, "was sollen wir mit dieser Region tun", ich glaube sie auszubauen, ihre Kompetenzen zu erweitern, also einen Schritt zurück in die Vergangenheit zu machen, das müßten die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien alleine tun. Hier glaube ich, würden wir von der Südtiroler Volkspartei nicht einen einzigen Schritt näherrücken können, noch näherrücken wollen; denn der historische Auftrag, den wir zu erfüllen haben, ist der, wie wir ihn auch durch ein internationales Abkommen gerechtfertigt ausgewiesen bekommen haben; nämlich der des Schutzes einer ganz kompakten und konkreten Volksgruppe, die nicht eingebettet werden kann in Mehrheiten, wie sie beispielsweise die Region in der Vergangenheit mit umfangreichen Kompetenzen und auch heute mit den leidlichen Kompetenzen - die sie eben hat - waren. Ich möchte aber nichts desto trotz feststellen - sehr verehrter Herr Präsident des Regionalausschusses - daß Ihr Bericht mit großer Anteilnahme, mit fachmännischen Können und auch mit bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt worden ist, und daß sie in den Mittelpunkt Ihres Berichtes unter anderem auch hineingefügt haben, daß die Mitwirkung an der Verfechtung des Regionalgedankens gegenüber dem Zentralstaat - und wir stehen einem Zentralstaat gegenüber - in Zukunft einen stärkeren Aspekt haben sollen, als es die Region bisher zu tun vermochte oder zu tun gewollt hat. Leider Gottes steht hier der Herr Präsident des Regionalausschusses, sicherlich auch die mit ihm Verantwortungstragenden Mitglieder des Regionalausschusses, im Kontext der anderen politischen Verantwortungsträger in der Region - insbesondere im Teil Trentino - etwas anders solchen Aussagen gegenüber; denn ansonsten wäre es nicht möglich gewesen - und ich möchte mich hier nicht über Gebühr aufhalten - daß beispielsweise in der

zuständigen Zwölferkommission das Anliegen Telekommunikation so mir nichts dir nichts einstimmig überstimmt bzw. zurückgewiesen worden ist. Die Telekommunikation ist sicherlich etwas ganz neues; im Jahre 1964/65 als auf dem bekannten Verhandlungswege die neuen Bestimmungen einer besseren und gerechteren Autonomie ausgehandelt worden sind, waren wir auf diesem Gebiet noch auf weiter Flur, wir wußten davon noch ganz wenig. Wir wissen aber heute, daß die Telekommunikation - und es gibt Beispiele genug - in anderen föderalistisch geleiteten Gebieten Europas, daß diese Telekommunikation im vollem Ausmaße ihres Sinnes - und hier möchte ich dem Kollegen D'Ambrosio, der anderer Meinung war, ebenfalls widersprechen - auch von uns angemeldet werden, nicht nur darf, sondern muß, weil es ganz einfach in die ursprünglichsten Agenden einer Selbstverwaltung - wenn man sie richtig verstehen will - gehört. Hier möchte ich den Freunden der Trentiner-Tiroler Volkspartei - angeführt vom Kollegen Tretter - aber auch allen anderen Wohlmeinenden im Landtag der Provinz Trient Anerkennung zollen, dafür, daß sie mit der Zeit mitgedacht haben und zu ihrem eigenen Vorteil, aber auch mit zu unserem Vorteil, mit uns gemeinsam um eine Agenda kämpfen, die es braucht wenn man überhaupt künftighin von Autonomie reden will; nicht nur das, aber auch braucht im Sinne des Autonomiebegriffes wie er für die Südtiroler ausgehandelt worden ist und in einem internationalen Abkommen gedacht war (denn in jenem Autonomiebegriff war nicht etwa die Konzeption vorhanden, lediglich einer einfachen Selbstverwaltung, sondern ganz sicher - wie es aus dem Englischen ableitbar ist und wie unser Fraktionssprecher Dr. Benedikter bereits ausgeführt hat - der Begriff der Selbstregierung). Die Reform der örtlichen Autonomien wurde ebenfalls angesprochen, und ich glaube, daß hier ebenfalls der Herr

Präsident der Regionalregierung recht hat, wenn er sagt, daß darauf alle Verwalter und alle Bürger warten. Die Versprechungen diesbezüglich ziehen sich von Jahr zu Jahr hinaus: im Parlament, wie wir wissen, ist dieses Anliegen noch nicht einmal behandelt worden, wohl aber hat man bereits viele Worte darüber verloren. Seit 1972 haben wir es auch auf dem Gebiete der Finanzausstattung mit einem Provisorium zutun, und das ist negativ für alle sich verwaltenden Körperschaften, insbesondere für die Gemeinden. Was die Talgemeinschaften anbelangt, so glaube ich, ist es ebenfalls an der Zeit, daß man sich Gedanken macht hier die Befugnisse klar festzulegen und abzugrenzen, damit die Talgemeinschaften aus ihrem Sein zwischen nicht Fisch und nicht Fleisch herauskommen. Der Herr Präsident hat in seinem umfassenden Bericht auch darauf hingewiesen, daß man es riskieren sollte, ein Regionalgesetz zur Form der derzeitigen veralteten Gemeindeordnung im Sinne moderner Konzeption der Unmittelbarkeit der Bürgernähe, zu beschließen; zu verabschieden, auch wenn man es riskieren müßte, und das ist ganz offenkundig, daß der Staat ein solches Gesetz dann zurückverweist. Ich erachte diese Aussage als positiv. Ich wünsche mir aber, daß die gleiche Regionalregierung, und die gleichen Verantwortlichen, auch den gleichen Mut hinsichtlich der noch ausstehenden Kompetenzen für eine volle Autonomie Südtirols, und parallel dazugeschaltet natürlich des Trentino, beweisen, indem man immer mehr hinarbeitet auf die Mehrung der Kompetenzen, und auf die Beschneidung der Kompetenzen des Zentralstaates der mit den Kompetenzen vielzuweit weg ist vom Bürger, das Mißtrauen ständig nur anwachsen läßt und längst schon den Beweis erbracht hat, daß er nicht in der Lage ist (und das ist nicht ein spezifisches Gebiet nur der Republik Italien, das ist ein Gebiet aller Zentralstaaten, die es zum Teil in Europa in der

gleichen Form noch gibt), die Wünsche der Bürger und die Schmerzen und Vorstellungen der Bürger gerecht zu lösen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir unter Autonomie nicht nur etwa die Verwaltung delegierter Kompetenzen verstehen, sondern, daß wir uns schon die Freiheit nehmen, unter Autonomie Selbstregierung zu verstehen, wie es aus der Lehre hervorgeht, und wie sich jeder selbst davon überzeugen kann, wenn er sich mit den wissenschaftlichen Begriffen "autonomy" - im englischen Sinne - auseinanderzusetzen die Mühe gibt. Hier ist eher eine quasi Souveränität angesprochen als lediglich das Erfüllen von aufoktroierten Verwaltungsaufträgen. Ich begrüße sehr die Neuregelung der nicht Wählbarkeit und der Unvereinbarkeit von Ämtern, wie dies im Regionalgesetzentwurf zur Abänderung des Textes über die Wahl der Mitglieder der Gemeindeorgane vorgesehen ist. Ich glaube - und gebe der Hoffnung Ausdruck - daß dieses Gesetz auch sehr bald die Hürden dieses Hauses nehmen möge, weil man eben vor allem in den Gemeinden Südtirols - und ich glaube es ist sicherlich in den Gemeinden des Trentino nicht anders - nicht auf die guten Leute verzichten kann, die in den Vereinigungen und in den Verbänden auf Gemeinde- und Dorfebene ihr Bestes erbringen und die dann - wenn es darum geht -, auch in offizieller Form in einem Gemeinderat Verantwortung zu übernehmen, durch eine Unvereinbarkeit, bzw. sogar durch eine nicht Wählbarkeit, von diesen Ämtern ausgeschlossen worden sind. Ich möchte dem Regionalausschuß auch danken für die Vorlage dieses Entwurfes, den wir uns eben in absehbarer Zeit - wie ich hoffe - auch vornehmen können, und der dann zur Zufriedenheit - wie zu hoffen ist - auch verabschiedet werden möge. Die Reform der örtlichen Autonomien auf die alle Verwalter und Bürger warten, von der habe ich bereits gesprochen.

Der Präsident spricht in seinem Bericht auch von der Region als einer Stätte der Begegnung europäischer Menschen in einer europäischen Region und er verbindet mit den Zukunftsperspektiven der Region auch einige grundlegende Gedanken, die ihren Ausfluß haben, aus einer Anerkennung von Werten - wie sie heutzutage leider Gottés vielfach klein geschrieben werden - wie sie der Herr Präsident jedoch in vorbildlicher Form hervorhebt, indem er von der Achtung der Eigenheiten, der Besonderheiten, von der Achtung des Anderssein einer jeden Volksgruppe spricht. Er erinnert an die Werte der Erneuerung des Zusammenhalts, ja sogar an die Werte der Zivilcourage und vor allem auch des sittlichen Mutes. Wenn ich von den Werten des sittlichen Mutes ausgehe, (ich finde das einen ausgezeichneten Ausdruck, um viele Unbehagensmomente auszudrücken, die heute uns - vor allem die Südtiroler - ich meine hier die Deutsch- und Ladinischsprechenden, bedrücken), wenn der Herr Abgeordnete D'Ambrosio vorhin etwas süffisant über die Pressekonferenz der SVP jüngst in Rom gesprochen hat, wenn der Herr Abgeordnete D'Ambrosio beispielsweise auch ganz sonderbare Spekulationen über den Rücktritt unseres verehrten Abgeordneten Riz aus der Sechser- und Zwölferkommission gesprochen hat, so möchte ich es nicht verabsäumen, hier einiges Grundlegendes zu sagen. Diese Pressekonferenz der SVP in Rom ist nicht aus heiterem Himmel gekommen. Die SVP drängt sich nicht zur Interessantmacherei, wie es vielleicht manch andere machen, beispielsweise die Alternativen, die sogar nach Rom gehen und sich eines weltbekannten Sportlers bedienen, der sich als Steigbügelhalter dafür betätigt, und die sogar in der Länge sind einem so hoch geschätzten Mann wie dem Staatspräsidenten Pertini unter vielen anderen Dingen auch ein paar handfeste Lügen zur Stimmungsmache gegen uns aufzutischen. Ich

erinnere daran, daß davon gesprochen worden ist, daß sich 5.000 geweigert hätten, in Südtirol 81 die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abzugeben. Das ist eine Lüge: 5.000 waren nicht Erklärte. Davon haben sich - was in den statistischen Unterlagen nachzulesen ist - 740 geweigert. Warum? Das sei hier dahingestellt. Aus guten Gründen oder auch aus aufoktroierten, aus aufgeschwätzten Gründen. Es waren etwa 1.900 im Ausland, die waren nicht in der Lage, sich zu erklären. Es waren weit über 1.000 Minderjährige, für die die Eltern die Erklärung nicht haben abgeben müssen, weil diese Minderjährigen, sobald sie 18 werden, ja dann die Freiheit haben, sich zu erklären, oder auch nicht zu erklären mit allen Nachteilen. Es wurde auch gelogen dahingehend, daß es hieß, daß diejenigen, die sich nicht erklärt hätten, von den Studienstipendien ausgeschlossen werden. Auch in den Zeitungen wurde das geschrieben. Das ist eine Lüge, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Und um hier auch noch ein ganz besonderes Stück darzulegen - wie man es in den Zeitungen ernst genommen hat - möchte ich hier etwas verlesen, was eine römische Zeitung geschrieben hat, die den Herrn Regierungschef Craxi ersuchte, er möchte, wenn die SVP spricht - unser Parteiobmann Magnago mit seinen Delegierten bei ihm vorspricht -, ihnen die kalte Schulter zeigen. Siamo certi che dirà agli austriaci anche questo:

1. l'Alto Adige è Italia, gli altoatesini sono fra tutte le minoranze etniche la meglio trattata nel mondo.

Offensichtlich ist es dieser römischen Zeitung noch nicht gelungen, über die Grenzen Italiens hinauszusehen; noch nicht gelungen, dort hinzufahren, wo viele von uns schon waren, beispielsweise auf den Ahlandinseln; noch nicht gelungen, in Südschleswig oder in Nordschleswig

zu sein; noch nicht gelungen, in anderen Minderheitengebieten zu sein, wo es ebenfalls einen Minderheitenschutz gibt, und nicht nur hier.

2. non esiste una questione internazionale dell'Alto Adige, esiste caso mai una questione nazionale dell'Alto Adige, come potrebbe esistere una questione della Sicilia o della Sardegna, se chiedessero al Governo centrale particolari considerazioni in alcuni settori; Vienna non c'entra e non ha più nulla da dire in Alto Adige proprio in base all'accordo Degasperi-Gruber.

Ein Völkerrechtler wie sie alle merken, und ich erspare mir jeglichen Kommentar.

3. l'accordo Degasperi-Gruber sebbene menzionato nell'articolo 10 non fa parte del Diktat, è un atto bilaterale che riguarda solo i due contraenti: l'Italia che sostanzialmente ha adempiuto a tutti i suoi impegni, e l'Austria che col rivendicare il territorio altoatesino ha violato il solo impegno vincolante, quello incontrovertibile che l'Alto Adige è terra italiana.

Dazu ist zu sagen - und das wissen die meisten von Ihnen - daß das Abkommen Gruber-Degasperi vom Jahre 46 als Annex 4 in den Friedensvertrag der alliierten und assoziierten Mächte mit Italien eingegangen ist, und daß es deswegen müßig ist hier Spekulationen anzustellen, als wäre das Problem kein internationales. Denn die UDSSR, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten sind bis auf weiteres Garanten; und es ist deswegen natürlich auch einiges Positive wie einiges Negative damit verbunden. Bei aller allfälligen Grenzantastung wären sie natürlich auch die Garanten, auch das ist natürlich zu berücksichtigen. Auf jeden Fall ist das Südtirolproblem nicht - wie es der Kollege von der Neufaschistischen Partei, wo ich ja ohnedies weiß,

daß ihnen das aus den Herzen geschrieben ist -, ein nationales Problem; sondern es ist - und selbst die Aussagen einiger hochrangiger und hochkarätiger italienischer Politiker der jüngsten Zeit sprechen dafür -, tatsächlich ein internationales Problem. Gott sei Dank, sonst würden wir nicht die Gelegenheit haben, in diesem ehrwürdigen Gremium noch in unserer Muttersprache zu reden, wofür wir selbstverständlich dankbar sind; aber was nicht ein Grund ist, im Sinne der uns zustehenden Rechte, auch noch bis zur Neige alles zu fordern, alles zu verlangen und auch alles mit Hilfe des Staates, der sich der Demokratie verschrieben hat, mit Hilfe unserer Schutzmacht "Osterreich" und mit Hilfe der Freunde in der Welt, die wir durch besonnenes Taktieren auch noch haben, zu erreichen.

4. la Volkspartei quando minaccia di portare la questione dinanzia all'ONU commette un delitto contro l'integrità del territorio nazionale e come tale contemplato dal codice penale. Stellen sie sich vor; da gibt es eine internationale Organisation von Staaten in deren Vollversammlung, in deren Sicherheitsrat, in deren Menschenrechtskommission, in deren verschiedensten Unterorganisationen und Kommissionen gerade die Probleme, die Konflikte jeglicher Natur auszutragen sind! Und da will uns ein Schreiber in einer römischen Zeitung weismachen, wir würden hier, wenn wir es wagen würden (zum gegebenen Anlaß was ja schon in der Vergangenheit einige Male der Fall war), hier als kleine Minderheit in einem mächtigen Staate ein internationales Gremium anzurufen, mit dem Strafgesetzbuch der Republik in Konflikt geraten. Fürwahr, ein Beispiel glaube ich - unter vielen herausgegriffen - das es unterstreicht, wie wichtig es ist, auch manchmal zum Gegenangriff anzuholen bzw. auch manchmal die

internationale Welt darüber aufzuklären, wie kleinkariert manche, Gott sei Dank nur manche, sein können. Aber trotzdem wir müssen uns dagegen verwehren. Wenn ich von solchen Dingen spreche - wie ich sie jetzt hier zitiert habe - dann möchte ich auch abschließend noch vermerken, daß als Abschluß in diesem Artikel steht, es ist höchste Zeit, daß Italien diesen Pariser Vertrag kündigt. Nun ich habe bereits gesagt er steht unter der...

Unterbrechung

HOSP: "Il corriere di Roma"; welche Zeitung es immer ist, sie haben alle die Pressemappe - zumindest im Südtiroler Landtag bekommen -, und sie haben natürlich teilweise in den Zeitungen noch schlimmeres gelesen. Ich habe hier einen Artikel mittlerer Güte herausgeholt - bewußt -, alle können beweisen, daß es auch schlimmeres gibt...

Unterbrechung

HOSP:...Selbstverständlich können wir Fotokopien herumreichen. Es tut mir aufrichtig leid, in diesem Kontext mag auch der Umstand liegen, daß - ich habe es aus der Zeitung entnommen -, möglicherweise (ich weiß es nicht, wer hier Pate gestanden ist), mein Umstand, daß ich als Landeskommandant der Schützen das Vertrauen von 5.000 Südtiroler Schützen bekommen habe, dazu geführt hat, daß mich die Wahlprüfungskommission im Regionalrat Trentino-Südtirol um allerhand, um eine notpeinliche Darlegung meiner Situation gebeten hat. Das ist in sehr höflicher Form durch die Präsidentin geschehen, und ich habe selbstverständlich Statuten und dergleichen auch übersandt. Nur ist es doch höchst fraglich, daß gerade ein gewählter Vertreter eines einzigen

Verbandes, von vielen dutzenden Verbänden und Vereinen in Südtirol, da so unterfragt wird; und da liegt ein gewaltiges Mißtrauen dahinter, das ich in aller Form zurückweisen möchte. Und ich habe auch erfahren, Kollege Mitolo, was sie in der Kommission alles an Unzulänglichkeiten und an zweifelhaften Dingen über das Schützenwesen in Südtirol gesagt haben. Das ist ihre Sache, meine Sache ist es, hier in höflicher aber in dezidierter Form das zurückzuweisen; denn sie können mir keinen einzigen Fall sagen, wo in Südtirol der Schützenbund oder ein offizielles Gremium des Schützenbundes je die Parole der Gewalt, je die Parole des zivilen Ungehorsams oder etwas ähnliches ausgegeben hat. Wohl aber, möchte ich sagen, hat die Parole des zivilen Ungehorsams im Jahre 1981 beispielsweise die neulinke Abteilung in Südtirol - Herr Langer und seine Konsorten - ausgegeben, als sie aufgerufen haben, bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu streiken. Und ich glaube, das haben sich in keiner Weise andere Verbände oder Vereinigungen in Südtirol je erlaubt, zum zivilen Ungehorsam gegen geltende Gesetze - noch dazu gegen das geltende Verfassungsgesetz - aufzurufen. Die Geschichte unserer Tiroler Heimat zu vergegenwertigen, und sie mit Sinn für die Gegenwart zur Heimatliebe zu verschmelzen, - lieber Kollege Mitolo - das ist eine der Hauptaufgaben des Tiroler Schützenwesens. Diese Werte zu schützen, sind die Schützen bestrebt und zwar schon seit vielen, vielen Jahrhunderten; und sie bewahren diese Werte. Dies heißt jedoch nicht, starre Positionen, etwa des ewig Gestrigen einzunehmen und zu verteidigen. Sondern diese Werte zu wahren heißt, unsere Eigenständigkeit, für deren Mehrung wir uns allerdings unentwegt einsetzen, Recht zu verstehen und sie aus dem Geiste der Toleranz und dem Geiste einer modernen Weltoffenheit zu schützen. Dabei soll ruhig

auch betont werden, daß ich auch jedes Mal, wenn in Südtirol eine neue Einheit ins Leben gerufen wird - und es sind jetzt eine ganze Reihe muß ich sagen - dies als einen aktiven Schutz unserer Volksgruppe betrachte und auch würdige. Und was ist es, nun frage ich, dieses tirolische Gepräge das so manchen nicht ins Konzept paßt und das die Schützen - aber nicht nur die Schützen in Südtirol -, sondern alle Südtiroler bis auf wenigen Ausnahmen heute noch wollen? Ist es nur ein Aufdruck, wie er nahezu jedem Souvenir nördlich und südlich des Brenners vielleicht aufgeprägt ist? Ist es ein gefälliger Sammelbegriff für Folklore zwischen Achensee und Salurner Klause? Ist es die Staffage von Trachtenumzügen, wie sie hauptsächlich für Touristen organisiert werden? Ich glaube diese Beiwerte sind nicht zu leugnen, man kann sie nicht wegdisputieren, denn es gehört nun einmal zum Wesen der Schützen, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, angetan mit ihren schönen Trachten, geordnet in Umzügen. Und es hat offensichtlich gefruchtet, auch am 9. September; dann was sich da an Rage gegen die Tiroler schlechthin inszeniert hat - obwohl es ein geordnetes Auftreten war, und wir in der Welt sicherlich einen guten Anteil an Ansehen damit eingelegt haben -, möchte ich hier auch nicht weiter ausführen. Aber dieses Gepräge ist Beiwert und nicht Hauptsache. Hauptsache - und das möchte ich auch in diesem Gremium einmal sagen - ist das Bekenntnis zur Heimat. Das öffentliche Bekunden der Tatsache, daß Tirol nach wie vor das Leitmotiv unseres Handelns ist, daß wir - und das war uns lange Zeit dank schwärzester Kapitel in der Geschichte auch verwehrt - uns die Freiheit nehmen, zuerst wieder einmal Tiroler und dann erst Staatsbürger zu sein, wenn auch die Südtiroler natürlich wie viele Beispiele zeigen und all die Vereine in Südtirol, und ich rede hier insbesondere von den

Schützen, die ja über meine Person in dieser Wahlprüfungskommission angegriffen waren, ihren Beitrag innerhalb der Gesellschaft zu leisten bereit sind, und dies niemals negiert haben. Und so also ist das Wort vom tirolischen Gepräge zu verstehen. Und nur Ubelmeinende können uns vorwerfen, es sei nationalistisch - wie der Herr D'Ambrosio es heute wiederum recht drastisch ausgedrückt hat -. Aber es ist gar nicht so leicht das tirolische Gepräge nicht nur zu zeigen, Kolleginnen und Kollegen, sondern dieses tirolische Gepräge auch zu leben. Denn das Nachgeben ist nie leichter gewesen als heute, nachgeben gegenüber modischen Seeligkeiten, die uns auf den Präsentierteller des Herdentriebes angeboten werden und die uns jeden Tag weismachen wollen, es genüge etwa im ideologischen Supermarkt - deren wir genügend haben -, ein paar Halbwahrheiten zu erstehen, und schon sei man ein fortschrittlicher Mensch; die uns weismachen wollen, daß das einzige lebens- und erstrebenswerte der Überbau der äußeren Lebensumstände und des rein wirtschaftlichen Wohlergehens sei, gleich in welcher ethnischen Verpackung, "Mischkulturparole". Wir Südtiroler haben die Akzente freilich anders gesetzt und wir werden sie - so hoffe ich -, auch in Zukunft immer wieder anders setzen. Für uns kam und kommt immer zuerst unser Schicksal als Minderheit in einem fremd-nationalen Staate. Und das ist geprägt durch eineinhalb Jahrtausende der Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und zum deutschen Kulturraum - für die Ladiner durch eine noch viel längere Traditionsstrecke in ihrer eigenen Kultur -. Und in diesem Raum - der durch den Begriff Tirol enger eingegrenzt und erst richtig heimatlich wird - fühlen wir uns heimisch und die Überzeugung, die aus diesem Wissen erwächst, lenkt unsere Schritte im Tiefsten. Dessen glaube ich, werte Kolleginnen und Kollegen, müßten bei einigen

gutem Willen - ganz unabhängig von den ideologischen Zugehörigkeiten - auch Sie sich bewußt sein. Die Mailänder Proklamationen - für manche von Ihnen wahrscheinlich nicht mehr ganz präsent - die provisorische Lombardische Revolutionsregierung die im März 1848, zusammengestellt aus tapferen Männern, ihre Unabhängigkeit von Osterreich und den Anschluß Oberitaliens an einen zu bildenen gesamtitalienischen Nationalstaat erklärt hatte, versicherte damals den Tirolern, als bewaffnete italienische Freischaren zum Angriff auf das Trentino, auf Welschtirol antraten folgendes: Nie werden wir die Grenzen Welschlands überschreiten. Wir wollen unsere Freiheit aber zugleich die Freiheit aller Länder und vor allem die Freiheit Tirols. Trient ist italienisch und soll italienisch sein; Bozen ist deutsch und wird immer deutsch bleiben, denn unser Wahlspruch ist Selbstständigkeit und Freiheit der Völker; Mailänder Proklamation vom Jahre 1848. Ich frage nun: Haben wir Fortschritte gemacht oder haben wir Rückschritte gemacht? Wenn angesichts solcher Entwicklungen ein Idealist, zugegebenermaßen, Namens Langer, gestern hier sich stark gemacht hat für eine Kultur der Mehrsprachigkeit, so mag das seinem weltbürgerlichen Idealismus entsprechen. Ich kann mich nur redlich dagegen verwehren, weil ich eine andere Meinung habe. Es ist sein gutes Recht, wie es das gute Recht anderer ist, ihre Anschauungen in dieser Hinsicht zum besten zu geben, zu verteidigen und zu erkämpfen. Weltbürgerlichkeit ist ein Idealismus, das Gegenteil davon wir heute als hinterweltlerisch, als hinterm Berg stehend, als vorgestrig hingestellt. Ja können wir denn nicht zugleich zumindest um Verständnis ersuchen, wenn wir der Meinung sind - aufgrund ungünstiger Erfahrungen aus der Vergangenheit - daß wir als Volksgruppe nur zu Überleben vermögen, wenn wir geschlossen, wie wir es in der

Vergangenheit praktiziert haben, - und das hat uns auch einiges Ansehen in Rom, in Wien und anderswo eingebracht -, in demokratischer, interner Meinungsbildung glauben, daß es für uns eben überlebenswichtig ist, zuerst einmal in der eigenen Kultur fit zu sein, um dann die Kultur, mit der wir uns überschneiden, die uns umgrenzt, mit der italienischen Kultur, die eine erlernenswerte, eine wertvolle und eine schöne ist, zu treffen. Aber nicht gleich bei den Kleinen schon anfangen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, zu vermischen und nocheinmal zu vermischen. Sie müssen bedenken, unsere Kinder in den Tälern und Berggemeinden, die haben ja keine deutsche Muttersprache im hochsprachlichem Sinne. Diese Hascherlen, wenn sie in den Kindergarten gehen, die reden ja ihren muttersprachlichen Dialekt, den wir gleichzeitig auch pflegen wollen. Da müssen sie sich erst einmal in die Hochsprache, ins Deutsche einlernen und dann erst - wie die Erfahrung zeigt - so ab der zweiten Schulstufe in der Grundschule, sich fleißig und mit elterlicher Unterstützung der Erlernung der zweiten Sprache annehmen. Ich glaube die Südtiroler haben schon bewiesen, daß sie in der Lage sind, das Italienische zu verstehen - teilweise auch gut zu sprechen - aber die guten Mitbürger in Südtirol italienischer Muttersprache haben es leider Gottes weitgehend versäumt, dasselbe zu denken; gleich weltoffen und europäisch zu denken, wie die Südtiroler schon seit langer Zeit es tun, so Hinterweltlerisch und so hinterm Berg stehend man uns auch da und dort abtun muß. Wenn der Herr Micheli glaubt von einer vierten Gruppe reden zu müssen, dann ist das - lieber Kollege Micheli - entweder ein Mißverständnis, ein Umstand daß sie sich mit der Situation nicht ausreichend befaßt haben bzw. ein Umstand daß sie etwas erfinden wollen, das es in der Geschichte nicht gegeben hat und wir natürlich zur

Erfindung auch gar nicht zulassen. Sie verschanzen sich da hinter einer weit hergeholtten und mißverstandenen Idee eines Mitteleuropa. Diese Idee ist beachtenswert, sie ist zu respektieren. Sie wissen aber alle - liebe Kolleginnen und Kollegen - wie diffus diese Idee heute noch ist, wie gut sie es meint. Aber unter keinen Umständen darf man sie dafür herhalten, daß in Südtirol etwa eine vierte Gruppe von Protestierern, oder von solchen entsteht, die einfach aus Verhetztheit oder aus Opportunismus oder aus einem Übermaß an Verantwortungsablehnung, nicht wissen, wo sie hingehören, und ganz einfach sich als eine vierte Gruppe einstufen lassen möchten. So geht es auch nicht. Mich hat es auch sehr enttäuscht - um dies auch einzufügen - daß gerade der Herr Micheli den vorliegenden Gesetzentwurf für die Änderung des Gesetzes über die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates dahingehend kritisiert hat, daß wir - die SVP - dazu beigetragen hätten, mit der DC zusammen hier auf regionaler Ebene eine Verschlechterung der Situation bei den Gemeindewahlen betreffend die Region Trient - bzw. die Provinz Trient -, herbeizuführen. Ich möchte hier, wenschon, den Spieß umdrehen und mein großes Erstaunen hier ausdrücken, daß ausgerechnet der Herr Micheli von der sozialistischen Partei, die ansonsten in Minderheitenfragen schon aus der Tradition ihres Bestehens heraus sehr weitmaschig und, ich möchte fast sagen, der Zeit jeweils voraus war, mit einem Atemzuge auch jene Änderung zum genannten Gesetzesantrag unterschrieben hat, wo für die Kandidatur in Südtirol bei den Gemeindewahlen wiederum jene "ad hoc" Erklärung zugelassen werden sollte, die in der Vergangenheit Tür und Tor geöffnet hat zu Spekulationen: einmal war einer Ladiner, um in den Gemeindeausschuß zu kommen; einmal war einer plötzlich auch Italiener, um den Vorteil zu haben, aufgrund der gerechten Klausel, die zum Schutze

der Sprachgruppen drinnensteckt, in den Ausschuß zu kommen; kurz um Opportunismen Vorschub zu leisten. Daß gerade Leute vom PSI, und noch mehr staune ich, daß Leute, die sich als Zugehörige einer Autonomia Integrale erklären - wie der von mir geschätzte, und in Autonomiesachen sehr kämpferische, Kollege Fedel -, hier ihre Unterschrift geben können, das beweist, daß sie ganz einfach entweder über die Sache und die Tragweite nicht bescheid wissen, oder ganz einfach sich etwas Negatives haben von Leuten aufschwätzen lassen, die da ihren Kampf mit den ethnischen Käfigen fortsetzen wollen; die da - um es kurz zu sagen - eine Krankheit, ein Sprachgruppensyndrom in Südtirol mit Gewalt fortzuwälzen, das es gar nicht gibt. Hier komme ich - Herr Mitolo - zu dem was ich Eingangs gesagt habe, wenn nach meiner Vereinbarkeit mit dem Amt eines Regionalrats als Landeskommandant der Schützen gefragt war und ich habe mich nie einer Gesetzesübertretung schuldig gemacht und auch meine Mitverantwortlichen bei den Schützen nicht. Wir haben einen Verband übernommen, der seit Jahrhunderten eine Tradition aufrecht erhält und bemühen uns, ihn auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Mit welchen Aufgaben, das habe ich ausführlich - verzeihen sie mir, daß ich so ausführlich war, aber ich glaubte es ihnen schuldig zu sein -, erklärt. Wir haben nie zum zivilen Ungehorsam aufgerufen, wohl aber hat zum zivilen Ungehorsam - im Jahre 1981 - die Neue Linke in Südtirol aufgerufen. Ich möchte dazu präzisieren: Der Artikel 89 des Autonomiestatuts sieht ja die Zugehörigkeitserklärung zu einer der drei Sprachgruppen, zur deutschen, zur italienischen oder zur ladinischen, für die Verteilung der öffentlichen Stellen - im Pariser Abkommen bereits verankert - verbindlich vor; ebenso der Artikel 15 zur Verteilung von Mitteln, zu sozialen und auch

zu kulturellen Zwecken.

Hinzugefügt sei noch, daß es zu den Bestimmungen des Autonomiestatuts gleichrangige Durchführungsbestimmungen der Staatsregierung in Rom gibt, an deren Befolgung in einem Rechtsstaate, meines Erachtens, solange dies aufrecht ist, kein Weg vorbeigeht. Wer es, wie damals Herr Langer, also wörtlich getan hat, den ethnischen Proporz als eine landesweite Perversion beschimpft, der sagt damit zugleich, daß das Autonomiestatut in seinen wesentlichen Bestandteilen pervers sei, denn der Proporz ist durch das gesamte Autonomiestatut durchgewebt - wie ein roter Faden - genau gesagt, der Proporz steckt in 21 Artikeln des Autonomiestatuts ausdrücklich drinnen. Ich betone nochmals, das Autonomiestatut ist Verfassungsgesetz, darüber besteht kein Zweifel. Die dazugehörenden Durchführungsbestimmungen stehen dem Autonomiestatut im Range der Verfassung nicht nach. Nun kann man natürlich zur Revision auch eines Verfassungsgesetzes selbstverständlich einen ebenfalls nur in der Verfassung vorgesehenen Mechanismus in Gang setzen. Das ist den demokratischen Kräften unbenommen, das ist gute Gepflogenheit, das aber hat ja der Herr Langer - Kollegin Emeri - nicht getan. Er rief 1981 mit seinen Neulinken und Radikalen, und weiß Gott mit welchen Genossen, zur Verweigerung der Zugehörigkeitserklärung, also zum offenen zivilen Ungehorsam auf; und er stand außerhalb der Verfassung da, was übrigens keinen der ansonsten hierzulande...

Unterbrechung

HOSP: ...das war viel, viel später und das ist offensichtlich keinen der ansonsten hierzulande sehr aufmerksamen Gesetzeshüter aufgefallen.

Unterbrechung

HOSP: Das ist aber erst im nachhinein geschehen, und es ist noch

fraglich, ob der Staatsrat hier seine Entscheidung auch nach allen Seiten genügend verfassungsrechtlich abgesichert hat. Es ist schon ein starkes Stück, wenn ein Herr Langer uns im Zusammenhang mit der Proporzverteidigung Hetzkampagne vorwirft und damals - sie wissen es alle - mit dem Begriff "Option" über die Zentnerworte "Rassismus, Apartheid, Gift, Perversion, jüngst libanon-ähnliche Zustände usw." zum völkischen Kataster, zu den ethnischen Käfigen um sich geworfen hat. Ich möchte gar nicht reden, welche Kollektion an buten Schlagworten linker Prägung hier gefallen sind. Aber der Aufruhr zur Verweigerung der Erklärung über die Sprachgruppenzugehörigkeit, an der heute gar manche junge Leute leiden, ging direkt gegen ein Verfassungsgesetz der Republik. Wenn also Herr Langer aus seiner Ecke Option schreit, dann müßte man ihm, auf der Grundlage der Verfassung stehend, glatt Anarchie entgegenrufen. Es gilt aber abzuwiegeln statt aufzuwiegeln, bin ich der Meinung. Das Aufwiegeln ist nicht unsere Sache. Wir sind - Frau Emeri sie können ruhig lachen - immer nur herausgefordert, uns zu wehren. Aufwiegeln tun ganz andere. Denn es ist keine Aufwiegelung, wenn in Südtirol die Vereine sich entwickeln, wenn in Südtirol offen, nach dem Recht und Gesetz erlaubt, von Heimatliebe und Verbundenheit mit dem Brauchtum geredet wird. Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, die hat ja nicht in jedem Fall ein Bekenntnis zur Muttersprache sein müssen - wie es beispielsweise in der Schweiz seit Jahrzehnten bei Volkszählungen praktiziert wird - es hat ja ein psycho-soziales Näheverhältnis zu einer der drei Sprachgruppen genügt, um dieses Bekenntnis so oder so abzulegen. Warum denn dann so viel Aufhebens, wenn nicht Taktik dahinterliegt. Ich sehe auch nicht ein, wieso es in

Mischehen - vor allem für Kinder aus Mischehen -, so unüberwindliche Schwierigkeiten und Seelenqualen bei der Sprachgruppenzugehörigkeit geben soll, einzelne Härtefälle ausgenommen, und ich kenne auch ein paar. Immerhin ist eine nicht minder schwerwiegende Entscheidung ja von den Elternteilen aus Mischehen für ihre Kinder bei der Frage der Einschulung der Kinder bereits getroffen worden und wird ständig weiter getroffen. Diese Entscheidung ist ja in der Regel ebenfalls grundsätzlich nichts anderes als eine Entscheidungsvorwegnahme der künftigen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Deswegen, und damit möchte ich dieses Kapitel abschließen, muß ich auch von dieser Warte aus den Vorwurf erheben, daß hier nichts als Agitation damit verbunden wird. Und wenn gestern ein teurer Toter Südtirols, der Journalist Klaus Gatterer nicht von ungefähr postum einen hohen Preis der Kerntner-Slovenen überreicht bekommen hat, so hat dieser Gatterer, den ja die Alternativen in unserem Lande sich so sehr zu vereinnahmen versuchten, wortwörtlich folgendes gesagt: Ich halte die Ermittlung der Volksgruppenzugehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe bei Volkszählungen für unerläßlich. Sie ist die Voraussetzung für jeden Volksgruppen- oder Minderheitenschutz. Ich zitiere weiter: Ich würde in Italien sogar zwei große Schritte weitergehen, erstens müßte bei Volkszählungen die Stärke aller Volks- und Sprachgruppen ermittelt werden und zweitens sollte die Volkszugehörigkeit neben der Staatsbürgerschaft in den Paß oder Personalausweis eingetragen werden. Ich erfahre aus den Ausweisen zwar, daß ich eine krumme Nase und eine Glatze habe und daß ich römisch-katholisch bin, aber wie soll ich wissen, daß der Herr Ceccutti ein Südtiroler ist und der Herr Kessler ein Italiener. Soweit der Herr Gatterer, der bestimmt nicht

unverfänglich ist in derlei Dingen, weil er einer der besonnensten und ausgewogensten Denker in Minderheitenfragen war. Zudem erinnere ich an das Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen der rassistischen Diskriminierung, das von den Vereinten Nationen 1965 angenommen und auch durch Gesetz dieses Staates rezipiert worden ist. Dort heißt es ausdrücklich: Besondere Maßnahmen die einzig zum Zwecke einer angemessenen Förderung gewisser schutzbedürftiger, ethnischer Gruppen getroffen werden, um ihnen gleichen Genuß oder gleiche Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sichern, gelten nicht als Diskriminierung. Wenn die Umstände es erfordern, ergreifen die Vertragsstaaten auf sozialen, auf wirtschaftlichen, auf kulturellen und auf anderen Gebieten besondere und konkrete Maßnahmen, um eine angemessene Entwicklung und einen angemessenen Schutz ethnischer Gruppen oder ihnen angehörige Einzelpersonen, hinsichtlich des vollen und des gleichen Genusses der Menschenrechte, zu gewährleisten. Wie stehts bei uns mit der Sprache? Es ist auch der Vorwurf laut geworden, daß wir (ganz abgesehen von Nationalismen, die wir da predigen würden, ganz abgesehen von den ganzen drum und dran um den großen Festzug in Innsbruck am 9. September, ganz abgesehen von Vorwürfen aus verschiedenen Lagern) versuchen würden, in Südtirol die Autonomie zu mißbrauchen, die italienischen Mitbürger in Südtirol in die Ecke zu drängen was unter keinen Umständen der Fall ist. Jeder Wohlmeinende müßte wissen, daß diese Autonomie jedem, ohne Unterschied der Sprache, zugute kommt, wenn er es nur versteht die Autonomie auch so auszulegen. Hier ist ein riesiger Nachholbedarf von Seiten aller politischen Kräfte, um die Mitbürger in dieser Hinsicht auch zu belehren. Es ist auch von Selbstbestimmung geredet worden, und es ist hier selbstverständlich bei

einer Generaldebatte, wo man ja - ich finde es zwar sonderbar, aber es ist demokratische Gepflogenheit - alles mögliche anschneiden kann. Da möchte ich dazu feststellen, daß die Südtiroler Volkspartei - und das ist hier von Beruferen bereits des öfteren unterstrichen worden - selbstverständlich, trotz des Bekenntnisses zu einer scheinbar und zifferweise zu erobernden und auszubauenden Eigenständigkeit, auf jenes Recht nicht verzichtet, das Selbstbestimmungsrecht heißt. Das Selbstbestimmungsrecht ist in unzähligen Papieren verankert; angefangen bei den Grundlagen zur Vorbereitung der Konferenz von Dumbarton Oaks, weitergeführt auf der Konferenz von San Franzisco, aufgenommen in die respektabelsten Artikel der UNO-Deklaration bzw. der UNO-Charta, aufgenommen auch in die Vertragsrechtskonventionen - die letzte beispielsweise von Wien - aufgenommen dann auch in die Menschenrechtspakte, die von fast allen Staaten - zumindest Europas - ratifiziert und rezipiert worden sind. Es hat sich praktisch von einem ganz gewöhnlichen Rechtsgrundsatz zu einem "jus cogens" entwickelt. In Sachen Selbstbestimmung ist leider eine widersprüchliche Haltung der Staaten und der Organisation der Vereinten Nationen, die eigentlich mit dem Selbstbestimmungsrecht umzugehen hätten, festzustellen. Der Dekolonisierungsprozeß wurde zwar unter dem Motto der Selbstbestimmung, wie wir alle wissen, der Völker vorangetrieben und, von einzelnen Fällen abgesehen, auch zum Abschluß gebracht. Gleichzeitig wurden und werden weiterhin Sezessionsbewegungen von Völkern und von Volksgruppen, (jüngst haben wir in Bozen ja eine Kostprobe gehabt von unterdrückten Völkern, die nach ganz anderen Methoden greifen, als beispielsweise wir als besonnenere Minderheit es tun könnten, auch weil es von unserer Moral aus nicht zugelassen ist) - auch wenn sie nach den UNO-Dokumenten und

den Helsinki-Akten die Voraussetzung zur Selbstbestimmung erfüllen würden - vom verwaltenden Staat unterdrückt, und von den Vereinten Nationen sowie von der Staatenmehrheit weitgehend ignoriert. Ich erinnere beispielsweise an Katanga, Biafra, ans Baskenland, Aritrea, Kurdistan, Ogaden. Viele andere Fälle in der Welt ließen sich aufzählen. Die Sowjetunion und zum Teil auch die Blockfreien machen sich zwar für die Selbstbestimmung alle Zeit stark, aber nur verbal, soweit die Bewegung gegen einen westlich orientierten Staat gerichtet ist, siehe Palestina, siehe Nordirland, siehe Bangla Dash. Hingegen werden von der Sowjetunion Unabhängigkeitsbewegungen im Einflußbereich der sozialistischen Staaten selbst weiterhin ganz brutal unterdrückt. Ungarn zum Beispiel, oder 68 CSSR, oder 79 Afghanistan, oder 81 Polen; und auch das ließe sich fortsetzen. Dabei wiederum lassen es die übrigen Staaten leider im allgemeinen bei Protesten bewenden, und die Vereinten Nationen sind aus vielerlei äußeren Umständen bezwungen, tatenlos zuzusehen. Ausgehend von der Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts - wie ich schon gesagt habe - zu einem Begriff des zwingenden Völkerrechts, zu einem "jus cogens", wird heute vielfach eine wohlmeinende, betone ich, aber leider nicht realistische Euphorie aufzubauen versucht, vor der ich auch warnen möchte, weil es für verantwortungsbewußte Politiker nicht tragbar ist, falsche Hoffnungen zu erwecken, oder falsche Hoffnungen zu schüren. Es ist Ausdruck politischen Verantwortungsbewußtseins derzeit nur das anstreben zu wollen, für dessen Durchsetzung zumindest minimale Chancen bestehen, kurz gesagt zwischen Real- und zwischen Idealvorstellungen zu unterscheiden. Etwas ganz anderes ist es natürlich, und das werden wir uns nicht nehmen lassen, auch Idealvorstellungen stets weiter zu verfolgen, dafür einzutreten, laut

darüber nachzudenken, daß sie nicht in Vergessenheit geraten und sich zum gegebenen Zeitpunkt auch dafür einzusetzen. In der Geschichte ist schließlich alles fließend, wir sind nicht der Mittelpunkt der Weltenläufe und nicht der Mittelpunkt der Geschichte. Daß der Selbstbestimmungsanspruch (die Faschisten, die hatten das schon in der Vergangenheit ein paar Mal serviert bekommen, glauben es aber immer noch nicht, Herr Mitolo, uns sind trotz einschlägiger Verfassungsübergangsbestimmungen immer noch eine Partei, die versucht uns in Rage zu bringen bzw. Minderheitenrechte und Selbstbestimmungsrechte uns wegzuschwätzen, weshalb sie leider Gottes - wie sie es auch merken -, für uns nicht der geeignete Gesprächspartner sind), daß der Selbstbestimmungsanspruch unverzichtbar ist, dessen müssen sich alle hier anwesenden Demokraten - bis auf den Herrn Mitolo -, glaube ich, bewußt sein. Ich möchte abschließen mit einem Wort des deutschen Bundespräsidenten vor einem Jahr anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wo er über die deutsche Unrechtsgrenze folgendes gesagt hat: Ich glaube nicht daran, hat er zur Vollversammlung der Vereinten Nationen gesagt, daß diese Unrechtsgrenze, die die beiden deutschen Staaten teilt, das letzte Wort der Geschichte sein soll. Ich glaube es darf auch mir, es darf auch uns Südtirolern von keinem wohlwollenden Demokraten dieses Hauses und dieses Staates übel genommen werden, wenn wir beim Festhalten und Weiterkämpfen um immer mehr Eigenständigkeit in Sinne der kleinen lebensfähigen europäischen Gemeinschaften in einem künftigen Europa auch sagen - Kollege Mitolo -: Ich kann es nicht glauben, daß diese schmerzvolle Grenze am Brenner das letzte Wort der Geschichte sein soll.

(Colleghe e colleghi! Innanzitutto desidero constatare che un dibattito sul bilancio, come viene svolto in questa sede, è ben difficilmente ripetibile in un altro ente regionale - intendo al di fuori di questo Stato, ossia là dove i principi federali sono più progrediti - in quanto, avendo seguito con attenzione gran parte di questo dibattito, ho dovuto constatare che ben poco è stato detto in merito al contenuto vero e proprio del bilancio di previsione presentato. Certamente i motivi sono da ricercarsi nella circostanza che il gioco delle cifre è piuttosto modesto, che questa Regione presenta appunto la caratteristica che noi tutti conosciamo e se il collega D'Ambrosio ha quasi lanciato un grido d'auto, è giusto chiedersi che cosa intendiamo fare con questa Regione, ritengo che un eventuale suo ampliamento, intendo l'ampliamento delle rispettive competenze, vale a dire fare un salto nel passato, non è più possibile ed eventualmente lo potranno fare le colleghe ed i colleghi di altri partiti da soli, poiché noi del SVP non potremmo compiere in tale direzione un solo passo, non potremmo avvicinarci a tale meta, essendo il nostro compito storico, quello ancorato in un accordo internazionale e cioè la tutela di un gruppo etnico compatto e concreto, che non può essere collocato in maggioranze, come era in passato dotata Regione con le sue ampie competenze, oppure nell'attuale Regione che vede assai limitata la propria sfera di funzioni. Ma ciononostante, illustrissimo signor Presidente della Giunta regionale, non intendo distorcere la Sua relazione, caratterizzata da una grade partecipazione, da una capacità tecnica e devo dire che è stata redatta secondo la migliore scienza e coscienza. Nella parte centrale della Sua relazione Lei ha affermato tra l'altro che la partecipazione a realizzare il pensiero regionale nei

confronti dello Stato centrale - e noi ci troviamo di fronte a questo stato - dovrà rappresentare in futuro un aspetto più rafforzato, rispetto all'opera della Regione finora posta in atto. Purtroppo il signor Presidente della Giunta regionale, come pure i membri responsabili di questa Giunta regionale, si trovano nell'ambito politico dell'ente regionale, soprattutto di quello Trentino, di fronte ad altre dichiarazioni, altrimenti non sarebbe stato possibile - non intendo soffermarmi più del necessario su questo punto - negare all'unanimità la richiesta delle telecomunicazioni. Si tratta senz'altro di una materia completamente nuova - negli anni 1964-65, allorquando si trattava notoriamente le nuove norme per una migliore e più equa autonomia, questo settore era senz'altro poco conosciuto, ne sapevamo molto poco, ma oggi sappiamo che le telecomunicazioni, esistono molti esempi, in altre zone federali dell'Europa a tal proposito desidero controbattere il collega D'Ambrosio, che ha espresso un'opinione contraria, possono e devono essere richieste anche da noi, trattandosi di un agente originario di una amministrazione autonoma, se si intende interpretarla giustamente. Desidero esprimere apprezzamento per i nostri amici del partito popolare trentino, capeggiati dal collega Tretter, come a tutti gli altri consiglieri della Provincia di Trento che hanno dimostrato a tal proposito comprensione per aver lavorato in tal senso per il loro e il nostro vantaggio e che tuttora lottano al nostro fianco per un agente autonomistico, necessario al concetto di autonomia, come è stato concordato i sudtirolesi e come era previsto in un accordo internazionale, in quanto in quel concetto di autonomia non era presente la concezione di una semplice amministrazione autonoma, ma certamente, come si può dedurre dal testo inglese ed illustrato dal nostro

capogruppo Dr. Benedikter, l'autogoverno. Il signor Presidente ha inoltre fatto un accenno alla riforma delle autonomie locali e credo che abbia ragione quando egli afferma che è questa una aspettativa di tutti gli amministratori e cittadini. Le promesse in tal senso si rinnovano di anno in anno e sappiamo che il Parlamento non si è ancora confrontato con tale richiesta, sebbene a tal proposito fossero state spese molte parole. Dal 1972 anche nel settore della dotazione finanziaria si opera su base provvisoria, la qual cosa risulta negativa per tutti gli enti amministrativi, soprattutto per i comuni. Anche per quanto concerne i comprensori è giunto il momento di determinare chiaramente le rispettive competenze, onde permettere a questi comprensori di uscire dal loro attuale stato non essendo così ne pesce ne carne. Nella sua ampia relazione il signor Presidente ha indicato pure la necessità di rischiare l'approvazione di una legge regionale per riformare l'ordinamento dei comuni già superato, secondo una concezione moderna di immediatezza ed a portata dei cittadini, se anche si dovrà correre il rischio di vedersi rinviare un simile provvedimento legislativo. Valuto questa dichiarazione in maniera positiva, ma desidero che questa Giunta regionale e gli stessi responsabili dimostrino identico coraggio per le mancanti competenze a completamento dell'autonomia dell'Alto Adige, come pure del Trentino, operando più per un'ampliamento delle funzioni autonome, anziché a favore della loro limitazione da parte dello Stato centrale, peraltro non raggiungibile da parte del cittadino, la qual cosa aumenta continuamente la diffidenza, anche per il fatto che ha dimostrato di non riuscire a risolvere i problemi e ciò non riguarda soltanto specificatamente la Repubblica Italiana, ma tutti gli stati centrali che in parte esistono ancora in Europa. Ho già fatto presente

che per autonomia non intendiamo soltanto l'amministrazione di competenze delegate, ma ci permettiamo la libertà di intendere l'autonomia un autogoverno, come risulta del resto dalla giurisprudenza e ognuno può persuadersene, confrontandosi con il concetto "autonomy", nel senso inglese. Qui si intende l'autonomia quasi come una sovranità, come un adempimento ad agenti amministrativi imposti. Applaudo alla nuova regolamentazione sulla ineleggibilità e la incompatibilità degli uffici, nell'ambito del disegno di legge regionale concernente modifiche per la elezione dei membri degli organi comunali e mi auguro che tale legge possa superare quanto prima gli ostacoli di questo consesso legislativo, in quanto nei comuni dell'Alto Adige, e ritengo anche che la situazione sia certamente identica nei comuni trentini, non possiamo rinunciare alle persone qualificate, che operano nelle associazioni dei vari comuni, non potendo però assumersi in forma ufficiale la responsabilità di consigliere comunale, appunto a causa dell'incompatibilità ed ineleggibilità, per gli incarichi già precedentemente assunti. Ringrazio la Giunta regionale per il progetto di legge già presentato e spero che il Consiglio possa confrontarsi con tale provvedimento per l'approvazione, risolvendo così soddisfacentemente anche questi problemi. In merito alla riforma delle autonomie locali, tanto attesa dagli amministratori e cittadini, sono già intervenuto. Nella sua relazione il Presidente parla anche della Regione come una sede di incontro di cittadini europei in una Regione europea e collega alle prospettive future della Regione un pensiero fondamentale, che sgorga da un riconoscimento di valori purtroppo emarginati, e a tal proposito il signor Presidente li pone in rilievo in maniera esemplare, accentuando il rispetto delle caratteristiche, delle

particolarità, il rispetto dell'essere diverso di un gruppo etnico, ricorda inoltre i valori di una rinnovata unità, ed infine pure i valori del coraggio civico, soprattutto sotto il profilo morale. Desidero soffermarmi sui valori del coraggio civico, trovo che questa espressione esprime esattamente molti momenti di malessere, che turbano oggi soprattutto i sudtirolesi, intendo il gruppo linguistico tedesco e ladino. Siccome il consigliere D'Ambrosio ha parlato prima in maniera presuntuosa della conferenza stampa del SVP, svoltasi recentemente a Roma e siccome lo stesso consigliere ha voluto speculare sulle dimissioni del nostro stimato onorevole Riz dalle Commissioni dei sei e dei dodici, non desidero omettere una fondamentale dichiarazione. La conferenza stampa del SVP svoltasi a Roma non è stata semplicemente inventata, il SVP non tende a macchinazioni di interesse, come forse potrebbe fare qualcun altro partito, ad esempio la lista alternativa, che si reca addirittura a Roma, sfruttando l'immagine di uno sportivo conosciuto in tutto il mondo, che si presta a fare il "leccapiedi", e sono pertanto riusciti a porre nelle mani di un uomo stimato, quale è il Capo dello Stato Pertini, fra l'altro anche alcune evidenti bugie, per creare un clima a loro tanto caro. Ricordo che hanno avuto il coraggio di affermare che nel 1981 in Alto Adige ben 5.000 cittadini si erano rifiutati a dichiarare l'appartenenza etnica. Questa è una bugia, è vero che 5.000 cittadini non hanno fatto tale dichiarazione, la qual cosa è anche possibile riscontrare nella documentazione statistica, ma soltanto 740 si sono apertamente rifiutati. Non intendo comunque entrare nel merito di tale rifiuto. I motivi comunque si basavano su imposizioni e mere chiacchiere. 1.900 cittadini si trovavano in quel momento all'estero e non hanno potuto consegnare tale dichiarazione, più di 1.000 erano

minorenni, per i quali i genitori non dovevano prendere la rispettiva dichiarazione, poichè i minorenni hanno la libertà di provvedere loro stessi a tale dichiarazione al compimento del 18esimo anno di età, o possono anche rifiutarsi, subendo naturalmente tutti gli svantaggi. Un'altra menzogna riguarda le borse di studio. Infatti in quella occasione era stato fatto presente che chi non dichiara la propria appartenenza etnica verrebbe escluso da tali sovvenzioni. Queste notizie sono state riportate anche dalla stampa, colleghe e colleghi, si tratta di mere bugie. Desidero ricordare un brano particolare, che ho potuto apprendere dai giornali, vorrei leggere un passo di un articolo apparso su un quotidiano romano, che invita il Presidente del Consiglio Craxi a trattare la SVP o meglio il Presidente del nostro partito Magnago e la rispettiva delegazione, con indifferenza. Leggo comunque un passo dell'articolo in parola: siamo certi che dirà agli austriaci anche questo:

1. l'Alto Adige è Italia, gli altoatesini sono fra tutte le minoranze etniche la meglio trattata nel mondo.

Evidentemente i responsabili di questo quotidiano romano non sono ancora riusciti a vedere aldilà dei confini italiani, non sono riusciti raggiungere quelle località, che molti di noi conoscono, ad esempio le Isole Ahland, non sono riusciti a raggiungere lo Schleswig del nord e del sud, non sono riusciti a visitare tutte le altre zone dove esiste una tutela delle minoranze, che non è soltanto propria dell'Alto Adige.

2. non esiste una questione internazionale dell'Alto Adige, esiste caso mai una questione nazionale dell'Alto Adige, come potrebbe esistere una questione della Sicilia o della Sardegna, se chiedessero al Governo centrale particolari considerazioni in alcuni settori: Vienna non centra

e non ha più nulla da dire in Alto Adige, proprio in base all'accordo Degasperi-Gruber.

Trattasi quindi di un esperto in diritto dei popoli, come possono notare, comunque mi risparmio qualsiasi commento.

3. L'accordo Degasperi-Gruber sebbene menzionato nell'articolo 10 non fa parte del Diktat, è un atto bilaterale che riguarda solo i due contraenti: l'Italia che sostanzialmente ha adempiuto a tutti i suoi impegni, e l'Austria che col rivendicare il territorio altoatesino ha violato il solo impegno vincolante, quello incontrovertibile, che l'Alto Adige è terra italiana.

A tal proposito si deve dire che tutti noi sappiamo che l'accordo Degasperi-Gruber del 1946 è l'annesso numero 4 del trattato di pace delle forze alleate e associate con l'Italia e che pertanto è inutile voler fare delle speculazioni, come se il problema non rivestisse carattere internazionale, poichè l'Unione Sovietica, l'Inghilterra, la Francia e gli Stati Uniti, ne sono i garanti fino a prova contraria, la qual cosa presenta naturalmente aspetti positivi, come alcuni aspetti negativi. Sarebbero pure i garanti nel caso di uno spostamento delle frontiere, anche questo fatto è da tenersi in dovuta considerazione. In ogni caso il problema sudtirolese non è un problema nazionale, come ha affermato il collega del partito neofascista, circostanze che loro si sono scritti nel cuore, anche le dichiarazioni di alcuni uomini politici, di italiani di alto livello, fatte recentemente, vanno in questa direzione, cioè che il problema sudtirolese riveste effettivamente carattere internazionale. Dico per fortuna, altrimenti in questo alto consesso non avremmo neanche la possibilità di parlare nella nostra madrelingua, per la qual cosa siamo naturalmente grati, ma non è

per noi questo il motivo di richiedere tutto fino in fondo, nel senso dei diritti a noi spettanti, intendiamo chiedere tutto, anche con l'aiuto degli stati che si sono riconosciuti nella democrazia, con l'aiuto della nostra potenza tutoria, l'Austria, e con l'aiuto di tutti gli amici che siamo riusciti a procurarci nel mondo mediante avveduti contatti.

4. la Volkspartei quando minaccia di portare la questione dinanzi all'ONU commette un delitto contro l'integrità del territorio nazionale e come tale contemplato dal codice penale.

Si consideri che in questa organizzazione internazionale degli stati, nella sua assemblea plenaria, nel suo consiglio di sicurezza, nella sua commissione preposta ai diritti del uomo, nelle varie sottorganizzazioni e commissioni si trattano proprio questi problemi, i conflitti di ogni natura ed un giornalista di un giornale romana vuole darci da intendere

che potremmo trovarci in conflitto col codice penale della Repubblica se ci permettessimo, noi come piccola minoranza, chiamare davanti a queste istanze internazionali questo Stato così potente, la qual cosa è già avvenuta alcune volte nel passato. Questo è un esempio scelto fra molti altri che sottolinea, quanto sia importante talvolta passare al contrattacco, ossia dimostrare al mondo internazionale quale ristretta visione possa avere qualcuno, per fortuna sono pochi, ma ciononostante dobbiamo opporci a simili affermazioni. Per concludere l'argomento di questa notizia di stampa, desidero osservare che l'articolista conclude con l'affermazione che sarebbe giunto il tempo per l'Italia di denunciare l'accordo di Parigi. Ho già detto...

Interruzione

HOSP:... "Il corriere di Roma"; non importa di che giornale si tratti,

tutti hanno ricevuto la raccolta della stampa, almeno i Consiglieri del Consiglio provinciale di Bolzano, e hanno potuto senz'altro leggere cose ancora peggiori nei vari ritagli dei giornali. Io ho scelto un articolo di bontà media, consapevolmente, tutti possono testimoniare che si sono scritte anche cose peggiori...

Interruzione

HOSP:... naturalmente possiamo distribuire delle fotocopie. Mi dispiace veramente ed in questo contesto può forse anche collocarsi la circostanza, ho avuto la notizia dalla stampa, dico forse, non so chi sia stato il padrino, comunque la circostanza che interessa la mia persona, che nella mia qualità di comandante provinciale degli Schützen ho ottenuto la fiducia di 5.000 Schützen sudtirolesi, la qual cosa ha indotto la Commissione di convalida del Consiglio regionale Trentino-Alto Adige a richiedermi una esposizione della mia situazione, degna di un criminale. Tutto questo è avvenuto in forma molto gentile attraverso la Presidente ed ho inviato a tale consesso naturalmente subito lo statuto ecc., ma comunque è curioso che proprio il rappresentante eletto da un'unica associazione, fra le decine di associazioni che operano in Alto Adige, viene vagliato in questa maniera, credo che dietro a tutto questo emerga una grande sfiducia, che desidero respingere formalmente e ho inoltre saputo, collega Mitolo, quante cose inesatte e degne di qualsiasi dubbio Lei ha detto in quella commissione, in merito agli Schützen dell'Alto Adige. E' una sua questione, mentre qui mi interessa di respingere in tutta forma tali affermazioni, se anche in maniera gentile, ma con fermezza. Lei non mi può citare un unico caso dove l'associazione degli Schützen dell'Alto Adige o un suo consesso ufficiale, abbia mai usato la parola della

violenza, la parola della disubbidienza civile o qual cosa del genere. Nell'anno 1981 però la parola della disubbidienza civile, ad esempio, è stata spesa dalla Nuova Sinistra dell'Alto Adige, dal signor Langer ed i suoi collaboratori, proclamando lo sciopero per la dichiarazione di appartenenze ai gruppi linguistici e nessuna associazione altoatesina si è permessa di fare altrettanto, invitare la gente alla disubbidienza civile contro leggi, contro una legge costituzionale. Collega Mitolo uno dei compiti principali degli Schützen tirolesi riguarda la modellazione in chiave attuale della storia della nostra Heimat tirolese e di fonderla con il senso del presente, nell'amore per la propria Heimat. Gli Schützen tendono a tutelare questi valori e non soltanto ora, ma da molti secoli, essi conservano questi valori, ciò non significa assumere posizioni rigide, eterne posizioni del passato, difendendole, ma conservare questi valori significa invece comprendere la nostra autonomia per il cui ampliamento ci impegniamo tuttavia veramente, come pure la difendiamo nello spirito della tolleranza e di una moderna concezione del mondo. Sottolineo tranquillamente, ogni qual volta in Alto Adige viene costituita una nuova unità - e devo dire che tali unità sono veramente numerose - che personalmente la considero una tutela attiva del nostro gruppo etnico, alla qual cosa attribuisco i dovuti apprezzamenti. Mi chiedo quindi quale è questa caratteristica tirolese che per qualcuno non si inserisce nel concetto, quella cosa che gli Schützen - non soltanto gli Schützen dell'Alto Adige - ma tutti i sudtirolesi, eccezion fatta per un gruppo minoritario, desiderano ancora oggi? Trattasi soltanto di un'etichetta di un qualsiasi souvenir che si vende a nord o a sud del Brennero? E' forse un concetto cumulativo di folklore che si estende dal Achensee alla Chiusa di Salorno? E' forse l'ornamento di sfilate in costume, che vengono organizzate soprattutto per i turisti? Credo che questi valori marginali non si possono negare,

non è possibile cancellarli semplicemente con una negazione, anche tutto questo fa parte dell'essenza degli Schützen, mostrarsi in pubblico, ornati dei loro bei costumi, mostrarsi sfilando in formazione. Ciò ha dato anche i suoi frutti il 9 settembre; non intendo esporre in questa sede quanta rabbia è stata semplicemente inscenata contro i tirolesi, sebbene si fosse trattato di una apparizione in pubblico ordinata e certamente abbiamo acquistato di fronte al mondo una certa stima. Ma questa caratteristica è un valore marginale. Il punto principale, lo desidero dire anche apertamente in questo consesso, è il riconoscersi nella "Heimat". Una dimostrazione pubblica del fatto che il Tirolo è stato ed è tuttora il "Leitmotiv" del nostro operare, che ci prendiamo la libertà, negataci per lungo tempo, grazie ad uno dei più neri capitoli della nostra storia, di dimostrare di essere prima un tirolese e poi un cittadino dello Stato, se anche naturalmente i sudtirolesi, come molti esempi indicano, e tutte le associazioni dell' Alto Adige, ed io parlo in particolare degli Schützen che sono stati pure attaccati, oltre alla mia persona, in questa Commissione di convalida, se anche, ribadisco, i sudtirolesi sono disposti a dare il proprio contributo nell'ambito della società, non avendo mai negato simile contributo. In questa maniera è da intendersi la parola di conio tirolese. Solanto i malpensanti ci possono rimproverare, che trattasi di una caratteristica nazionalista, come si è espresso oggi drasticamente il signor D'Ambrosio. Non è tanto facile, colleghe e colleghi, manifestare l'impronta tirolese, ed ancor di più è difficile viverla. Mai il cedere è stato così facile come oggi, recedere di fronte a beatitudini di moda, che ci vengono offerte sul piatto d'argento dal gregarismo; e vogliono darci da intendere ogni giorno, che è sufficiente

acquistare nel supermarket ideologico, dei quali ne abbiamo a sufficienza, alcune mezze verità, per essere un uomo progressista; beatitudini con le quali ci si vuole dare ad intendere che gli unici valori della vita da perseguire sono le sovrastrutture delle circostanze di vita esteriori e del semplice benessere economico, non importa in quale involucro etnico, "la parola della cultura mista". Noi sudtirolesi abbiamo posto gli accenti in maniera diversa ed anche in futuro spero sia così. Al primo posto noi collochiamo la nostra sorte come minoranza in uno Stato nazionale a noi estraneo. Ciò risulta coniato da un millenio e mezzo di appartenenza all'area culturale e linguistica tedesca, mentre, per i ladini, da un'arco di tempo più antico. Ed in questa area, che con il concetto Tirolo viene meglio focalizzato ed assume il giusto sapore della "Heimat" (della terra natia) ci sentiamo a casa nostra e la persuasione che cresce da questa coscienza, indirizza i nostri passi verso il più profondo. Di questo credo, illustri colleghe e colleghi, dovrebbero prendere coscienza anche loro, con un po' di buona volontà, indipendentemente dalla Loro appartenenza ideologica. I proclami di Milano, non sono forse del tutto presenti a qualcuno di Loro, il Governo rivoluzionario provvisorio lombardo, che nel marzo 1848, formato da uomini valorosi, aveva proclamato l'indipendenza dall'Austria e l'annessione all'Italia settentrionale per formare uno Stato nazionale italiano, assicurò i tirolesi, allorché milizie volontarie italiane si accingevano ad attaccare il Trentino, quindi il Welschtirol, con queste parole : mai oltrepasseremo le frontiere del "Welschland". Desideriamo la nostra libertà ma nel contempo la libertà di tutti i "Länder" e soprattutto la libertà del Tirolo. Trento è italiana e tale deve rimanere; Bolzano è tedesca e

rimarrà sempre tedesca, poiché il nostro motto per le elezioni è indipendenza e libertà dei popoli; proclamazione di Milano del 1848. Mi chiedo quindi: abbiamo fatto in tal senso dei progressi o dei regressi? Se in considerazione di simile sviluppo un idealista, ammesso che lo sia, di nome Langer, è intervenuto caldamente a favore di una cultura plurilingue, ciò può rispondere al suo idealismo cosmopolitico. Io posso soltanto oppormi a tanto, poiché sono di opinione diversa. E' suo buon diritto, come è anche buon diritto di altri ritenere a tal proposito migliori i propri punti di vista, di difenderli e di lottare per essi. Il cosmopolitismo è un ideale, mentre il contrario viene oggi considerato come una cosa nell'ombra, retrograda, dunque concetto dell'altro ieri. Non possiamo quindi nel contempo pretendere almeno comprensione, se siamo dell'avviso, sulla base di esperienze non positive del passato, che come gruppo etnico desideriamo soltanto la nostra sopravvivenza, se tutti uniti, come abbiamo fatto nel passato, per la qual cosa abbiamo ottenuto una certa stima a Roma, a Vienna e anche altrove, se tutti uniti, ribadisco, crediamo in una formazione dell'opinione democratica ed interna, se riteniamo è di importanza vitale per la nostra sopravvivenza il consolidarci innanzitutto nella nostra cultura per poi poter incontrare la cultura che ci sta intorno, con la cultura italiana che è degna di essere conosciuta, è una cultura bella e di valore. Ma non intendiamo iniziare subito con i piccoli, fare di ogni erba un fascio e nuovamente mescolare. Loro devono considerare che i nostri bambini nella vallate e nei comuni di montagna non conoscono ancora la loro madrelingua nel senso puro linguistico. Questi poveretti, quando frequentano l'asilo parlano unicamente il dialetto appreso dalla loro madre, che desideriamo senz'altro mantenere vivo. Devono innanzitutto

imparare la lingua tedesca vera e propria e soltanto dopo, come dimostra l'esperienza, vale a dire dopo la seconda classe elementare, iniziare diligentemente, con il sostegno dei genitori, l'apprendimento della seconda lingua. Credo che i sudtirolesi abbiano già dimostrato di essere capaci di comprendere la lingua italiana, ed in parte anche di parlarla, ma i buoni concittadini dell'Alto Adige di lingua italiana hanno perso purtroppo molto tempo per confrontarsi con lo stesso pensiero, per pensare in maniera aperta ed europea come i sudtirolesi, che lo fanno già da molto tempo. Se il signor Micheli crede di dover parlare di un quarto gruppo, devo trarre la conclusione, o che si tratta di un malinteso, o della circostanza che Lei, caro collega Micheli, non si sia occupato sufficientemente della situazione, ossia che Lei intende inventare un qualche cosa mai esistito nella storia, circostanza che non ammettiamo neppure come invenzione. Lei si trincerava dietro ad un pensiero mitteleuropeo, fra resto malinteso e molto remoto nel tempo. Questo pensiero va rispettato ed è degno di attenzione. Ma Loro, cari colleghe e colleghi, sanno quanto sia diffusa ancora oggi questa idea, quanto sia positiva. Ma a nessuna condizione non può essere impiegata, per riconoscere in Alto Adige il quarto gruppo di protesta, che soltanto per sobillazione o per opportunismo o per uno smisurato rifiuto della responsabilità non sa dove collocarsi e desidera quindi essere riconosciuto come quarto gruppo. Anche questo non è possibile. Sono stato anche deluso nel dover constatare che proprio il signor Micheli abbia criticato il presente progetto di legge, concernente modifiche alla legge sulle elezioni dei componenti dei consigli comunali, affermando che noi del SVP avremmo contribuito, insieme alla DC, a peggiorare a livello regionale la situazione delle elezioni comunali

concernente la Regione, vale a dire le due Province di Bolzano e Trento. Desidero capovolgere qui la situazione ed esprimere la mia grande meraviglia, che proprio il signor Micheli, come rappresentante del partito socialista, che nei problemi delle minoranze vanta una tradizione di ampia comprensione sin dagli inizi del suo partito e vorrei dire a tal proposito che in tali questioni i socialisti anticipavano i tempi, abbia sottoscritto l'emendamento a predetto progetto di legge, tendente ad introdurre per le candidature dell'Alto Adige nuovamente la dichiarazione etnica ad hoc, che in passato aveva spalancato tutte le porte alle speculazioni: una volta ci si dichiarava ladini per poter far parte della giunta comunale, poi improvvisamente la stessa persona si dichiarava italiana per avere il vantaggio ed usufruire della giusta clausola prevista dalla legge a tutela dei gruppi etnici, per poter nuovamente partecipare alla giunta; vi era pertanto molto spazio per porre in opera il proprio opportunismo. Che proprio gente del PSI e mi meraviglio ancora di più, che persone, appartenenti all'Autonomia integrale, come il collega Fedel da me molto stimato, dimostratosi un propugnatore in questioni autonomistiche, abbia potuto apporre la sua firma sotto tale emendamento, la qual cosa dimostra che non conoscono semplicemente la portata di tale proposta, o si sono lasciati influenzare da chiacchiere negative da coloro che intendono portare avanti la propria lotta con le gabbie etniche; in poche parole intendo coloro che desiderano eliminare con violenza una malattia, la sindrome dei gruppi etnici, che non esiste. Consigliere Mitolo, vengo ora alle mie affermazioni fatte all'inizio dell'intervento. Se si è indagato sulla compatibilità del mio ufficio di consigliere regionale con il comandante provinciale degli Schützen, devo affermare che non mi

sono mai reso colpevole di una trasgressione di legge e neppure i miei collaboratori dell'associazione degli Schützen. Abbiamo assunto una associazione, che mantiene viva da millenni una tradizione che ci premuriamo di conservarla ulteriormente. Ho già spiegato con quali compiti precisi, che sono stati da me esposti dettagliatamente e mi scuso se mi sono permesso ad essere così prolisso nella esposizione. Noi non abbiamo mai invitato nessuno alla disubbidienza civile, ma nel 1981 è stata la Nuova sinistra dell'Alto Adige ad invitare la gente a tale disubbidienza. Desidero precisare che l'articolo 89 dello statuto di autonomia prevede la dichiarazione di appartenenza etnica a uno dei tre gruppi, vale a dire a quello tedesco, italiano o ladino, dichiarazioni che poi costituiscono la base per l'assegnazione dei posti pubblici, come già previsto nell'accordo di Parigi;

così anche l'articolo 15, concernente la ripartizione dei mezzi finanziari a scopi sociali e culturali.

Desidero inoltre aggiungere che oltre alle norme dello statuto di autonomia esistono norme di attuazione di pari valore, emanate dal Governo statale romano, norme, alle quali si deve ottemperare in uno stato di diritto, finché questo esiste. Chiunque, come fece allora il signor Langer, che si è permesso di indicare pubblicamente la proporzionale etnica una perversione provinciale, ebbene quella persona afferma nel contempo che lo statuto di autonomia è perverso nelle sue parti essenziali, in quanto la proporzionale etnica è presente in tutto lo statuto di autonomia, si può dire che tale istituto attraversa come un filo rosso l'intero tessuto dello statuto, in quanto la proporzionale etnica è contenuta espressamente in ben 21 articoli dello statuto di autonomia. Ripeto nuovamente che lo statuto di autonomia è legge

costituzionale e a tal proposito non esistono dubbi. Le rispettive norme di attuazione non sono seconde allo statuto di autonomia nell'ambito della costituzione. Naturalmente è sempre possibile sottoporre le leggi costituzionali a revisione, ricorrendo naturalmente ai meccanismi previsti dalla stessa costituzione. Questo è un diritto delle forze democratiche, è buoncostume, ma, collega Emeri, il signor Langer non si è attenuto a tanto. Nel 1981 egli ha proclamato insieme alla Nuova sinistra ed ai radicali, e chissà ancora a quali compagni, la disubbidienza nel consegnare la dichiarazione di appartenenza etnica, dunque fu un invito pubblico alla disubbidienza civile; egli pertanto ha operato al di fuori della costituzione, e nessuno si è permesso in questa Provincia di fare altrettanto...

Interruzione

HOSP:... questo è avvenuto molto, ma molto più tardi, peraltro è sfuggito ai tutori della legge che nella nostra provincia sono in linea di massima molto attenti.

Interruzione

HOSP: Questo è accaduto in un secondo tempo ed è dubbio che il Consiglio di Stato abbia puntellato la sua decisione in tutte le sue parti sufficientemente sotto il profilo costituzionale. E' grave, se il signor Langer, a proposito della difesa della proporzionale ci rimprovera una campagna di sobillazione, mentre, come tutti sappiamo, partendo dal concetto opzione, attraverso parole di grave portata, quali sono il razzismo, Apartheid, veleno, perversione, recentemente ha paragonato l'Alto Adige alle condizioni del Libano ecc., è giunto ad affermare che la proporzionale etnica è un catasto della popolazione e null'altro che gabbie etniche. Desidero omettere tutta la collezione di variopinti

motti delle sinistre, impiegati in questa campagna. Comunque è certo che la sobillazione e l'invito ad omettere tale dichiarazione di appartenenza etnica, per la quale oggi qualche giovane è costretto a soffrire, erano diretti ad una legge costituzionale della Repubblica. Se il signor Langer dal suo angolo grida all'opzione, basandosi sulla costituzione, gli si dovrebbe contraporre il concetto di anarchia. Si dovrebbero piuttosto placare gli animi, anzichè sobillarli, questa è la mia opinione. La sobillazione è una cosa che non ci riguarda. Noi, signora Emeri, Lei può tranquillamente sorridere, siamo sempre stati chiamati a difenderci. Sono ben altre persone che sobillano. Non può essere indicato come sobillazione il fatto che in Alto Adige si sviluppano associazioni, se in Alto Adige si parla apertamente, secondo il diritto e la legge, di amore per la patria e di attaccamento agli usi e costumi. La dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico, non ha nulla a che fare con il riconoscersi nella madrelingua, come avviene da decenni in Svizzera al momento del censimento popolare, è sufficiente un rapporto psico-sociale nei confronti di uno dei tre gruppi etnici, per dichiararsi dall'una o dall'altra parte. Per quale motivo dunque si è ricorsi a tutta questa rivolta, se dietro a tutto non vi sta una tattica. Non vedo per quale ragione, nell'ambito dei cosiddetti matrimoni misti - soprattutto per i figli dei matrimoni misti - debbano esistere insormontabili difficoltà e tormenti dell'anima per questa dichiarazione di appartenenza etnica; alcuni casi estremi esistono certamente, anche io ne conosco alcuni. Comunque si tenga presente che non è meno difficile la decisione da parte dei genitori, che hanno contratto un cosiddetto matrimonio misto, al momento di iscrivere a scuola i loro figli, e simili decisioni sono già state prese, ed altre

in futuro seguiranno. Questa decisione è null'altro che una anticipazione della futura dichiarazione di appartenenza etnica. Per questo motivo, e con ciò desidero chiudere tale capitolo, devo rimproverare anche da questo punto di vista, che a tal proposito si è voluto porre in atto semplicemente un'agitazione. Non a caso ieri un fedele sudtirolese, che ci ha già lasciati, il giornalista Klaus Gatterer ha ottenuto post mortem un'alta onorificenza dalla Carinzia slovena; ebbene, questo Gatterer, che il partito degli alternativi della nostra provincia ha cercato di portare sulle loro tesi, ha affermato testualmente: "ritengo indispensabile il rilevamento dell'appartenenza etnica, o dell'appartenenza ad un gruppo linguistico nell'ambito del censimento popolare. Tale rilevamento costituisce la premessa per qualsiasi tutela a favore di gruppi etnici o di minoranze". Continuo la citazione: "personalmente in Italia compirei altri due passi, innanzitutto nell'ambito del censimento dovrebbe essere rilevata la consistenza di tutti i gruppi etnici e linguistici ed in secondo luogo tale appartenenza dovrebbe essere indicata accanto alla nazionalità sul passaporto, o sulla carta d'identità. Dai documenti posso rilevare di avere un naso storto o forse anche di essere calvo e di appartenere alla religione romano-cattolica, ma come posso sapere che il signor Ceccutti è un sudtirolese e che il signor Kessler è un italiano". Fin qui il signor Gatterer, che in queste cose non è certamente insidioso, poiché è stato il più avveduto e più equilibrato studioso dei problemi delle minoranze. Mi permetto inoltre ricordare la convenzione concernente l'eliminazione di tutte le forme della discriminazione razzista, approvata nel 1965 dalle Nazioni Unite

e recepita con legge di questo Stato. Ivi si legge testualmente: "norme speciali, che vengono emanate unicamente allo scopo di favorire adeguatamente determinati gruppi etnici bisognosi di tutela, per garantire loro godimento, o l'esercizio degli stessi diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, non possono costituire una discriminazione. Se le circostanze lo richiedono, e gli stati aderenti a tale accordo emanano concreti provvedimenti speciali a carattere sociale, economico e culturale, come pure in altri settori, per garantire un adeguato sviluppo ed una adeguata tutela dei gruppi etnici o delle singole persone a questi appartenenti, riguardo il pieno ed l'identico esercizio dei diritti dell'uomo, non si può parlare di discriminazione. Quale è nel nostro caso specifico il problema della lingua? Siamo stati rimproverati (a prescindere dai nazionalismi che noi predicheremmo, a prescindere da tutto quanto è stato detto intorno alla manifestazione di Innsbruck del 9 settembre, a prescindere dai rimproveri provenienti dai vari ambienti) siamo stati rimproverati, ribadisco, che cercheremmo di abusare in Alto Adige dell'autonomia, di emarginare i concittadini di lingua italiana, la qual cosa non risponde in nessuna maniera alla realtà. Ogni benpensante dovrebbe sapere che questa autonomia è vantaggiosa a tutti, senza distinzione, senza distinzione di lingua, a condizione che si sappia interpretarla. In questo campo è necessario ricuperare notevolmente da parte di tutte le forze politiche, per erudire in tal senso anche nostri concittadini. Si è parlato anche di autodeterminazione ed è naturale che in un dibattito generale, nel corso del quale, mi meraviglio, ma sembra che quest'ò sia un uso democratico, si può parlare di qualsiasi problema. A tal proposito desidero constatare che il SVP, la qual cosa è stata più volte in questa sede

sottolineata, non rinuncia naturalmente a quel diritto che si chiama autodeterminazione, nonostante aver riconosciuto che l'autonomia va ampliata e conquistata tassello per tassello, punto per punto. Il diritto di autodeterminazione è ancorato a numerosi documenti; iniziando dalla documentazione fondamentale per la preparazione della conferenze di Dumbarton Oaks, per poi proseguire attraverso la conferenza di San Francisco, senza dimenticare gli articoli più rispettabili della dichiarazione dell'ONU, ossia della carta dell'ONU, tale diritto è stato pure inserito nelle varie convenzioni, l'ultima fu, ad esempio, quella di Vienna, come pure nei patti riguardanti i diritti dell'uomo, ratificati e recepiti da quasi tutti gli stati, almeno da quelli europei. Particolarmente questo diritto è stato sviluppato da un semplice principio di diritto in una "jus cogens". Per quanto concerne l'autodeterminazione purtroppo la posizione degli stati e dell'organizzazione delle nazioni unite, che dovrebbero applicare eventualmente tale diritto, è contraddittoria. Il processo di decolonizzazione si è sviluppato sotto il motto dell'autodeterminazione, come noi tutti sappiamo, e si è pure concluso a quell'insegna, a prescindere da alcuni casi. Nel contempo, movimenti di secessione di popoli e di gruppi etnici, sono stati e sono tuttora oppressi dai rispettivi Stati di appartenenza, pur possedendo questi popoli e queste minoranze qualsiasi premessa per poter ricorrere all'autodeterminazione, premessa che è prevista dai documenti dell'ONU e dagli atti di Helsinki. Recentemente abbiamo avuto anche a Bolzano una prova riguardante i popoli oppressi, che comunque ricorrono a ben altri metodi di quelli che potremmo impiegare noi stessi, anche perché non ammessi dalla nostra stessa morale. Queste situazioni comunque vengono ampiamente ignorate

dalle Nazioni Unite e dalla maggioranza degli stati ivi rappresentati. Mi permetto di ricordare il Katanga, il Biafra, i Baschi, l'Eritrea, il Kurdistan e le Ogadi. Molti altri casi al mondo si potrebbero qui elencare. L'Unione sovietica ed in parte anche gli Stati del blocco libero si basano molto sul concetto dell'autodeterminazione, ma solo verbalmente, per quanto il movimento sia indirizzato verso uno Stato orientale, quale è la Palestina, l'Irlanda del nord, o il Bangla Desh. Si tenga inoltre presente che proprio l'Unione sovietica opprime brutalmente qualsiasi movimento di indipendenza, se questo opera nell'ambito dell'area di influenza socialista. Non dimentichiamo, ad esempio, l'Ungheria, la Cecoslovacchia del 1968, o l'Afghanistan del 1979 o la Polonia del 1981; anche questi sono esempi da collocare in questo contesto. Gli altri Stati purtroppo si limitano alle proteste e le Nazioni unite, per molte circostanze esterne, sono costrette a guardare impotenti. Partendo dallo sviluppo del concetto dell'autodeterminazione, come ho già avuto modo di dire, per giungere ad un concetto obbligatorio del diritto dei popoli, vale a dire ad una "jus cogens", e cercare così, di costruire un'euforia, non realistica peraltro, dalla quale desidero mettere tutti in guardia, non essendo sostenibile che uomini politici responsabili, risvegliano speranze false, o soffiano in tal senso sul fuoco. E' espressione di coscienza responsabile politica aspirare attualmente a fatti, per la cui esecuzione sussista almeno un minimo di possibilità, cioè per dirlo in altre parole, è necessario distinguere fra la realtà dei fatti ed immaginazioni ideali. Tutt'altra cosa è invece perseguire anche immagini ideali, la qual cosa non ci potrà essere proibita, intervenire pure a favore di queste immagini, fare delle considerazioni pubbliche, onde

tener sempre vive tali immagini come ideali. La storia in definitiva scorre continuamente e noi non possiamo essere il centro di tale corso, né il centro della storia stessa. Che il diritto all'autodeterminazione sia un'aspirazione irrinunciabile, tutti gli uomini democratici qui presenti, escluso forse il consigliere Mitolo, ne devono essere coscienti (i fascisti, hanno già fatto a tal proposito diverse esperienze nel passato, ma ciononostante, consigliere Mitolo, non intendono ancora prenderne atto e nonostante le ben precise norme transitorie della costituzione, sono ancor sempre un partito, che cerca di toglierci con le chiacchiere i nostri diritti di minoranza e di autodeterminazione, per la qual cosa, purtroppo come Lei stesso può constatare, Lei non potrà mai essere un nostro partner ideale). Desidero concludere con le parole del Presidente della Repubblica federale tedesca, pronunciate un anno or sono davanti all'assemblea generale delle Nazioni Unite, riguarda la ingiusta frontiera tedesca: "non credo", così ebbe da dichiarare all'assemblea generale delle Nazioni Unite, "che la frontiera ingiusta, la quale divide attualmente le due Germanie possa costituire l'ultima parola della storia". Credo che nessun democratico benpensante di questo consesso e di questo Stato, possa averne a me personalmente e a noi tutti sudtirolesi, se nella ulteriore lotta per una più ampia autonomia, nel senso di una piccola comunità europea, capace di vivere in un'Europa futura, osiamo usare le stesse parole, collega Mitolo: non posso credere che questa frontiera dolorosa del Brennero possa essere l'ultima parola della storia.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo, per fatto personale.

MITOLO: Semplicemente perchè nel suo discorso, per quanto ho potuto capire, il collega Hosp mi ha attribuito alcune valutazioni circa l'organizzazione degli Schützen, di cui lui è comandante.

Non ho mai sostenuto (mi permetto di aprire una parentesi: è estremamente scorretto, ancor prima che la relazione della Commissione di convalida sia stata portata all'attenzione di questo Consiglio, portare a conoscenza del Consiglio stesso le opinioni dei commissari nel corso delle discussioni che si sono avute) che la organizzazione degli Schützen sia una organizzazione dedita alla violenza o che usa la violenza o che ha per fine la violenza.

Ho sostenuto, e sostengo, che è sicuramente una associazione anomala e certamente non è una associazione culturale, ma è una associazione quanto meno paramilitare. Lo si deduce dal fatto che i componenti portano delle divise, sono organizzati gerarchicamente, fino a poco tempo fa avevano delle armi e tuttora hanno l'hobby, chiamiamolo così, dell'uso delle armi per il tiro a segno. L'art. 2 dello statuto degli Schützen comporta, come attività specifica, quella di sviluppare l'esercizio del tiro a segno. Dirò peraltro che qualcuno si esercita anche con qualche carica di tritolo e ogni tanto salta per aria, pace all'anima sua.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Hosp, per fatto personale.

HOSP: Dem Kollegen Mitolo antworte ich: die Schützen sind keine militärische Organisation. Ich habe bereits den geschichtlichen Werdegang der Schützen und ihre heutigen Aufgaben kurz dargestellt.

Die Schützen tragen keine Uniformen. Wahrscheinlich sind sie noch ganz in Uniformwahn der totalitären Vergangenheit verhaftet, daß sie in dieser Vielfalt an Trachten Uniformen erblicken können.

Die Schützen sind zur Waffenlosigkeit gezwungen, dafür aber kämpfen sie destomehr für die Aufgaben der Bewußtmachung der Werte von denen ich gesprochen habe, und daß das eine oder andere Mal - daß würde so klingen als wäre das fortwährend der Fall - gerade ein Schütze beim Basteln mit Sprengstoff in die Luft fliegen würde; das möchte ich doch als eine pietätlose Randbemerkung hinstellen, denn das war jüngst einmal der Fall, das Geheimnis haben die beiden armen Männer ins Grab genommen und ich glaube man kann nicht aus weder vorhandener Meinungen noch Fakten einen Prozess machen, das glaube ich sind wir der Menschlichkeit und der Pietät schuldig und damit ersuche ich, Herr Mitolo, daß Sie Ihre Avversionen gegen eine patriotische Einrichtung wie die Schützen doch ein kleines Bissel mäßigen, ansonsten muß ich sagen: tun Sie uns zuviel der Ehre an und wir sind dadurch natürlich angespornt uns noch stärker und noch heimattreuer zu organisieren.

(Rispondo al collega Mitolo: gli Schützen non sono una organizzazione militare. Io ho già illustrato l'evolversi storico degli Schützen e dei loro compiti.

Gli Schützen non portano uniformi. Probabilmente sono ancora portati ad indossare le uniformi del nostro passato adeguandosi alle tradizioni generali.

Gli Schützen sono obbligati a non portare armi, ma combattono maggiormente per il rafforzamento dei valori dei quali ho parlato. E se una volta o l'altra - e qui suona come se succedesse tutti i giorni - proprio uno degli Schützen saltà in aria durante la costruzione di un ordigno esplosivo, questo vorrei lasciarlo da parte perché questo è stato un caso e il segreto del fatto se lo sono portato nella tomba i due poveri uomini.

Io non credo che per questi fatti si debba fare un processo; non credo che dobbiamo colpevolizzare né il popolo né la pietà.

Io chiedo, Signor Mitolo, che lei ridimensioni un po' le sue avversioni contro una istituzione patriottica come gli Schützen, altrimenti devo dire che ci fa troppo onore e naturalmente saremmo indotti ad organizzarci meglio e rafforzare ancor più la nostra fedeltà patriottica.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la cons. Eméri.

ARDIZZONE EMERI: Signor Presidente, signor Presidente della Giunta, per fortuna che ogni tanto è involontariamente divertente il cons. Hosp. Anch'io ho trovato, non so se si possa usare il termine "poco corretto", ma abbastanza sgradevole che lui portasse qui vicende della Commissione di convalida che verranno portate, con la complessiva relazione quando i lavori saranno conclusi.

Però mi stupisco che lui si stupisca che la Commissione di convalida abbia il coraggio e l'ardire di indagare persino sul comandante degli Schützen. Io credevo che anche gli Schützen fossero, come le altre organizzazioni ed associazioni, sottoposti alle leggi di questa regione. Evidentemente mi sbagliavo. Noi non abbiamo voluto fare nessuna particolare indagine sulla associazione degli Schützen piuttosto

che su un'altra associazione, ma soltanto, ritenendo, alcuni membri della Commissione, che gli Schützen fossero un'associazione che riceveva contributi in forma ordinaria dalla Provincia; siccome vi è una norma che stabilisce però che le associazioni culturali, anche se ricevono contributi, non determinano, per coloro che ricoprono cariche particolari all'interno di queste associazioni, l'incompatibilità, abbiamo richiesto lo statuto (mamma mia, che ardire!) degli Schützen al comandante Hosp.

La stessa cosa abbiamo fatto per il Bauernbund, mi sembra, e devo dire che il cons. Ladurner Parthanes non si è così agitato.

Tornando ancora un momento sul discorso del cons. Hosp, non voglio entrare in tutta la problematica del censimento, che ci terrebbe qui senz'altro fino a domani mattina, ma alcune osservazioni vanno fatte.

Per quanto riguarda la costituzionalità delle norme di attuazione, questa è una leggenda che va sfatata una volta per tutte. Le norme di attuazione sono emanate dal Governo su parere della Commissione dei 6, rispettivamente dei 12; voi tutti lo sapete. Da quando sono state di volta in volta emanate, sono state cambiate diverse volte e il Governo, sempre su consiglio della Commissione dei 6, è tornato sullo stesso argomento, per esempio quello del censimento, almeno tre volte.

Signori miei, secondo voi norme costituzionali si cambiano da un giorno all'altro, come gira per la S.V.P., semplicemente, e sono sempre norme costituzionali? Mi sembra che sia, sul piano giuridico, molto difficile sostenere una tesi di questo tipo.

D'altra parte una conferma alle mie parole l'ha data recentemente anche il Consiglio di Stato, quando, dicendo espressamente che non era necessario sollevare la questione di costituzionalità per ritenere

illegittimo in parte l'atto amministrativo, che disponeva le forme e i modi del censimento, l'ha in parte annullato.

Quindi noi non abbiamo fatto alcuna campagna contro la Costituzione, perché altrimenti dovremmo ritenere anarchico anche il Consiglio di Stato, anche il pretore che ha sollevato sulle stesse norme questioni di costituzionalità, che andranno in discussione dinanzi alla Corte costituzionale il mese prossimo. Quindi veramente questa patente di anarchici, che tutto sommato a me non fa neanche tanto dispiacere, non mi getta proprio nello sconforto, però mi sembra un po' gratuita, almeno sotto questo profilo.

Del resto mi è sembrato che il cons. Hosp abbia abbondantemente dimostrato che i nemici gli piace dipingerseli a suo uso e consumo, con tutto il discorso, che è durato almeno venti minuti, di sdegno sulle affermazioni di un giornale, che poi è risultato qualche cosa che io sfido chiunque qua dentro ad avere mai visto presente. Io ci credo che esista questo giornale, ma vale la pena di tenere qui venti persone a polemizzare per mezz'ora su un giornale che rappresenta il nulla?!

(interruzione)

ARDIZZONE EMERI: ... che per altro ignorano ben altra stampa! Tutto da ridere! Ma evidentemente c'è una vena masochistica: gli piace essere molto discriminato, molto oppresso.

Altre imprecisioni sono state dette dal cons. Hosp nel suo discorso. Quando, per esempio, parlava del fatto che era giusto che i bambini di lingua tedesca delle valli non venissero costretti al bilinguismo precoce sin dalla più tenera infanzia. Ma nessuno ha mai

chiesto questo! In realtà è stato chiesto soltanto da parte del gruppo linguistico italiano che i bambini italiani potessero imparare il tedesco negli asili. Ed è stato questo che è stato proibito dalla S.V.P. La cosa mi sembra completamente diversa.

Quindi non bisogna inventarsi i nemici; bisogna affrontare gli avversari politici con gli argomenti concreti e combattere gli argomenti degli altri, ma non inventarseli.

Passando invece a quello che riguarda il bilancio, le dichiarazioni programmatiche del Presidente Angeli, mi sembra che possano suddividersi, grosso modo, in due parti. Un ampio e nobile discorso, nobile come ha sottolineato il mio collega Langer, sulla Regione, come luogo di elaborazione politico-culturale dei temi dell'autonomia, della convivenza fra i gruppi linguistici diversi e del rispetto e della conoscenza reciproca e anche della Regione come ente che, sia per la posizione geografica del suo territorio, sia per la natura culturale, sociale della formazione della sua popolazione, può porsi come sede destinata naturalmente a sede di istituti europei, sia culturali, che economici, che politici; Regione, anche come ente, che è in grado autonomamente di mettersi in rapporto con un'Europa delle regioni.

Un'altra parte, invece, delle dichiarazioni riguardava ovviamente il bilancio vero e proprio, o quello che la Giunta si propone di fare nel 1985. Questa seconda parte è stata abbastanza trascurata nel corso di questo dibattito, forse anche perché, in effetti, questi propositi non sono risultati molto evidenti e molto consistenti. Sul quasi nulla è un po' difficile confrontarsi.

Io vorrei comunque dire due parole per quanto riguarda il libro

fondario, anche se questo argomento è stato trattato abbastanza di striscio, sia nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente Angeli, che nella relazione dell'Assessore.

A mio parere lo stato del libro fondiario, attualmente, a parte le sedi che sono diventate negli ultimi anni quasi sin troppo lussuose, è senza dubbio peggiorato, nel senso che ha dovuto far fronte ad un'utenza, ad un cumulo di pratiche da sbrigare enormemente aumentato e non è riuscito a tener botta.

Sappiamo tutti che nelle città, soprattutto Trento e Bolzano, non so bene Merano, l'arretrato è cospicuo. Evidentemente c'è qualche cosa sul piano legislativo, sul piano amministrativo, sul piano pratico che non funziona se non si riesce a tenere dietro al lavoro corrente.

Credo che le pratiche arretrate a Trento siano intorno a 2.000 e che il ritardo per il disbrigo di ogni pratica sia intorno ai sei mesi. Il che rappresenta per gli utenti un disagio notevole. Pensiamo a coloro che ottengono un mutuo agevolato dalla Provincia per l'acquisto di una casa e poi, finché il contratto non è intavolato, non ricevono effettivamente i soldi e quindi devono pagare forti interessi alle banche.

Quindi, sotto questo profilo, l'arretrato è senza dubbio uno svantaggio notevole per i cittadini, anche se forse è un vantaggio per le banche. Però, oltre che per questa inadeguatezza, per i suoi fini istituzionali, io penso che in prospettiva l'efficacia del libro fondiario debba anche poter essere utilizzata per il raggiungimento di una maggiore giustizia fiscale e nella lotta contro la speculazione. Sotto questo profilo, secondo me, dovrebbe anche essere esplorato in futuro, la butto lì come prospettiva, il principio dell'obbligatorietà

dell'intavolazione.

Per quanto riguarda la funzionalità del sistema, è evidente che la soluzione non potrà che venire dalla meccanizzazione. Mi sembra che la cosa sia da tempo allo studio e in un certo senso avviata; mi pare però che, contemporaneamente, non si sia avviato quel momento di aggiornamento e di qualificazione del personale che è assolutamente indispensabile in relazione all'introduzione della meccanizzazione. Mi sembra che l'aggiornamento e la riqualificazione venga per ora effettuata soltanto per quanto riguarda i conservatori, mentre il resto del personale è escluso. Questo mi sembra abbastanza irrazionale.

Altri spunti, che sotto il profilo dell'efficienza, dell'efficacia di questo istituto meritano una citazione, sono: la possibilità di vedere se non sia possibile creare una struttura unificata fra catasto e fondiario e, quello che mi sembra molto meno impegnativo come programma, ma che esige tuttavia modifica legislativa, il fatto di introdurre lo schedario ufficialmente all'interno del sistema fondiario. Attualmente è solo uno strumento ufficioso.

Io mi auguro che l'assessore ci riferisca sulle possibilità di miglioramento del servizio nel 1985, visto che nel 1984 abbiamo visto alcune belle foto di inaugurazioni e tagli di nastri di sedi. Chi poi il libro fondiario lo frequenta come utente o come professionista, non ha potuto rilevare un effettivo miglioramento.

Quindi, trattato brevemente questo problema pratico, tecnico, concreto, vorrei tornare alle nobili enunciazioni della prima parte delle dichiarazioni programmatiche del Presidente, che per altro - lei se ne sarà reso conto - sono state immediatamente e bruscamente spente dai rappresentanti della S.V.P., che hanno chiaramente detto:

l'autonomia è affar nostro, prima di parlarne e di discuterne bisogna fare atto di sottomissione alla S.V.P. e l'interpretazione dello Statuto è...

(interruzione)

ARDIZZONE EMERI: ... sì, ma voglio fare un riassunto. Se dovessi ripetere tutto! Io ho capito così; dopo parlerà lei e lo spiegherà visto da destra. Io lo vedo da sinistra.

Solo l'interpretazione S.V.P. dello Statuto è quella che conta; le Commissioni dei 6 e dei 12 nel frattempo sono diventate anche loro dei covi di antiautonomisti. Lo Stato, a partire dalla Corte costituzionale - ha detto il capogruppo della S.V.P. - è diventato anch'esso perfettamente antiautonomista e si rimangia quella autonomia che aveva a suo tempo concordato e che è ancorata internazionalmente.

Io penso che forse qualcosa di vero in tutto ciò c'è, nel senso che forse un diverso atteggiamento da parte del Governo, di alcuni organi dello Stato, di alcuni membri della Commissione dei 6 e della Commissione dei 12, nei confronti dell'autonomia o forse nei confronti della S.V.P. si è potuto rilevare negli ultimi tempi.

Però mi permetterei anche di invitare la S.V.P. ad un esame di coscienza, su questo punto, per vedere se anche la sua politica di questi ultimi tempi, di questi ultimi anni non è in qualche modo responsabile di questo atteggiamento cambiato, che forse effettivamente esiste.

Una politica, quella della S.V.P., che ha senza dubbio forzato le norme statutarie, cercando di utilizzarle, di farle diventare da

strumento che doveva essere di tutela della minoranza e di autogoverno delle popolazioni, uno strumento invece di consolidamento del potere di un partito, di separazione fra la gente che vive fianco a fianco nelle stesse città, nella stessa terra; una politica che non ha avuto considerazione per i diritti dei singoli, che vengono negati addirittura nella loro realtà.

Vi ricordate quello che ha detto Achmüller ieri e che del resto è stato ripetuto in tutte le salse anche oggi? Il fatto che il quarto gruppo non esiste (come istituto giuridico siamo d'accordo anche noi), ma i mistilingue esistono, è difficile chiudere gli occhi e sperare che nel frattempo, prima che si riaprano, siano spariti. Sono lì, non si riesce ad esorcizzarli con un discorso.

... Don Ferrante, nei "Promessi Sposi", diceva che la peste non esisteva, però la gente poi di peste moriva lo stesso, e anche lui.

Così è per i mistilingue e gli alloglotti: sono lì e rimangono lì, nonostante gli esorcismi. E non basta neppure, per risolvere il problema, quello che adesso viene proposto e cioè la riapertura dei termini per la dichiarazione di appartenenza linguistica. Potrà risolvere il problema per una parte dei non dichiarati, creando un'ulteriore categoria di pentiti, però non potrà risolvere il problema del fatto che sarà sempre legislativamente previsto, che alcune persone, al giorno d'oggi, in un paese democratico, siano private dei diritti civili.

Ballardini ricordava l'intervista di Peterlini (e anche Peterlini è poi ritornato sulle sue dichiarazioni) e ricordava appunto come Peterlini avesse detto che l'oppressione rafforza, compatta la minoranza etnica. Del resto queste dichiarazioni sono abbastanza in consonanza con

quello che anche il Presidente Magnago ripete spesso e che cioè la paura fa bene alle minoranze perchè le tutela contro la assimilazione.

Anche queste parole sono rivelatrici di una politica, che è la politica del tanto peggio tanto meglio; verbalmente, non con i fatti, però è questa la politica del tanto peggio tanto meglio. E l'abbiamo sentito in maniera clamorosa anche pochi minuti fa dal cons. Hosp, segretario del partito. Bisogna sempre dipingere una situazione di assedio, di oppressione, di nemici in agguato, creare costantemente la figura del nemico del popolo...

(Interruzione)

ARDIZZONE EMERI: Sì, loro cercano questo costantemente. Io sto illustrando la politica della S.V.P., sempre vista da sinistra, sono dolente, ma ho quest'ottica. Bisogna creare il nemico del popolo. Siamo stati noi fino ad oggi; adesso ci sono anche gli avvocati italiani che fanno la loro parte di suonare le trombe per chiamare il popolo a raccolta.

Quindi, da un lato, quest'uso antidemocratico e antipopolare dell'autonomia; dall'altro, questa ripetizione continua di uno scenario di oppressione e di discriminazione possono effettivamente aver portato alcuni interlocutori politici e istituzionali alla convinzione che la strada intrapresa dell'autonomia non paghi, che non rappresenti una soluzione o che essa venga costantemente strumentalizzata dalla S.V.P. a fini diversi da quelli della realizzazione piena dell'autonomia...

(Interruzione)

ARDIZZONE EMERI: Gli interlocutori sono stati citati, o lei non capisce quello che io dico o potrebbe almeno ascoltare fino alla fine e star zitto, mi scusi. Il cons. Benedikter ha detto che il mondo è ormai pieno di nemici dell'autonomia: la Commissione dei 6, la Commissione dei 12, la Corte costituzionale, lo Stato, anche la Lista Alternativa, ma quello lo sappiamo da sempre.

Io dico che effettivamente, forse, alcuni interlocutori politici della S.V.P. (mi dispiace doverlo ripetere; magari gli altri l'avevano capito, ma lei evidentemente no; allora lo ripeto) hanno forse cambiato negli ultimi tempi atteggiamento. Perché hanno cambiato atteggiamento? Perché anche la S.V.P. ha le sue colpe in questo e le ho elencate prima. Ci siamo capiti?

Io però ritengo che è sbagliato cadere in questa spirale di provocazioni; che bisogna, sulla strada dell'autonomia, resistere, continuare, andare avanti, perché alla lunga sarà veramente l'unica strada che paga e porterà ad un reale progresso per tutte le popolazioni che vivono in questa regione.

Però crediamo che sia necessario mettere la S.V.P. davanti alle sue responsabilità, che sono tanto grandi quanto grande è il suo potere e quanto è grande e schiacciante la sua maggioranza. E penso che questa esigenza di chiarezza, nei confronti della S.V.P., dovrebbe venire per prima cosa da parte dei suoi alleati di Giunta, da parte della D.C. Invece mi sembra, finora non li ho sentiti, che si lascino smentire tranquillamente e senza batter ciglio.

Quindi è difficile per noi prendere posizione sulle nobili enunciazioni del Presidente Angeli, perché non siamo molto sicuri che esse verranno adeguatamente sostenute dai suoi alleati.

Noi pensiamo, Presidente, che lei, dopo i discorsi che si sono sentiti qui, contro la sua relazione (perché secondo me molti erano decisamente contro la sua relazione), dovrebbe prendere in seria considerazione l'idea delle dimissioni...

(Interruzione)

ARDIZZONE EMERI: No, no, gli si diceva chiaramente che doveva razzolare nella sua aiuola, che non doveva uscire dalla sua aiuola. Le orecchie le ho e capisco e molti hanno capito qui dentro! Bisognerebbe ogni tanto, quando il pastorello grida: "al lupo", andare a vedere se il lupo c'è.

Sappiamo peraltro che lei non darà le dimissioni, di questo siamo perfettamente convinti, però questo ci conferma nell'ipotesi, che noi abbiamo già esternato, che le sue nobili enunciazioni rimarrano sulla carta sulla quale sono state scritte. Grazie.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Cadonna; ne ha facoltà.

CADONNA: Volevo fare il mio intervento in due distinti tempi: l'uno sulle dichiarazioni del bilancio, l'altro su un confronto dello stato di autonomia esistente fra il 1914-15 e il 1914-18, e le reali condizioni di autonomia esistenti nel Trentino-Alto Adige, con un documento originale, che io ho preso dal fascicolo di famiglia e derivante dalle trattative che sono intercorse fra il movimento autonomista trentino e l'impero asburgico (per cui posso anche dare la fotocopia alla Presidenza del Consiglio e della Giunta), per delle valutazioni che sono estremamente positive su questo.

Evidentemente è un problema di tempi.

Dico subito comunque che mi ha estremamente colpito l'intervento del segretario della S.V.P., Hosp, il quale si rifà alla difesa del gruppo etnico tedesco nella sua interezza, come gruppo di raccolta, per poter addivenire ad una miglior difesa dell'etnia che evidentemente sarebbe altrimenti mortificata.

In questo documento ci sono chiaramente, oltre che delle valutazioni nei confronti dell'Alto Adige e del gruppo dirigente dell'Alto Adige nel 1800, delle osservazioni per quanto riguarda anche la dialettica all'interno del gruppo etnico italiano.

Evidentemente il gruppo etnico italiano, dal 1815 al 1914-18 non si è mai chiuso, arroccato a difesa dell'etnia italiana, ma ha lasciato libera interpretazione e libertà di dialettica, di confronto tra il pensiero, che allora era quasi dominante, liberale, il pensiero, che era appena nato, socialista, e il pensiero e mondo cattolico. Per cui la libertà di espressione all'interno dell'intero gruppo etnico italiano, però potevano confrontarsi a difesa senza arroccarsi, facendosi specchio dell'autonomia del gruppo etnico italiano.

Qua c'è un capoverso che fa il punto su questo. E' del 1800 e dice: "Le nostre popolazioni avversano per principio i leali e onesti abitanti del Sudtirolo; esse però sentono e conoscono che nella pubblica amministrazione le vedute di questi, per la differente indole nazionale, sono in molte parti totalmente diverse. Esse sono persuase che molte leggi provinciali, le quali forse saranno per gli uni opportune, sarebbero insufficienti per gli altri. Esse quindi non possono adattarsi a prendere parte ad una rappresentanza nella quale, per la stessa sua costituzione, sarebbero sempre soccombenti".

L'altro passo è quello, dibattuto dalle norme del pacchetto, sulla

lingua.

C'è un documento del 1800 degli autonomisti trentini nei confronti dell'impero. Qua si dice chiaramente che tutte le stirpi hanno perfetta eguaglianza e l'inalienabile diritto alla difesa e alla cura della propria nazionalità e all'uso della propria lingua in tutte le sedi, come sancito dalle vigenti leggi dell'impero.

Questo potrebbe valere come documento, a livello di pacchetto. Già nel 1800 le autonomie, gli stati nazionali all'interno dell'impero discutevano questo. Questo fa parte di un fascicolo della mia famiglia, che era parte in causa per quanto riguarda l'autonomia del Trentino, nel quale si rivendica il diritto delle popolazioni trentine ad avere ed usare la propria lingua in tutte le sedi, sia negli uffici statali sia nei tribunali, sia per quanto riguarda la lingua parlata comunemente.

Siamo nel 1800. A 150 anni di distanza è ancora materia di contendere nella Commissione dei 12, nella Commissione dei 6. Cosa che non dovrebbe essere perché la libertà e la democrazia stabiliscono delle regole che ognuno deve rispettare. Questo è un documento originale e possiamo distribuirlo. E' un documento di estrema democrazia che esisteva allora.

Per cui l'aprire un dibattito sulla situazione dell'autonomia nel 1800 fra la popolazione trentina, cioè del gruppo etnico italiano nei confronti dell'impero, e delle altre etnie nei confronti dell'impero, e il comportamento di questi, sarebbe estremamente opportuno, senza chiudersi in arroccamenti di raccolta, tipo S.V.P. che hanno i risultati che hanno a livello di dibattiti, a livello di democrazia, a livello di confronto. Io ho voluto portarlo alla vostra attenzione proprio perché è un testo originale, estremamente utile al dibattito.

Se il Presidente mi consente dieci minuti, leggo il mio intervento, dopo l'inciso che riguarda i rapporti fra i gruppi etnici, sul bilancio.

La limitatezza delle competenze, che sono gestite dalla Regione Trentino-Alto Adige, la pochezza delle risorse che concorrono alla definizione del suo bilancio attuale, consentono spazi assai ridotti per un commento articolato dei suoi intendimenti programmatici; ribadiscono il suo ruolo rappresentativo, ma sottolineano in maniera inconfutabile i suoi limiti e l'incapacità operativa di un'istituzione che era nata con prospettive diverse e con compiti che ora sono ridotti alla mera amministrazione di spese correnti.

Ciò nonostante, anche in relazione alla serietà e alla passione con la quale il Presidente della Giunta regionale, Angeli, difende le scelte e gli intendimenti della sua Giunta, è possibile affrontare le prospettive del mandato autonomistico e sviluppare alcune considerazioni, non fosse altro per riconoscere l'obbiettivo realismo, manifestato dal Presidente della Regione, al di là dell'amministrazione delle poche e sparute competenze che le sono rimaste e che può ancora fregiarsi di un significativo fatto istituzionale e di prerogative che le consentono un'immagine storicamente e politicamente credibile.

Noi pensiamo - e qui ci poniamo una domanda - se non sia piuttosto l'istituzione a sopravvivere al fatto che, seppur dotata di una fisionomia, conduce un'esistenza limitata esclusivamente a gestione di prerogative ormai vuote di qualsiasi significato o che, tanto meno, si vuol far giungere a questo, quasi la Regione fosse un ente puramente e sostanzialmente superfluo, un ramo improduttivo che dovrebbe essere tagliato. Mi pare che alcuni interventi siano su questa linea.

Questi quesiti si rinnovano ogni anno, per cui è ripetitivo nelle dichiarazioni programmatiche il richiamo al ruolo della Regione, che avviene alla presentazione del bilancio di previsione, da quando le norme di attuazione e il pacchetto hanno trasferito alle due Province autonome gran parte, per non dir tutte, delle competenze previste dallo statuto di autonomia.

Quesiti che si ripetono anno dopo anno, senza ottenere risposte adeguate, sul ruolo rappresentativo dell'istituto regionale e che si risolvono quasi esclusivamente in un'occasione per rimeditare, non solo il futuro della Regione, ma soprattutto il destino della autonomie.

In queste occasioni, ma è bene ora dirlo, solamente in queste, l'ente Regione è un sussulto, un colpo di coda che dimostra la sua esistenza. Per certi versi, almeno nelle espressioni dell'esecutivo - ed è quanto ha espresso il Presidente della Giunta regionale - si procede ad un esame di coscienza, ad un ripensamento su se stessi e sui propri caratteri esistenziali, per farlo seguire poi da una serie di proponimenti e di programmi, con l'intento più evidente di dimostrare a se stessi e alla comunità, che la Regione esiste ed ha una ragione di prospettare i suoi intendimenti.

Ciò si evince in maniera inconfutabile dal tempo e dallo spazio dedicato dal Presidente, in questa occasione, alla presentazione del bilancio annuale della Regione, ma si traduce nei fatti quando si scorrono le pagine e i numeri che compongono il bilancio stesso.

Argomentazioni che hanno certamente una loro valenza, ma che, nello stesso tempo, riflettono l'impressione che tutto ruoti attorno a qualcosa di inesistente, di forzato, come se la Regione debba essere mantenuta ad ogni condizione e che per esistere ed esprimere i suoi

intendimenti, sia costretta a trovare il Cireneo di turno che la difende, la giustifica, la guida, nel tentativo, talvolta fatuo, di darle un contenuto accettabile e credibile, sostenuto più dalla fantasia e dalla buona volontà, che dalle reali possibilità di interventi concreti nel tessuto sociale e politico delle nostre comunità.

Da tante parole si può desumere la sensazione che all'efficacia programmatica degli intendimenti espressi dal bilancio, non credano nemmeno i diretti protagonisti e gli estensori delle previsioni finanziarie; e ciò non solo in relazione alla successione fredda delle cifre, ma soprattutto al senso creativo degli orientamenti politici.

Espressioni nuove, dunque, per indorare qualcosa che ormai non esiste più, per dare contenuto ad una istituzione vecchia; parole che giustificano solo in parte la facciata di un ente che obbiettivamente è privo di contenuti e sopravvive a se stesso. Un quadro purtroppo amaro, sul quale è difficile argomentare, ma che merita ugualmente alcune considerazioni.

Il primo nodo che la Regione si trova a dover dipanare e che non sempre, sotto questo profilo, ha trovato interpreti seri e capaci, è quello dell'attuazione dell'autonomia. Una questione che troppo spesso si è emarginata e circoscritta alle sole manifestazioni rappresentative e alle enunciazioni di principio, agli incontri tra i vertici delle varie istituzioni e che solo di rado si è tradotta in sporadici tentativi di mediazione tra i principi autonomistici e la realtà oggettiva delle nostre comunità.

Un'autonomia che, anche se non è sinonimo di autogestione, di totale autarchia, come vicine tendenze spingono a far credere, significa purtuttavia partecipazione collettiva e differenziata, rispetto al

Governo centrale, non solo nella gestione delle spese della capacità finanziaria, ma soprattutto negli interventi normativi e nell'orientamento della società trentina e sudtirolese, verso un futuro che sintetizzi storia e cultura locale, cogestione e decentramento della vita politica e delle risorse economiche, utilizzo programmato delle risorse per favorire la stabilità e il miglioramento delle condizioni di vita della popolazione residente.

Se gran parte delle competenze, sia legislative che finanziarie, sono consolidati strumenti operativi nelle mani delle due Province, i compiti di orientamento e di indirizzo normativo delle istanze autonomistiche, connaturate nelle funzioni proprie della Regione, attendono proprio dalle caratteristiche dell'operare della Giunta regionale una sua significativa e dinamica proposizione e realizzazione su questo piano.

Ma su questo piano e nei settori dove le competenze della Regione consentono di intervenire e di indicare le strade di attuazione dell'autonomia, l'esecutivo deve ancora concretizzare una politica credibile, meno incline alle cerimonie e alle manifestazioni di facciata e più propenso ad occuparsi della vita istituzionale, degli spazi in cui l'Ente Regione può muoversi.

Ciò si evince, con estrema chiarezza, dagli orientamenti programmatici del bilancio di previsione 1985, dove le scelte politiche rischiano di tradursi in dotte enunciazioni che mal si adattano alla nostra realtà e che, nella migliore delle ipotesi, resteranno a perenne testimonianza delle buone intenzioni dei nostri amministratori.

Dove sono finiti, ad esempio, gli intendimenti annunciati alla presentazione del bilancio del 1984 e relativi al nuovo ordinamento da

dare ai comuni? Qualche mese fa si parlava di ampliare le competenze delle amministrazioni locali, quali figure esponenti di una comunità originariamente autonoma, soprattutto in materia di servizi sociali, di assetto del territorio, eventualmente di sviluppo economico.

Si ventilava l'ipotesi di ampie modificazioni, come l'elezione diretta del sindaco, l'ampliamento delle sfere di competenza della giunta, le limitazioni al controllo preventivo di legittimità. Non sono avvenute. E si propone invece di introdurre nei comuni sopra i mille abitanti il sistema proporzionale, ma con l'applicazione del metodo D'Hondt. Una marcia indietro, rispetto ai precedenti intendimenti, il timore che certe innovazioni possano rendere incontrollabili certe situazioni o piuttosto la tendenza a conservare e consolidare livelli di potere di certi gruppi politici.

Come si può proclamare l'intenzione di difendere le minoranze etniche, adottando poi strumenti che di fatto cancellano le minoranze, altrettanto importanti, che sono quelle politiche, con l'introduzione del metodo D'Hondt?!

Sotto questo profilo si ha ragione di credere che le competenze autonomistiche vengano sacrificate in nome di interessi corporativi, anziché affermare e valorizzare i principi della libertà e della democrazia. Sotto il profilo rappresentativo ed europeistico, gli intendimenti programmati sono quelli di valorizzare il ruolo regionale, il rapporto cooperativistico con gli altri enti dell'arco alpino, con l'intendimento di superare, soprattutto sotto il profilo economico, le barriere e le divisioni oggi esistenti, per realizzare una costruttiva cooperazione transfrontaliera.

Orientamenti encomiabili, senza alcun dubbio, in modo particolare

ove essi si dovessero trasformare operativamente sotto il profilo economico, istituzionale, ma le competenze e il potere della Regione non consentono di sperare oltre certi limiti.

L'argomento va comunque approfondito per individuare più efficacemente i mezzi e gli strumenti da utilizzare, in modo da conferire alla presenza della Regione in questo settore un'organicità istituzionale consolidata.

La sola individuazione della Regione Trentino-Alto Adige, in relazione alla sua collocazione geografica e alla sua cultura mitteleuropea, come territorio di effettivo incontro politico-istituzionale, commerciale, culturale tra le diverse componenti europee, non è una condizione sufficiente per realizzare gli intendimenti di cooperazione transfrontaliera sopracitati. Anche perché l'idealistica collaborazione tra le regioni dell'arco alpino, andrebbe inevitabilmente a cozzare con i primi interessi economici dei potentati locali; esperienze che in diverse forme, nell'ambito locale, abbiamo avuto già modo di verificare.

Dove è necessario e possibile occorre insistere nell'ambito strettamente culturale, scientifico e di una politica del territorio, sia pure sotto il profilo delle risorse, settori caratterizzanti, la cui permeabilità, anche in un'ottica di difesa delle tradizioni, può effettivamente condurre al superamento delle barriere e alla collocazione, nell'ambito europeo, della nostra Regione.

L'attuazione dell'autonomia, oltre il consolidamento delle competenze amministrative e finanziarie delle singole istituzioni e alla capacità legislativa, passa attraverso la riaffermazione della potestà dei comuni, ma anche nell'ambito nazionale ed internazionale. Se da una

parte si può osservare il positivo orientamento ad anticipare le modificazioni europeistiche in atto, dall'altra si fa rilevare un passivo superamento delle inadempienze statali, attraverso metodiche partecipazioni, che, seppure allo stato delle cose, si rivelano indifferibili, meriterebbero di essere accompagnate da una politica più decisa ed incisiva nei confronti dello Stato, soprattutto nel contesto delle problematiche concernenti il regionalismo, dove si avverte il pericolo che le nostre competenze autonomistiche possano essere sventate e disattivate da una condiscendenza talvolta eccessiva.

In questo quadro non certo edificante, dove la povertà della capacità di interventi finanziari della Regione è accompagnata dagli orientamenti dell'esecutivo, non sempre espliciti e politicamente credibili, la nostra posizione rimane chiaramente molto dubbia e molto perplessa.

Solo il mutamento radicale degli orientamenti in materia di riforma dell'istituto dell'amministrazione comunale, una posizione chiara rispetto agli enti intermedi, rispetto ai comprensori, rispetto alle comunità montane, evidentemente in alternativa ai comprensori, rispetto all'autonomia dei comuni potrà, almeno per quanto riguarda la replica del Presidente della Giunta, farci mutare opinione sull'aspetto e sugli indirizzi della Giunta e della conduzione della Giunta regionale nel contesto attuale.

Resta ferma comunque la necessità di un dibattito, per quanto riguarda il rapporto e lo stato dell'autonomia, in confronto anche non soltanto alle autonomie di altre minoranze, ma in rapporto alle libertà dell'autonomia, agli spazi dell'autonomia, che nel vecchio impero absburgico le minoranze etniche avevano all'interno stesso e potevano

operare, a difesa della loro integrità, della loro libertà non solo etnica, ma anche libertà politica, libertà d'azione, libertà economica.

Soltanto questo confronto, questo approfondimento, potrà darci un segno evidente delle scelte della Giunta regionale in questo indirizzo.

Grazie.

PRESIDENTE: Signori consiglieri, la seduta è tolta. I lavori riprenderanno giovedì prossimo, secondo il calendario che è stato distribuito.

(Ore 17.45).